

Denken und Handeln in den polnischen Teilungsgebieten und in Polen nach 1918

Ein politisch-ethischer Vergleich

von

Georg W. Strobel

„Die moderne Geschichte Polens besteht in großem Maße
aus Mythomanie oder patriotischer Verlogenheit“

Jerzy Giedroyc

Herausgeber der Pariser „Kultura“
und der „Zeszyty historyczne“*

I. Polen im Untergang: Mythen, Vorstellungen, Widersprüche und Traditionen

Im Jahre 1795 verschwand das polnisch-litauische Doppelreich von der Landkarte Europas. Ein Jahr später, 1796, entstand der erste von mehreren auf die Unterstützung durch Frankreich hoffenden freiheitsorientierten Geheimbünden in Krakau, ohne daß jetzt oder später bedacht wurde, daß Frankreich durch den Baseler Sonderfrieden 1795 Preußen freie Hand für die dritte Teilung Polens im gleichen Jahr gelassen hatte. Mit der faktischen Absteckung europäischer Einflußzonen im Frieden von Campo Formio 1797 und deren Bestätigung 1801 in Lunéville akzeptierte Frankreich unwidersprochen alle drei Teilungen Polens. Trotzdem kämpften seit 1797 Polen um die eigene Freiheit und Staatlichkeit in der Gefolgschaft Napoleons hoffnungsvoll an allen französischen Fronten, wobei sie zwar tapfer, aber bedenkenlos im Interesse Napoleons zur Erreichung der eigenen die Freiheit der Italiener, Spanier sowie der aufständischen Neger auf Santo Domingo und sogar der ägyptischen Mameluken unterdrückten, wobei nach 1918 in Schulbüchern verherrlichte und mythisierte, aber real in der dargestellten Form fraglich bleibende Schlachten geschlagen und verlustreiche Siege erfochten wurden, wie im Hohlweg von Somosierra die Ulanen von Kamil Dziewanowski, auf die man aber trotzdem stolz zu sein hatte.

Bei alledem begründeten sie dreierlei: die Verfestigung und Mythisierung einer ansatzweise vorhandenen politischen Orientierung auf Frankreich, die uneigennützig wohlklingende und edle, angesichts ihrer Begleitumstände gleichwohl schizophrene Losung, „für eure und für unsere Freiheit“ zu kämpfen, die im 19. Jahrhundert im Verständnis aller Polen zum Inbegriff ihres politischen Opfer- und Edelmutes werden sollte, von Polenschwärmern jeder Couleur bis heute allenthalben bereitwillig wie kritiklos aufgegriffen, sowie die freiheitliche Legionärstradition. Aus ihr stammt der 1797 in Reggio als Lied

* Polska zbrojna, 25.–27. 6. 1993.

der polnischen Legionen General Jan Henryk Dąbrowskis, eines halbdeutschen polnischen Patrioten mit holperigem Polnisch, kreierte „Mazurek“ Józef Wybickis vom noch nicht „gestorbenen“ Polen, wie es in der Urfassung hieß, das in Übersetzung als „Revolutionslied“ zum Lied der aufbegehrenden Festkultur der deutschen bürgerlichen Polenfreundschaft nach 1830 und ein Jahrhundert später als „Mazurek Dąbrowskiego“ 1926 zur polnischen Nationalhymne werden sollte.

Die edle Freiheitslosung fand einen besonders schizophrenen Ausdruck in Polen selbst: Der begüterte Warschauer Jude Berek Joselewicz stellte auf eigene Kosten zur Unterstützung des Kościuszko-Aufstandes von 1794 ein berittenes Regiment aus Juden auf, das er, zum Oberst ernannt, befehligte, bis er 1809 bei Kock für Polens Freiheit fiel, währenddessen Juden in ihren Rechten massiv eingeschränkt wurden. Ihnen wurden 1808 neben den Wahlrechten zum Sejm durch das Verbot, öffentliche Ämter zu bekleiden sowie Güter zu erwerben, Rechte entzogen, die sie längst besessen hatten. Das seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts angesichts zunehmender Präferenzierung von Juden im Wirtschaftsleben in der widersprüchlichen Herrschaftsperiode Stanisław Poniatowskis („Czasy Stanisławowskie“) zunehmend von Städten in Anspruch genommene Privileg „De non tolerandis Judeis“ verzögerte nicht nur ihre, sondern auch die ökonomische Entwicklung ganzer Landstriche über viele Jahrzehnte hinweg und trug dazu bei, daß Juden 1809 in Warschau und in anderen Städten in Ghettos gezwungen oder gänzlich aus den Städten ausgewiesen wurden. Während Juden für die Freiheit Polens kämpften und starben, wurde ihre eigene Freiheit und ihre Freizügigkeit von polnischen Behörden eingeschränkt, obwohl Polen andererseits vorgaben, auch für die Freiheit anderer zu kämpfen.

Die intolerante Politik gegenüber Juden verantwortete das von Napoleons Gnaden 1807 als vermeintlicher Dank für die polnische Gefolgstreue gegründete Großherzogtum Warschau, das freilich in hohem Maße auch dem persönlichen, sehr freizügigen Einsatz der bezaubernden Gräfin Maria Walewska verdankt wurde. Sie lehrte den von ihr hingerissenen französischen Kaiser vieles – Anfang Januar 1807 in Warschau sogar die Verse von jener mythischen polnischen Königstochter Wanda auf Polnisch zu singen, die den Tod einer Ehe mit einem Deutschen vorgezogen habe¹. Adam Mickiewicz, der bedeutendste polnische Dichter, besang Napoleon in seinem Adelsepos „Pan Tadeusz“ („Herr Thaddäus“) zwei Jahrzehnte später noch ganz im Banne des Geschehens, das er als vierzehnjähriger Bub in Nowogródek erlebt hatte. Der Abschnitt über das Jahr 1812 in Litauen ist nicht nur ein lyrischer Gesang auf die Faszination des Krieges, sondern mit der einbezogenen Losung der polnischen Napoleon-Anhänger „Bóg z Napoleonem a Napoleon z nami“ („Gott

1) Marian Kukiel: *Dzieje Polski Porozbiorowej 1795–1921* [Geschichte des geteilten Polen 1795–1921], Paryż 1984, S. 103.

mit Napoleon und Napoleon mit uns“), die die Einschätzung „Bóg z nami“ („Gott mit uns“) überhöhend auf Napoleon ausdehnte, ein Beitrag zu dessen Mythisierung in Polen.

Ebensowenig wie früher schon dem Direktoriat Frankreichs paßte es in die politischen Konzeptionen Napoleons, Polen in den Grenzen von vor den Teilungen zu restituieren. Deutlich zeigt sich das bei dem vergleichsweise zur früheren territorialen Größe Polens zwergenhaft ausgefallenen Großherzogtum Warschau, das zudem unter strikter Aufsicht französischer Kommissare stand, die in jeder Weise bevorzugt wurden. Sogar bei Schenkungen polnischer Kronländer durch Napoleon wurden mit Ausnahme von zwei polnischen Generälen nur französische Marschälle und Generäle bedacht. Im polnischen Selbstverständnis stellte das Großherzogtum jedoch die Keimzelle eines unabhängigen, Preußen strafend bis an die Oder zurückdrängenden, mächtigen und großen Polen dar, wie es Hugo Kołłątaj 1808 mit so großer öffentlicher Zustimmung formulierte, daß seine Arbeit bis 1810 drei Auflagen verzeichnete; es sollte nach Osten hin das ehemalige Doppelreich wiederherstellen, obwohl es vorerst nur aus den in der zweiten und dritten Teilung durch Preußen erworbenen Gebieten zugeschnitten war. Auch der französisch-polnisch-österreichische Krieg von 1809 bestätigte mit seinem Schönbrunner Friedensschluß von 1809 trotz der von Polen erkämpften Vergrößerung des Großherzogtums auf Kosten österreichischer Teilungsgewinne eine Politik des französischen Kaisers, die die Teilung Polens im Grundsatz akzeptierte. Das Desinteresse Napoleons am Wiedererstehen eines mächtigen, großen Polen erkannten scharfsichtig polnische Jakobiner bereits ein Jahrzehnt früher, ohne mit ihren begründeten Warnungen Widerhall zu finden. Unter ihnen befand sich auch der in Frankreich militärisch ausgebildete, an der Seite Washingtons für Amerika verdiente und mittlerweile aus russischer Gefangenschaft von Zar Paul I. freigelassene, wieder in Paris lebende Ehrenbürger Frankreichs, Heerführer Polens 1792 und Volksheld von 1794 General Tadeusz Kościuszko. Polen blieb seitdem politisch auf Frankreich fixiert, auf die „Grande Nation“ im Westen, wie man es im Osten ebenfalls sein wollte und auch über viele Jahrzehnte gewesen war.

Die von großen Opfern gezeichnete Gefolgstreue wurde Polen von den europäischen Staaten auf dem Wiener Kongreß 1815 reichlich „heimgezahlt“: Es wurde zum vierten Male aufgeteilt. Das Großherzogtum Warschau, diese Keimzelle eines neuen, reformierten Polen im Eigenverständnis, wurde ausgelöscht und zusammen mit seinen Rückeroberungen von 1809 im wesentlichen Rußland einverleibt. Die Teilungsgrenzen von 1795 wurden auf diese Weise in Wien verändert: Rußland drang nach Mitteleuropa bis an die Prosna (Kalisz) vor. Preußen verlor zwar das sog. Südpreußen, erhielt aus dem Bestand des Großherzogtums jedoch die Gebiete um Posen und Thorn zurück – mit 8% der flächenmäßig weitaus kleinste Anteil an der Leichenfledderei Polens, kleiner als 1795. Bis auf den kümmerlichen, in Wien errichteten Freistaat Krakau, der 1846 nach einem Aufstandsversuch seiner Patronatsmacht Österreich

einverleibt wurde, die das 1809 an Rußland gefallene Gebiet um Tarnopol zurückerhielt, blieb Polen von der europäischen Landkarte verschwunden, jetzt von der Staatengemeinschaft ganz Europas einschließlich Englands veranlaßt, völkerrechtlich akzeptiert und verteilt. Das geschah trotz seiner heldenhaften, an Kriegen, Feldzügen und großen Siegen reichen, für das Abendland bedeutsamen und wichtigen Geschichte sowie seiner in diesem Teil Europas über viele Jahrzehnte wahrgenommenen Großmacht- und Ordnungsfunktion, die von den anderen Staaten des abendländischen Europa, welche jetzt alle sein Weiterbestehen verneinten, gern in Anspruch genommen worden war. Die vielen Widersprüche und Gegensätze seiner Geschichte gewannen im polnischen Verständnis mit seiner Vorliebe für einseitige, starre und stereotype Geschichtsbilder und ebensolche politische Handlungsmuster eine kaum zu überschätzende psychopolitische Bedeutung, prägten besonders die Entwicklung seiner politischen Kultur weit über die Teilungszeit hinaus und begründeten eine unkritische leidensbetonte Mythomanie, die die Sicht auf die eigene Vergangenheit nach wie vor behindert.

In seiner großen Vergangenheit hatte es Polen nach einer Zeit des Niederganges, während der seine Piastenherrschaft zerfiel und die Bindungen unter den herrschenden Piastenhäusern verloren gingen, verstanden, sich gegen den Deutschen Orden, die Kreuzritter nach polnischer Lesart, auf der Wahlstatt von Tannenberg oder Grunwald, wie es polnisch genannt wird, 1410 siegreich durchsetzen, was die „goldene“ Herrschaftszeit der litauischen Jagiellonen begründete. 1525 empfing es auf Krakaus Marktplatz den Lehnseid des Ordenshochmeisters, der sich Polen als Herzog Albrecht von Brandenburg-Ansbach mitsamt dem als Herzogtum Preußen, dessen Attribut er sich zulegte, weltlich gewordenen Ordensstaat unterwarf – mit einem Staat also, der 1621 zwar an Kur-Brandenburg kam, dann aber 1701 der neuen Großmacht, die an den Teilungen Polens teilnehmen sollte, sie aber keineswegs, wie häufig falsch verstanden, initiierte, den Namen Preußen gab.

Trotzdem entstand Polens Großmachtstellung als ein „Intermarium“-Reich zwischen Ostsee und Schwarzem Meer nicht an der Grenze zum europäischen Westen. Im Gegensatz zur unruhigen und kriegerischen östlichen Grenze, die das Abendland von der Orthodoxie wehrhaft trennte, blieb jene über Jahrhunderte friedlich und stabil, entgegen späteren zweckpolitischen Behauptungen von einer jahrhundertelangen deutsch-polnischen Erzfeindschaft, offen für den kulturellen und zivilisatorischen Fortschritt aus dem Westen. Ihm wurde Polen wiederum mit seiner damaligen Toleranz zum Beispiel, die seit dem 11. Jahrhundert auch erlaubte, aus dem Westen gewaltsam vertriebene Juden aufzunehmen, denen 1264 ein erstes Privileg eigene Rechte einräumte, und die mit den Ideen eines Paweł Włodkowic auf dem Konstanzer Konzil von 1414 bezüglich der Heiden sowie Frycz-Modrzewskis Vorstellungen von 1551 über Religionsfreiheit, über Krieg und Frieden die Entwicklung des modernen Völkerrechts mitsamt Hugo Grotius beeinflusste.

Politische Bedeutung und Großmachtpotenz erwarb Polen im Osten und Südosten, wo verlustreiche Kriege geführt, aber auch für das Abendland bedeutende Siege errungen wurden. Hier hat Polen laut seinem Chronisten Jan Długosz schon im 15. Jahrhundert mit göttlichem Beistand ein „Antemurale christianitatis“ gebildet, ein defensives „Antemurale“ gegen die das Abendland bedrängende, Rom in Frage stellende und Weltverbreitung zur Erlösung der Menschen beanspruchende Orthodoxie des „Dritten Rom“ Moskau und seiner Zaren, genauso wie gegen die Einfälle der Tataren, Mongolen, Osmanen und Kosaken. In seinem „goldenen Jahrhundert“ war Polen so mächtig geworden, daß es Moskau besetzen und Zaren auf dem Moskauer Thron einsetzen konnte. Selbst noch in seinem sich bereits abzeichnenden Niedergang trug es dazu bei, mit dem Angriff seiner furchterregend gerüsteten Husaren vom Kahlenberg herab den Sieg gegen die Türken vor Wien 1683 sicherzustellen und damit zur Rettung des Abendlandes beizutragen, dessen alliiertes Heer vom polnischen König kraft seiner Stellung befehligt wurde – Grund zum Stolz der polnischen Geschichte und zur Mythen- und Symbolbildung: Der Sieg, den man der Fürbitte der Mutter Gottes Maria verdanke, nach der auch die zärtlich geliebte Frau des polnischen Königs getauft worden war – was beziehungsreich mariologisch gedeutet wurde –, sei eine polnische, das Abendland endgültig bewahrende Waffentat gewesen. Polen – Pate Preußens und Retter des Abendlandes sowie Österreichs und trotzdem geteilt, dazu von Preußen und Österreich! Konnte das begriffen werden? Übrigens wurde die Mutter Gottes schon seit dem 13. Jahrhundert mit dem Lied „Bogurodzica“, einem der ersten überlieferten Sprachdenkmäler des Polnischen, vor allen Schlachten angerufen, so ebenfalls vor Wien, wo nach der Überlieferung der unheimliche, dröhnende Gesang die Türken verschreckte und so zum Sieg entscheidend beitrug. Rund dreißig Jahre vorher, 1656, war sie nach dem „Wunder von Tschenstochau“ im Jahre 1655, dem erfolgreichen Widerstand des wehrhaften Pauliner-Klosters auf dem Hellen Berge (Jasna Góra) gegen die Schweden, zur Königin der Krone Polen und damit zu Polens göttlicher Patronin und Fürsprecherin gekürt worden. Der standhafte Tschenstochauer Prior Augustyn Kordecki wurde zum Symbol für den Behauptungswillen Polens und der kampfbereiten Opferbereitschaft des polnischen Klerus für das Vaterland, aber auch zum Zeugen von Polens Ohnmacht in der Zeit der Schwedenkriege – in der Zeit des „Potop“ („Überflutung“), wie Henryk Sienkiewicz später diese Zeit bildhaft in einem Roman seiner historischen Trilogie benannte und auf diese Weise als Bezeichnung für die Notzeiten Polens im Volksverständnis verankerte. Seine Bezeichnung wurde zur Metapher für politischen Untergang und die Übermacht des Feindes.

Dieses mächtige, um das Abendland verdiente Polen war nun untergegangen, völkerrechtlich durch die Staaten Europas legitimiert. Die endgültige Teilung und Tilgung Polens war nicht mehr nur das eigenständige Werk Rußlands, Österreichs und Preußens. Die Ursachen für diese Teilungen und für das Verschwinden Polens von der Bühne Europas für ein ganzes Jahrhundert wurden

seither in Polen aber trotzdem allein und ausschließlich in der Habgier und in der feindseligen Machtpolitik seiner unmittelbaren Nachbarn gesehen, insbesondere Preußens, nach heute noch weithin geltender polnischer Einschätzung des Beelzebubs Europas. Das drückt sich bereits in der realiter nicht zutreffenden Dreierzählung der Teilungen aus, die außerhalb Polens kritiklos übernommen wird, jedoch die Polen neu aufteilende und endgültig auch in seinen Relikten des Großherzogtums Warschau austilgende Wiener Kongreß-Lösung unterschlägt und auf diese Weise vereinseitigte Feindstereotypen fördert.

Doch schon 1743 hatte der polnische König Stanisław Leszczyński im französischen Exil prophetisch erkannt, daß Polen von zunehmender Anarchie regiert werde, die es ins Verderben reißen könnte: „Polska nierządem stoi“, was dann 1762 von Stanisław Konarski zur Begründung der Notwendigkeit staatserhaltender Reformen aufgegriffen wurde. Diese Anarchie wurde von mächtigen Magnatenfamilien gefördert, die eigenen partikularen Interessen gegenüber dem Staat Vorrang gaben und in teilsouveränen Territorialstaaten innerhalb der Krone Polen, ihren Magnatentümern, eigene Heere und eine eigene Jurisdiktion unterhielten sowie eine eigene außenpolitische Vertragspolitik mit eigenen diplomatischen Auslandsvertretungen betrieben, was alles den Staat untergrub und in Frage stellte. Dabei liehen sie ihr Ohr den von Eigeninteressen geleiteten Einflüsterungen der Nachbarmächte so weit, daß 1764 mit Stanisław Poniatowski ein höriger Günstling der Zarin Katharina der Großen König von Polen wurde und es mit Unterstützung der auf Rußland ausgerichteten, reformabgeneigten Generalkonföderation von Radom unter Führung des Fürsten Karol Radziwiłł 1767 bleiben konnte, bis zur dritten Teilung 1795. Die parallelen, von Katharina geförderten Konföderationen von Thorn und Ślück verstärkten 1767 das Durcheinander in Polen, wozu noch die örtlichen Militärkonföderationen zur Eintreibung des geschuldeten Soldes beitrugen. Die vierjährige Konföderation von Bar 1768 gegen alle diese Erscheinungen vermochte weder Poniatowskis Herrschaft noch den russischen Einfluß in Polen auch nur einzuschränken. Politischer Wirrwarr, „Rabatz“, offener, bewaffneter Aufruhr und vielfältige Partikularinteressen, was alles die Konföderationen und die eigensinnige Politik der Magnatenfamilien kennzeichnete, wurden zum Merkmal Polens in Europa.

Unabhängig davon und von den Interessen der Nachbarmächte trugen zum Niedergang Polens ferner die sozialen und wirtschaftlichen Differenzierungsprozesse, die bereits im 17. Jahrhundert eingesetzt hatten, sowie die sozioökonomischen Folgen der ersten Teilung von 1772 weit mehr bei, als gemeinhin wahrgenommen wird². 1771 erbat König Stanisław Poniatowski von der Zarin

2) Georg W. Strobel: Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Polen am Ausgang des 18. Jahrhunderts, in: Die erste polnische Teilung 1772, hrsg. von Friedhelm Kaiser und Bernhard Stasiewski (Studien zum Deutschtum im Osten, H. 10), Köln, Wien 1974, S. 49–74.

Hilfe, um eine drohende Hungersnot abzuwenden, weil ein Drittel sogar der fruchtbaren Landesteile unbestellt geblieben war. Die aus dem vorhergehenden Jahrhundert überkommenen und sich zu Anfang des 18. Jahrhunderts ausweitenden Wüstungen, die nach Berichten westlicher Reisender noch im letzten Drittel des 18. und landstrichweise Anfang des 19. Jahrhunderts das Land prägten, die wiederholten Seuchen bei Mensch und Vieh sowie Naturkatastrophen trugen zum königlichen Hilferuf bei. Demnach waren es keine blühenden Provinzen, die den Teilungsmächten zufielen. Preußen kam dabei noch weitaus am besten weg. Im polnischen Verständnis von dieser Zeit schwingt jedoch sehr viel Günstigeres mit. Überliefert wurde es durch die zeitgenössischen Sittengemälde des Jędrzej Kitowicz, die im 20. Jahrhundert sogar szenisch bearbeitet wurden. Bis heute halten sich solchermaßen überlieferte Sinnprüche wie „Jak za tego króla Sasa, jedz, pij i popuszczaj pasa“ („Iß, trink und lockere den Gürtel wie zur Zeit des Sachsenkönigs“), womit die Zeit des letzten polnischen Sachsenkönigs August III. gemeint war, oder „Poniatowski to król żydowski a Sas to nasz“ („Poniatowski ist der König der Juden, der Sachse hingegen der unsrige“). Alles das ließ die Zeit vor den Teilungen undifferenziert und weithin realitätsfremd als eine Periode allgemeinen Wohlstandes und großer Prasserei empfinden, deren ersehnte Wiederholung durch die Berufung der Wettiner auf den nach der Verfassung von 1791 wieder erblich gewordenen Thron Polens herbeigezwungen werden sollte und später von der überschwenglich begrüßten Einsetzung eines Enkels Augusts III. als Regenten des Großherzogtums Warschau erhofft wurde. Weil die Zeit seit 1772 als eine von wirtschaftlichen Interessen der Juden, die komplicenhaft und verschwörerisch auch noch hinter der Politik Preußens ausgemacht wurden, und von ihrer Bevorzugung durch Stanisław Poniatowski beeinflusste Zeit fortschreitenden Niederganges angesehen wurde, wie viele Zeitgenossen Poniatowskis wirtschaftliche Entwicklungsbemühungen wenig selbstkritisch und reichlich realitätsblind in Verruf brachten, wurde in der Adelsgesellschaft und im Volk ein folgenreicher selbstentschuldigender antisemitistischer Akzent verfestigt, daß nämlich Juden an allem Ungemach schuld seien, was der früheren Toleranz, auf die man zugleich sehr stolz war und nach wie vor ist, gröblich zuwiderlief³.

Bereits die erste Teilung brachte der Adelsrepublik große wirtschaftliche Belastungen, die im Laufe der Zeit noch zunahmen. Schon seit den sechziger Jahren verschlechterte Preußen, das die polnischen Münzprägestöcke in Sachsen erobert hatte, den Goldgehalt und erhöhte die Umlaufmenge des Złoty so entschieden, daß es Polen um mindestens 200 Millionen Złoty (= 25 Millio-

3) Als Beispiele aus einer größeren Zahl späterer historischer und publizistischer Arbeiten: Waław Sobieski: *Dzieje Polski* [Geschichte Polens], Warszawa 1925, Bd. 2; Kazimierz Morawski: *Źródło rozbioru Polski* [Die Quelle der Teilungen Polens], Poznań 1935; Jędrzej Giertych: *Tragizm losów Polski* [Die Tragik des Schicksals Polens], Pelplin 1937, 2. Aufl.; Anatol Lewicki: *Zarys dziejów Polski* [Abriß der Geschichte Polens], Warszawa 1929, Bd. 2.

nen Taler) schädigte. Das entsprach rund dem Fünfzehnfachen der durchschnittlichen jährlichen polnischen Schatzeinnahme. Die Münzverschlechterung führte zu einer folgenreichen Inflation. Die durch die Teilung von 1772 enger gewordenen Zollgrenzen für Waren aus einst heimischer Produktion, die nun zur Deckung des Bedarfs eingeführt werden mußten, wie z. B. Salz aus Wieliczka, und die ausgeklügelten preußischen Transitzölle für den Zugang zum traditionellen polnischen Ausfuhrhafen Danzig, die die Konkurrenzfähigkeit des polnischen Getreides gegenüber russischem auf dem Weltmarkt belasteten, schädigten die zaghaften inneren Reformversuche nachhaltig. Im Zusammenspiel solcher Erscheinungen mit den zunehmenden Verweigerungen des Adels bei Steuer- und Abgabenzahlungen sowie bei der Leistung der Militärdienstpflicht war die Adelsrepublik im Hinblick auf ihre Finanzkraft und die Verteidigungsfähigkeit immer weniger imstande, Staatsaufgaben wahrzunehmen und Staatsausgaben zu decken, darunter auch für das stehende Heer, dessen Sold sehr zögerlich ausgezahlt wurde und das erheblich verkleinert werden mußte. In Teilen waren die Staats- und Wirtschaftsreformen des vierjährigen Großen Sejm von 1788 sogar kontraproduktiv, weil sie beispielsweise eine Güterkonzentration in Händen der leistungsunwilligen Magnatenfamilien begünstigten. Die katastrophale Auslandsverschuldung vor allem infolge von dazu noch zollprivilegierten adeligen Importen überstieg die jährlichen Steuereinnahmen um ein Vielfaches. Das adelsgesellschaftliche „sarmatisch“-konservative Wirtschaftsverständnis stand Veränderungen durch die im Westen aufkommende kapitalistische Fertigungsweise, deren Kapitalkonzentrationsformen und dem einsetzenden technischen Fortschritt zudem verständnislos und hemmend gegenüber – das alles sei etwas für geldgierige, würdelose Ausländer, aber nicht für adelsstolze Polen. Die Ausnahmen beim Aufbau von Manufakturen, meist zur Deckung des Eigenbedarfs, entspannten die Gesamtsituation kaum. Eine galoppierende Binnenverschuldung des Staates spitzte die Situation weiter zu. Im Jahre 1793 konnten die Gesamtausgaben des Staates von 30,5 Millionen Złoty nur durch eine Staatsverschuldung in Höhe von 12,5 Millionen Złoty gedeckt werden, die nahezu der Höhe der Staatseinnahmen von 1793 entsprach⁴. Zu diesem Zeitpunkt stand Polen wirtschaftlich am Rande eines Staatsbankrotts, der vielleicht bei einer größeren Opferwilligkeit und Geschlossenheit der Adelsnation und geringerer Händlerbereitschaft hätte noch abgewendet werden können. In diesen komplexen, interdependenten Verhältnissen der soziopolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung, die später sehr einseitig beschönigt wurde, sowie der fragwürdigen Wirtschafts- und Staatskultur des Adels war die am landwirtschaftlichen und manufakturrellen Produktionsindex gemessene volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Adelsrepublik sogar auf den Stand von Mitte des 17. Jahrhunderts zurückgefallen, trotz

4) Zur geldpolitischen Problematik vgl. Marian Kowalski: *Polski pieniądz papierowy 1794–1994* [Das polnische Papiergeld 1794–1994], Warszawa 1994, S. 22.

des allseitigen Aufschwungs im übrigen Europa, was in seiner politischen Bedeutung von der Geschichtswissenschaft zu wenig gesehen wird.

Die von magnatischen Sonderinteressen voller Händel und Streitigkeiten getragene Anarchie strebte gegen Ende der achtziger Jahre ihrem Höhepunkt zu. Vor allem ging es um die „goldene Freiheit“ für das Magnatentum und den Adel, aber auch um Rechte der aufbegehrenden Bürgerschaft, die in ihrer Warschauer „Schwarzen Prozession“ durch Vertreter von 141 Städten im Dezember 1789 vom Sejm eingefordert wurden, dann um die Verabschiedung der vom Adel großenteils nur widerwillig akzeptierten Verfassung vom 3. Mai 1791, der ersten geschriebenen republikanischen in Europa, die den König politisch ins Abseits rückte, den Ständen, besonders den Bauern, aber keineswegs die erhofften Freiheiten brachte, und deren Annahme 1792 zum Eingreifen Rußlands und Preußens in Polen führte. In diesen Zusammenhang gehört die Konföderation von Targowica 1792 gegen die neue Verfassung und somit gegen den eigenen Staat, die von der Zarin nach Kräften gefördert wurde und welcher sogar der polnische König beitrug, der vorher an der Mai-Verfassung („Konstytucja Majowa“) mitgearbeitet, aber erfolglos eine Stärkung der Stellung des Königs und der Regierung angestrebt hatte. Die die Konföderation von Targowica ergänzende und zuspitzende Konföderation von Grodno 1793 war noch weitaus reaktionärer als diese und verschlimmerte das allgemeine Durcheinander weiter. Hierher gehört schließlich der sozialpolitisch in seiner Auswirkung auf das Landvolk nachträglich erklärte „Uniwersał Połaniecki“ und der ungerechtfertigt stark als Volksbewegung der „Kosyniery“ („Sensenmänner“: Beispiel für Volksbewaffnung) mythisierte Aufstand Kościuszkos von 1794, der durch das Eingreifen des Königs Stanisław Poniatowski mit ihm ergebenen Regimentern bei Szczekociny zugunsten der Russen zum offenen Bruderkrieg wurde, was zwar den Höhepunkt der anarchischen Zustände im Staate herbeiführte, aber den polnischen König nicht davon abhielt, sich Katharina der Großen anzudienen, er habe den „Aufrührer Kościuszko angegriffen und geschlagen“, was er sich in Ergebenheit als „Glück“ und „Ehre“ anrechne⁵. Nicht ohne Berechtigung wurde die Bezeichnung „Targowica“ mit allen sprachlichen Abwandlungen für alle Zeiten zu einem Synonym für Volks- und Staatsverrat sowie für Hörigkeit gegenüber Rußland. Die einst so machtvolle Adelsrepublik war zu dieser Zeit aber nicht mehr fähig, sich gegenüber den mächtigen Nachbarstaaten, deren Spielball sie mittlerweile geworden war, zu behaupten. Im polnischen Geschichtsbewußtsein ist es trotzdem üblich geblieben, die Schuld für eigenes Scheitern und Versagen voller Selbstmitleid nur bei den bösen Fremden zu suchen, eigenes Unvermögen aber mit Tragik zu entschuldigen und mit Heroismus, Märtyrertode und Leidensfähigkeit zu kaschieren, die die polnische Gesellschaft und sogar Teile der Historikerschaft

5) Kopie des Briefes im Besitz des Vfs., wofür Prof. Dr. Henryk Kocój, Kattowitz, gedankt sei.

regieren, was mittlerweile schon ein psychopolitisches Merkmal der polnischen Nation geworden ist⁶.

II. Das dreigeteilte Polen und das 19. Jahrhundert der Modernisierung

1. Sozioökonomische, administrative und psychopolitische Rahmenbedingungen

Um die ganze Tragweite der Dreiteilung Polens richtig einzuschätzen, müssen die aus den Teilungen herrührenden sozioökonomischen Rahmen- und Entwicklungsbedingungen für das polnische Gebiet bedacht werden. Die politische Chronologie allein, auch mit komparativem Ansatz, und die favorisierte Beziehungsgeschichte verdeutlichen die Auswirkungen der Unfreiheit Polens keineswegs ausreichend und differenziert genug. Sie zeigen zwar die nationalen Reaktionen, aber nicht die sozioökonomischen Folgen und Begleiterscheinungen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der einzelnen Gebietsteile, die sich in das nachfolgende 20. Jahrhundert der erneuten Eigenständigkeit fortsetzten und sie beeinflussten. Gerade die sozioökonomischen Bedingungen belegen die Bedeutung der Teilungszeit für das Ausmaß, die territoriale und die konzeptionelle Unterschiedlichkeit, die Breite der übernommenen ökonomischen und sozialen Rückständigkeit sowie die politischen Schwierigkeiten und Antriebe daraus für die Zeit nach 1918, die es Polen nach mindestens 100 Jahren Unfreiheit außerordentlich schwer machten, die wiedergewonnene Selbständigkeit effektiv und effizient so zu gestalten, daß dieses Polen, das sich in seinen drei Teilungsgebieten völlig, wenngleich wirtschaftlich und sozial abgestuft auseinanderentwickelt hatte, „unifiziert“ werden konnte, wie Polen seinen Wiedervereinigungsprozeß bezeichnete, um als homogenes und leistungsfähiges Staatsgebilde in der europäischen Moderne zu bestehen.

Dabei sollte berücksichtigt werden, daß das 19. Jahrhundert ein Jahrhundert des größten und weitreichendsten wirtschaftlichen und sozialen Wandels in der Moderne war, ein Jahrhundert der technischen Revolution. Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise zog vielfältige tiefgreifende staats- und ordnungspolitische sowie soziale Auswirkungen nach sich. In selb-

6) Tadeusz Wyrwa: *Historyk na obczyźnie a najnowsze dzieje Polski* [Der Historiker in der Fremde und die neueste Geschichte Polens], in: *Nowoczesna historia Polski* [Moderne Geschichte Polens], Bd. 3, pod. red. Józefa Jasnowskiego (Prace Kongresu Kultury Polskiej pod patronatem Prezydenta RP Edwarda Raczyńskiego [Arbeiten des Kongresses der polnischen Kultur unter der Schirmherrschaft des Präsidenten der Republik Polen Edward Raczyński]), Londyn 1987, S. 91–107, hier S. 94 ff.; Władysław Markiewicz: *Die Bildung der modernen polnischen Nation*, in: *Nationalgeschichte als Problem der deutschen und der polnischen Geschichtsschreibung*. XV. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker 16. bis 20. November 1982 in Braunschweig, Redaktion: Wolfgang Jacobmeyer, Braunschweig 1983, S. 46–52, hier S. 51.

ständigen, unabhängigen Staaten war der Modernisierungs- und Reifungsprozeß nach eigenen nationalen Vorstellungen und Bedürfnissen sowie nach eigenstaatlichen Interessen vor sich gegangen. Im staatlich aufgeteilten Gebiet Polens war das nicht nur nicht möglich, sondern erfolgte zwangsläufig nach fremdstaatlichen und fremdnationalen Vorstellungen. Von der interessengeleiteten Eigenständigkeit der inneren Reifung und Modernisierung der europäischen Staaten im 19. Jahrhundert war Polen ausgeschlossen. Das in drei Teile aufgesplitterte Polen wurde in diesem weichenstellenden Jahrhundert nach den Vorstellungen und Interessen der jeweiligen Teilungsmächte innerhalb des eigenen Staatsgebietes und in Ergänzung zu ihm gestaltet, nicht aber als ein eigenständiges jeweiliges Ganzes. In jedem der drei Staaten war Polen zudem staatliche Peripherie, die überall und zu jeder Zeit benachteiligt bleibt, was weniger ein bloßes nationalpolitisches, sondern ein ökonomisches, standortpolitisches, von Kosten bestimmtes Problem ist. Dadurch geriet es insbesondere wirtschaftlich sowie in der standortpolitischen wie eigendynamischen, aber auch in der staatlich geförderten Entwicklung gegenüber den zentraleren Gebieten der jeweiligen Staaten ganz zwangsläufig und unabweisbar, wenngleich different und abgestuft, was ihre vergleichsweise unterschiedliche Leistungsfähigkeit verdeutlicht, in ein punktuelles Hintertreffen. Bei der von eigenständigen polnischen Interessen und Möglichkeiten losgelösten, von ihnen unabhängigen Situation und Entwicklung ist zu bedenken, daß, wenn bei diesem Hintergrund abwertend von der „polnischen Wirtschaft“ gesprochen wird⁷, dies ein ignorantes, von ökonomischer Unkenntnis und vom Unvermögen zur Differenzierung politischer Prozesse bestimmtes Denken offenbart, das auch nicht fähig ist, das historisch tradierte Wirtschaftsverständnis der polnischen Adelsgesellschaft, das am Anfang dieser Entwicklung gestanden hat, in Rechnung zu ziehen, das aber vom westeuropäischen so sehr verschieden war. Solche psychokulturellen und psychopolitischen Unterschiede zwischen Polen und dem westeuropäisch geprägten Verständnis werden viel zu selten mit dem ihnen zukommenden Gewicht berücksichtigt. Das begünstigt Mißdeutungen und Mißverständnisse.

Das Zentrum des 1918 wiedererstandenen neuen Polen war nicht nur jeweilige benachteiligte Entwicklungsperspektive. Gleichzeitig war es eine von Staatsgrenzen bestimmte, durch die wenigen, weil nur grenzüberschreitend benötigten Verkehrswege, ob Straßen oder Eisenbahnen, wirtschaftlich zusätzlich benachteiligte Nahtstelle dreier Staaten. Grenzüberschreitende Verkehrsführung bedeutet, daß deren Netzdichte eine Abnahme zur Grenzperipherie erfährt. Umgesetzt auf die Verhältnisse Polens hatte es die verkehrspolitische Wirkung, daß im Zentrum des 1918 wiedererstandenen Staates ne-

7) Hubert Orłowski: „Polnische Wirtschaft“, in: Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe, hrsg. von Ewa Kobylinska, Andreas Lawaty und Rüdiger Stephan, München 1992, S. 515–522.

ben der Verkehrswegdichte zudem die Verkehrswegqualität, bestimmt von den ohnehin erheblich unterschiedlichen Verkehrswegverhältnissen der Teilungsmächte, am geringsten war; so hatte beispielsweise das aufstrebende Industriegebiet von Lodz lange keine Eisenbahnanbindung, sondern wurde erst relativ spät durch eine Stichbahn nach Koluszki indirekt mit der Eisenbahnhauptarterie St. Petersburg—Warschau—Wien verbunden, was die prekären Verhältnisse beispielhaft veranschaulichen mag. Also: staatliche Peripherie und Grenzraum des 19. Jahrhunderts als Herzstück des modernen Polen, das sich im 20. Jahrhundert in einer sonst genetisch gewachsenen europäischen Wirtschaftslandschaft mit seinem „peripher“ entwickelten Verwaltungszentrum Warschau zu behaupten hatte, trotz aller vielfältigen Entwicklungsnachteile, zu denen noch besonders die kommunikationspolitischen hinzukamen.

Die äußeren sozioökonomischen und staatspolitischen Rahmenbedingungen Polens im 19. Jahrhundert widersprachen durch die rund ein Jahrhundert währende Auseinander- und Unterentwicklung objektiv der Verwirklichung der polnischen Hoffnungen und Träume von Eigenstaatlichkeit, die in den äußeren ökonomischen und sozialen Umständen dauerhaft untergegangen scheinen mußte. Diese Ansicht setzten mit einer theoretisch überzeugenden Begründung sehr konsequent Rosa Luxemburg und die von ihr mitbegründete und ideologisch entscheidend mitgestaltete Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens (SDKPiL) um, die illegale internationalistische Partei der kongreßpolnischen Sozialisten. Unter Hinweis auf die Auseinanderentwicklung der polnischen Landesteile und deren Verflechtung mit den Teilungsmächten, was neben Absatzmarktorientierungen und den diesen Märkten angepaßten Produktqualitäten mit der davon bestimmten Maschinenausstattung noch weiterreichende kapitalintensive ökonomische Abhängigkeiten geschaffen hatte, befürwortete sie aus sozioökonomischen Gründen einen Verbleib des polnischen Gebietes im russischen Staatsverband und verneinte zwar alle Eigenstaatsbemühungen, nicht aber die Autonomie innerhalb des Staatsverbandes – was oft übersehen oder falsch eingeschätzt wird –, als sozial nachteilig, weil ohne empfindliche Produktionsrückschläge und damit zumindest zeitweilige absolute und relative Verelendung nicht zu verwirklichen⁸. Ihre Überlegungen hatten Gültigkeit nicht nur für das russische Teilungsgebiet, wenngleich sie dafür besonders formuliert waren. Mit ihren sachbezogenen Argumenten sollte sie nach 1918 weitgehend recht behalten. Sie erwog jedoch nicht den Umstand, daß Ökonomie im gefühlsbetonten Denken von Nationen, besonders aber der polnischen, die ihr zudem zu keiner Zeit eine so dominante Rolle beigemessen hatte wie der rationale Westen Europas, der Rosa Luxemburg ökonomisch-theoretisch geformt hatte, keine

8) Georg W. Strobel: Die Legende von der Rosa Luxemburg. Eine politisch-historische Betrachtung, in: IWK. Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 1992, H. 3, S. 375 ff.

politische ultima ratio sein konnte. Polen waren Eigenstaatlichkeit und nationale Freiheit um jeden Preis und jenseits aller wirtschaftlichen und sozialen Vernunft teuer.

Die Auswirkungen des 19. Jahrhunderts auf das geteilte polnische Staatsgebiet reichten gleichwohl noch viel weiter. Es wurde administrativ, juridikativ, bildungspolitisch bis hin zu Schulformen und Bildungsinhalten sowie zivilisatorisch, also in der gesamten Breite des öffentlichen Lebens und der öffentlichen Organisation und Verwaltung mitsamt den Entscheidungsprozessen sowie in der Rechtssetzung und Rechtsprechung nach dem geltenden Verständnis und der Ordnung und Verfassung der jeweiligen Teilungsmacht „umgekrempelt“. Auf diese Weise wurden die Teilungsgebiete in die fremden politischen, verwaltungsmäßigen und sozioökonomischen Systeme eingefügt und durch sie bestimmt, deren homogener staatspolitischer Teil sie wurden. Es war dabei unausweichlich, daß sie sich in jeder nur erdenklichen Hinsicht völlig auseinanderentwickelten, unabhängig von ihren Traditionen. Gerade für das adelskulturell geprägte, von der verderblich gewordenen Kultur des ursprünglich ja ganz anders gedachten, eben als Ausdruck adeliger Demokratie verstandenen „*Liberum veto*“ gezeichnete und bedrückte, politisch eigenwillige Polen der mächtigen magnatischen Individualisten und der prozeß- und händelsüchtigen, käuflichen Kleinadeligen aus den gleichen Wapenfamilien, die im Laufe der Zeit immer manipulierbarer wurden, wäre das 19. Jahrhundert für die eigeninteressenorientierte Modernisierung und für die Reifung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft überaus wichtig und notwendig gewesen.

Als staatsgrenzenübergreifend blieben den Polen allein die nationalen Werte sowie die Erinnerung an frühere staatliche Größe und Bedeutung, was auf vielfache Weise politisch instrumentalisiert wurde. Vor allem waren es die Sprache, welche keine idiomatischen Unterschiede aufweist, die eine Auseinanderentwicklung hätten begünstigen können, das Bewußtsein der großen heldenmütigen Vergangenheit und die Früchte des nationalkulturellen Schaffens, in denen alles dies gefühlvoll, herzerhebend, stolz und selbstbewußt gepflegt wurde. Als Bewahrerin und Hüterin der nationalen Einheit und Tradition verstand sich die katholische Kirche, die nach eigener Auffassung immer schon für das Volk eingetreten war, was sie mit ernstgenommenen Legenden wie um den angeblichen Märtyrertod des Heiligen und Landespatrons Bischof Stanisław von Krakau im Jahre 1079 stützte, und die sich auf diese Weise als seit jeher volksbetonte patriotische „polnische Kirche“ präsentierte, als solche aber auch betont national zu benehmen begann, was sich gegen die Interessen der Teilungsmächte, besonders der andersgläubigen, richtete, seit 1832 sogar in einem nationalpolitischen Interessengegensatz zum römischen Papsttum: einer der vielen kaum wahrgenommenen – vielleicht sogar der am wenigsten bekannte – Widersprüche der polnischen Geschichte.

Die der Dynamik der eigenen Interessen der Teilungsmächte unterworfenen

Entwicklung auf dem ehemaligen Staatsgebiet Polens bereitete dem 1918 wiedererstandenen modernen polnischen Staat ungeheuer administrative und sozioökonomische Schwierigkeiten bei der Verschmelzung der drei Teilungsgebiete zu einem homogenen, konsolidierten und leistungsfähigen Staatsgebilde. Ihr Gewicht wird besonders dadurch deutlich, daß die aus dem 19. Jahrhundert übernommenen, der Politik der Teilungsmächte zuzuschreibenden Belastungen nicht nur die gesamte Zwischenkriegszeit der II. Republik beeinflussten, sondern sich vielfältig noch in die Zeit des kommunistischen Polen nach 1945 fortsetzten. Als einziges historisches Beispiel für Probleme staatlicher Wiedervereinigung wurde Polen nirgendwo thematisiert, obwohl es hätte lehrreich sein können. Es ist zu fragen, ob das etwa an Überheblichkeit oder nur an der historischen Unkenntnis oder Unbelehrbarkeit liegt, die zwar häufig beklagt, aber um so seltener abgestellt wird.

Trotz aller Aufstände, politischen Auflehnungen, psychopolitischen und psychokulturellen Verwerfungen sowie nationalen Demütigungen im Polen „gestohlenen“ 19. Jahrhundert sind gerade die sozioökonomischen Folgen der Teilungszeit in ihrer Wichtigkeit, aber auch in ihrer politischen Dringlichkeit und Auswirkung für die moderne Entwicklung seit 1918 nicht hoch genug einzuschätzen, wenngleich viel zu selten gebührend berücksichtigt, obwohl sie bezifferbar und politisch sowie sozial bestimmbar sind. Es sind Erscheinungen, die das moderne Polen zwar einerseits stark beeinträchtigte, daneben aber auch partiell stützten, besonders die Entwicklung des preußischen Teilungsgebiets, was angesichts der überkommenen Beurteilungen überraschen mag, woraus dann aber eine analytisch und wertend differenziertere Betrachtung als gemeinhin nötig wird, die sich insbesondere jeder einseitigen nationalgeschichtlichen Einordnung versagen sollte.

Das populäre, die historische Wirklichkeit verzerrende und mißdeutende Geschichtsdenken in Polen, das die punktuelle Undifferenziertheit der geschichtswissenschaftlichen Interpretationen noch weit übersteigt, von ihr aber in deren populären Darstellungen intransigently beeinflusst wird, eine häufig nicht wahrgenommene Interdependenz, orientierte sich zum nationalpolitischen Nachteil an den politisch-kulturellen Denkmustern des 19. Jahrhunderts der martyrologisch und heroisierend, weitgehend schwärmerisch und andächtig internalisierten großen eigenen Vergangenheit. Doch die politische Wirklichkeit war mittlerweile für sie viel zu klein geworden, ohne daß man bereit war, dies einzusehen. Aus der familiengepflegten Erinnerung, die vergrößerte, idealisierte und heroisierte, und aus ihren gleichermaßen überzogenen und naiven Deutungen der Zeit der heldenhaften, aber durchweg mythologisierten Auflehnungen gewann die Vergangenheit, die nahe und die ferne, mit all ihrer eigenwilligen populären Deutung eine jeweils aktuelle politische Gestaltungsfunktion von mythischer Kraft, die häufig genug politische Wirklichkeitsnähe und Realismus behinderte. Auf diese Weise bestimmen die Denk- und Handlungsweisen des tradierten, unseligen polnischen 18. und 19. Jahrhunderts, die

sich mittlerweile zu völkerpsychologischen Merkmalen der Nation verdichtet haben, immer noch die politische Aktualität Polens⁹.

2. Das russische Gebiet: Kongreßpolen

Die politische Entwicklung nach 1815 lief in den einzelnen Teilungsgebieten ähnlich wie die sozioökonomische sehr unterschiedlich ab. Anfangs konnte scheinen, das russische Teilungsgebiet werde schon wegen der slawischen Solidarität des aufkommenden Slawophilentums trotz aller früheren Streitigkeiten und Kriege die national freieste Entwicklung nehmen. Zwar nicht in den Grenzen des vormaligen Doppelreiches, aber immerhin in den Grenzen der polnischen Krone wurde ein Königreich Polen eingerichtet. Der Zar nahm den Titel eines Königs von Polen an. In Warschau wurde er als „Wiedererwecker Polens“ („Wskrzesiciel Polski“) 1816 mit einem aus Spenden errichteten Triumphbogen geehrt, was selbst von Tadeusz Kościuszko überzeugt unterstützt wurde. Zum polnischen König gekrönt wurde der Zar allerdings erst 1829, was politische Behutsamkeit zeigt. Das Königreich Polen verfügte über eine für die damalige Zeit außerordentlich liberale Verfassung, die an die von 1791 anknüpfte, jedenfalls die liberalste Ordnung aller Teilungsgebiete, eine eigene Armee, eigene Verwaltung und sehr viel nationalen Spielraum, alles unter einer aufgeschlossen-nachsichtigen russischen Aufsicht, was damals zu weitergehenden polnischen Hoffnungen Anlaß gab. Schon 1816 wurden drei polnische Hochschulen eingerichtet: eine Universität in Warschau sowie getrennte Akademien für Bergbau und Landwirtschaft.

Dankbar widmete unter solchen Umständen Alojzy Feliński sein 1816 entstandenes Gedicht „Boże coś Polskę“ Alexander I., dem hoffnungsbefrachteten russischen Zaren und König von Polen, um dessen Erhaltung Gott in den Schlußworten angefleht wurde („Naszego Króla zachowaj nam Panie“). Später wurde das vertonte „Boże coś Polskę“ allerdings zu einer bis heute inbrünstig gesungenen Kirchenhymne, über Jahrzehnte der nach 1830 hereingebrochenen Unterdrückung die eigentliche symbolische Hymne Polens, mit der in je nach politischer Situation ausgetauschten Schlußworten Gott um Freiheit für Polen – in der Teilungszeit später übrigens auch gegenüber Rußland, dann während der Okkupation im Zweiten Weltkrieg und oppositionell im kommunistischen Polen – gebeten oder ihm für die errungene Freiheit gedankt wurde, wie nach 1918 und 1989. Die legendengewohnte polnische Gesellschaft begann auf vielfältige Weise intensiv mit – allerdings häufig zu wenig realitätsorien-

9) Wyrwa (wie Anm. 6), S. 96; Rudolf Jaworski: Geschichte und Tradition im gegenwärtigen Polen, in: Leviathan, Berlin 1984, H. 3, S. 295 ff.; Georg W. Strobel: Politisches System und Pluralismus in Polen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn 1990, B 12–13/90, S. 3f. – Auch das Motto des Beitrags aus dem Munde von Jerzy Giedroyc, der als „nationale Institution“ der Polen infolge der Herausgeberschaft der Pariser „Kultura“ und der „Zeszyty historyczne“ unumstritten ist, weist darauf hin.

tierten – Symbolen zu leben¹⁰, die oft undifferenzierten und stereotypen Interpretationen und Mythen folgten. Durch die Abtrennung der ehemals Litauen zuzuordnenden Gebiete, die im wesentlichen von nichtpolnischer, litauischer und ostslawischer Bevölkerung besiedelt waren, war das Königreich Polen national und konfessionell nahezu geschlossen, was Kongreßpolen politisch prägte. Nur die Juden bildeten eine größere, dazu örtlich geschlossene Bevölkerungsgruppe, besonders in Städten und in den östlichen Landesteilen Kongreßpolens.

Die vorausschauende Wirtschafts- und Industriepolitik der Warschauer Regierung holte ab Anfang der zwanziger Jahre, nachdem dies bereits die Teilungsmacht Preußen nach 1793 in Südpreußen, insbesondere in der Lodzer Region, mit bemerkenswertem Erfolg eingeleitet hatte, deutsche Heimweber, Gesellen und Meister mit Hilfe weitgespannter Privilegien aus deutschen Ländern hierher, aus Sachsen, Baden, Schwaben, Deutschböhmen, woher auch Tschechen kamen, und Bayern, aber auch aus Preußen, insbesondere Schlesien, worunter sich vereinzelt auch polnische Untertanen Preußens befanden. Sie alle zusammen begründeten eine Industrieproduktion, die Lodz, das heruntergekommene Städtchen mit 1820 gerade wieder 750 Einwohnern, nach wenigen Jahrzehnten zur zweitgrößten Stadt Polens aufsteigen ließ. In den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts sollte sie, von den deutschen Demontagen und den Verlusten während des Ersten Weltkrieges noch nicht einmal erholt, produktionswertmäßig zur bedeutendsten Industriemetropole, zum „Manchester des Ostens“, und die Textilindustrie neben der Montanindustrie zum wichtigsten Industriezweig Polens werden¹¹. In der Lodzer Region und am nördlichen Rand des oberschlesischen Reviers wurden punktuell mit Hilfe deutscher Einwanderer und deutschen Kapitals, was bei der sonstigen Kapitalarmut von besonderer Bedeutung war, die Anfänge einer modernen Industrieentwicklung gelegt, unterstützt durch die kluge Geld- und Kreditpolitik der Warschauer Regierung, durch den Abbau von produktions- und absatzhemmenden Zollschränken zu Rußland und durch die nach heftigen Widerständen und langwierigen Auseinandersetzungen erreichten Zollvergünstigungen in den protektionistischen preußischen Zolltarifen. Damit wurden Grundlagen gelegt für den Auf- und Ausbau einer Industrie in dem trotz des vorhandenen „Altpolnischen Industriereviers“ („Zagłębie Staropolskie“) vorwiegend agra-

10) Bogdan Zakrzewski: *Boże coś Polskę* Alojzego Felińskiego, Wrocław u. a. 1987, 2. erg. Aufl.; Wojciech Wasiutyński: *Czwarte pokolenie. Szkice z dziejów nacjonalizmu polskiego* [Die vierte Generation. Skizzen zur Geschichte des polnischen Nationalismus], London 1982.

11) 550 lat miasta Łodzi. Album statystyczno-gospodarczy [550 Jahre Stadt Lodz. Ein wirtschaftsstatistisches Album], Łódź 1973; Oskar Kossman: *Lodz. Eine historisch-geographische Analyse*, Würzburg 1966; Georg W. Strobel: *Industriemetropole zwischen Orient und Okzident. Eine Hommage an die Vielvölkerstadt Lodz*, in: *Deutsch-polnische Ansichten zur Literatur und Kultur. Jahrbuch 1992* (Deutsches Polen-Institut), Darmstadt 1993, S. 31 ff.

rischen, manufakturrell nur gering und dazu sehr ungleichmäßig erschlossenen, alles in allem wirtschaftlich stark zurückgebliebenen Königreich Polen. Das Gesamtbild wird neuerdings durch wirtschaftshistorische Arbeiten völlig unlogisch verzeichnet, wenn beispielsweise die Aufwärtsentwicklung im preußischen Waldenburger Kohlerevier und in Oberschlesien während des 19. Jahrhunderts als ein ökonomischer Aufbau Polens ausgegeben und ihm zugeschrieben wird, obwohl dies mit Polen nicht das geringste zu tun hat¹². Beispiele solcher, aus der Grenzziehung des Jahres 1945 abgeleiteter unredlicher Geschichtsklitterungen wären zu vermehren, besonders aus der Lodzer historischen Schule von Gryzelda Missalowa¹³.

Bei allen Vorbehalten gegenüber der späteren russifizierenden Politik, die sich auf die nach Westen ausgreifende Orthodoxie stützte, muß dieser für Polen bedeutsame wirtschaftliche Entwicklungstrend hervorgehoben werden, der von Rußland auch später noch vorbehaltlos akzeptiert wurde, allerdings ebenfalls zum eigenen entwicklungspolitischen Vorteil. Deutsche, vornehmlich ländliche schwäbische Siedler, die in Art, Bebauung und Sprache ein Stück Heimat nach Kongreßpolen verpflanzten, mit ihrer Bezeichnung als „Szwaby“ (Schwaben) jedoch ein polnisches Schimpfwort für unterschiedslos alle Deutschen befestigten, waren wiederum Antriebs Elemente für die agro-technisch vernachlässigte, gegenüber Westeuropa oder auch nur gegenüber der einst polnischen, jetzt preußischen weit zurückgebliebene mittelpolnische Landwirtschaft. Der erhebliche Beitrag der Deutschen zur ökonomischen Entwicklung Kongreßpolens sollte redlicherweise nicht minimiert werden, wie es besonders bei der Missalowa-Schule üblich geworden ist, was selbst die exilpolnische Geschichtswissenschaft bemerkt und anprangert (Paweł Korzec, Tadeusz Wyrwa).

12) Benedykt Zientara, Antoni Mączak, Ireneusz Ihnatowicz, Zbigniew Landau: *Dzieje gospodarcze Polski do roku 1939* [Wirtschaftsgeschichte Polens bis 1939], Warszawa 1988, S. 400ff. – Die auf das Staatsterritorium Polens von 1945 bezogene Darstellungsweise, die die ostdeutschen Gebiete auch geschichtlich als Teile Polens einbindet, ist in der allgemeinen politischen Geschichtsschreibung ebenso vorhanden, wobei merkwürdige Relativierungen gebraucht werden. So wird bei der Behandlung Polens im 19. Jahrhundert die Geschichte Hinterpommerns einbezogen, das „damals von Deutschen bevölkert war“, so in der Arbeit des sonst exzellenten Historikers Stefan Kieniewicz: *Historia Polski 1795–1918* [Geschichte Polens 1795–1918], Warszawa 1983, S. 182.

13) Paweł Korzec: *Materiały do studiów nad historiografią PRL w zakresie historii najnowszej* [Studienmaterialien zur Historiographie der VR Polen im Bereich der Zeitgeschichte], in: *Zeszyty historyczne*, Paryż 1971, *Zeszyt* 20, S. 43–58. – Korzec war als Professor der Universität Lodz Mitarbeiter von Gryzelda Missalowa und berichtet über die dortigen wissenschaftlichen Praktiken aus eigener Erfahrung. Umfassender dazu: Georg W. Strobel: *Die polnische Historiographie nach 1945*, in: *Die Interdependenz von Geschichte und Politik in Osteuropa seit 1945. Historiker-Fachtagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Berlin, vom 9.–11. 6. 1976 in Bad Wiessee*. Protokoll, hrsg. von Günther Stöckl, o.O., o.J. (1977), S. 125–141, hier S. 134ff.

Die relativ große Selbständigkeit des Königreiches Polen ging jäh zu Ende. Dem auf fragwürdige, sehr aufgeregte Gerüchte zurückgehenden, weitgehend unzureichend vorbereiteten Aufstand von 1830, der nach vorübergehenden Erfolgen der regulären polnischen Armee, welcher sich in Litauen freiwillige Aufständischenverbände angeschlossen hatten und an dem auch eingewanderte deutsche Weber, besonders aus Zduńska Wola, unter Waffen opferbereit teilnahmen, im Spätsommer 1831 niedergeschlagen wurde, folgte Ende 1831 mit den prohibitiven, wirtschaftlich zutiefst schädlichen Zollrestriktionen und Anfang 1833 mit dem „Organischen Statut“ eine massive russische Vergeltung mit vielen weiteren, außerordentlich bedrängenden, harten und russifizierenden Maßnahmen und Bestimmungen. Sie hoben die bisherige Selbständigkeit des Königreiches Polen auf, lösten den Sejm und die polnische Armee auf und bescherten eine tiefe wirtschaftliche Rezession. Als „Przyszlanski Kraj“ (Weichselland) wurde es faktisch zu einer russischen Kolonie. Rußland verstand es ferner, einen Keil zwischen den nationalen polnischen Katholizismus und den Vatikan zu treiben. Mit dem Breve „Cum primum“ vom Juni 1832 an die polnischen Bischöfe verurteilte Gregor XVI. Aufstände wie den polnischen und mahnte Gehorsam gegenüber dem weltlichen Herrscher auch für die Zukunft an, was Rußland im Zeitablauf, besonders nach 1863, zur Schließung von Klöstern, dem Verbot von Kirchenorden und zu Zwangsmaßnahmen gegen die aufmüpfige nationale „polnische Kirche“ ermunterte.

Die bürgerliche Revolution von 1848 ging an Kongreßpolen vorbei, wenngleich nicht ganz spurlos. Die Bauernbefreiung von 1861 führte zusammen mit der kongreßpolnischen Bodenreform von 1864 zu einer in jeder Hinsicht bedeutungsvollen sozialstrukturellen Umschichtung in der Bevölkerung. Unter dem entstandenen Abwanderungsdruck in die ein besseres Leben verheißenden, sich rasch entwickelnden Industriestädte, besonders um das zu dieser Zeit noch deutlich deutsch geprägte Lodz, das vierzig Jahre bis 1862 von deutschen Bürgermeistern regiert wurde, bildete sich ein polnisch-jüdisches Proletariat heraus, in das sehr bald auch Deutsche abzugleiten begannen. Die polnische Erhebung von 1863, an der nicht nur Adelige und Bürgerliche, sondern auch die aufkommende Proletarierschicht teilnahm, war außer einem politischen in vielerlei Hinsicht auch ein sozioökonomischer Aufbruch in die Moderne. In der Aufständischenabteilung, die in Lodz aufgestellt wurde, waren 75% Arbeiter, davon ein Drittel Deutsche, die sich Schulter an Schulter mit ihren polnischen Mitbürgern zum Kampf gegen das zaristische Rußland stellten. Der Aufstand vom Januar 1863, den die Polen der anderen Teilungsgebiete eher nur symbolisch mit Geldspenden begleiteten, wurde unter großen Verlusten für die Nation niedergeschlagen. Er zog massenhafte Verhaftungen neben allerhärtesten Repressalien nach sich.

Durch das Leid der Aufstände entstand das Symbol der „Matka Polka“, der schmerz erfüllten, leidgeprüften „Polnischen Mutter“, das bis heute eine große psychopolitische Bedeutung behielt. Es wurde von Adam Mickiewicz

in dem 1830 entstandenen Gedicht „Do Matki Polki“ („An die Mutter-Polin“) begründet. Wie Maria, die Mutter Gottes, Jesus für die Menschheit am Kreuze opferte, gab die „Polnische Mutter“ oder die „Matka Polka“, die „Mutter Polen“, wobei die duale Bedeutung oft verschwimmt, ihre Söhne auf dem Altar des Kampfes um Polen hin, ohne zu verzweifeln, denn sie glaubte voller Hoffnung an den Erfolg ihres großen und schweren Opfers – und erzog daher ihre Söhne und Töchter weiterhin zur patriotischen Pflichterfüllung. Das Aufkommen verschiedener, solche Hoffnungen nährenden Lieder, wie „Bartoszu, Bartoszu, nie traćwa nadziei“ („Bartosz, laß uns die Hoffnung nicht verlieren“), lief parallel. Das allzeit populäre Lied wurde auch während der deutschen Besatzung 1939–1945 sowie seit den späten siebziger Jahren als Ausdruck oppositioneller Hoffnungen besonders gern gesungen. Das Verstehen der opferbereiten, schmerzreichen „Matka Polka“ öffnet zusammen mit der übrigen reichen nationalen und religiösen Symbolik und Mythologie das Verständnis für den aufopferungsbereiten, rigorosen polnischen Patriotismus in aussichtslosesten Situationen¹⁴. Diese „Mater Dolorosa“, wie sie Józef Wittlin im Zweiten Weltkrieg in die Poesie einbrachte, wurde in Polen mit dem Kirchenlied des Jacopone da Todi „Stabat Mater“ schon seit Jahrzehnten besungen, so daß der Schritt zur „Stabat Mater Polonia“ und zur „Matka Polka“ winzig war, zu einem der verbindenden Sinnbilder der polnischen Mariologie mit ihrer Verehrung heldenmütigen, opfer- und entsagungsvollen, schmerzreichen polnischen Frauentums und polnischer Mütterlichkeit. Dazu gehört auch der seinerzeit in Deutschland aufgegriffene, schwärmerisch verehrende und bewundernde Kult um Emilia Plater, die tödlich verwundete gräfliche Kämpferin des Novemberaufstandes von 1830 – eine bemerkenswerte deutsch-polnische Gemeinsamkeit.

Die persönliche Identifizierung mit dem auch als Pietà von polnischen Künstlern des 19. Jahrhunderts, wie besonders Artur Grottger, ikonographisch visualisierten Mutter-Symbol sowie die Pflege der patriotischen Erinnerung an die familiären Opfer, aber auch an deren Aufstandsteilnahme und ihre Heldentaten, die über Jahrzehnte das populäre, individuelle Geschichtsbild vieler Familien gestalteten und es zum Bestandteil ihres politischen Engagements machten, wurden nach 1863 durch eine würdevolle dunkle, meist schwarze Kleidung und den symbolträchtig gestalteten Schmuck der Frauen kundgegeben, wie die mit einem Dornenkranz umwundenen, vom Hoffnungsanker ergänzten Kreuze¹⁵. Besonders dieses Märtyrersymbol verselbständigte sich im

14) Tadeusz Biernat: *Mit polityczny* [Der politische Mythos], Warszawa 1989; Władysław Kopaliński: *Słownik mitów i tradycji kultury* [Lexikon der Mythen und Kulturtraditionen], Warszawa 1985.

15) Abbildung einer Schmuckbrosche in: *Zarys historii Polski* [Abriß der Geschichte Polens], pod red. Janusza Tazbira, Warszawa 1980, S. 486; Szymon Kobyliński: *Kompas cywilizacji obrazkowej* [Führer durch die bebilderte Zivilisation], Warszawa 1982; Szymon Kobyliński, Tadeusz Siuchniński: *Ilustrowana kronika Polaków* [Illustrierte Chronik der Polen], Warszawa 1971.

Laufe der Zeit. In geringfügig abgewandelter Form wurde es als Zeichen des Widerstandes gegen die NS-Besatzung und als Oppositionsmerkmal gegen das eigene kommunistische Regime seit den späten siebziger Jahren sowie als freiheits- und unabhängigkeitsorientiertes Oppositionsmerkmal der „Solidarność“ eingesetzt, ganz besonders nach der Ausrufung des Kriegszustandes Mitte Dezember 1981¹⁶. Auf diese Weise wurde mit Symbolen eine psychopolitische Brücke zwischen der Unfreiheit nach 1863, in den Jahren 1939–1945 und unter der kommunistischen Herrschaft in Polen geschlagen, was gesinnungsethisch sehr aufschlußreich ist und zugleich das politikwirksame Fortwirken des Symboldenkens in der Gegenwart Polens veranschaulicht.

Die Folgen des Januaraufstandes waren in jeder Hinsicht verhängnisvoll: 1865 erfolgte die Einführung des Russischen als alleiniger Verwaltungssprache und 1866 der für das katholische Polen fatale Abbruch der Beziehungen Rußlands zur römischen Kurie. Er zog vehemente russifizierende und missionierende Maßnahmen nach sich, was im russischen Verständnis ohnehin zusammenfiel. 1869 wurde die polnische Universität in Warschau geschlossen und durch eine russische ersetzt. Bereits 1864 war das Polnische in den Schulen rigoros eliminiert worden. In den Städten Kongreßpolens wurden vermehrt orthodoxe Kirchen errichtet. Die letzten Reste der Rom treu gebliebenen Unierten Kirche, das Bistum Cholm, wurden zwangsweise der Orthodoxie einverleibt, die Gläubigen zum Übertritt gepreßt. Den katholischen Bischöfen verbot man alle Kontakte zu Rom und wies sie an, sich der St. Petersburger Behörde für nichtorthodoxe Kirchen, dem Geistlichen Kollegium, und damit in letzter Konsequenz dem Zaren unterzuordnen.

Anders als in Preußen fielen in Kongreßpolen katholische Konfession und polnische Nationalität zusammen. Ein Kirchenkampf im russischen Teilungsgebiet mußte eindeutiger als im konfessionell gemischten Preußen als eine einzig und allein gegen Polen gerichtete Aktion verstanden werden. Alle Formen der Russifizierung und des missionierenden Kirchenkampfes, der Schul- und Bildungspolitik setzten in Kongreßpolen zudem zeitlich früher ein als die ähnlichen Maßnahmen in Preußen. Auch übertrafen sie in ihrer Strenge, Rigorosität, Härte und Gewaltbegleitung alle beanstandeten Formen der Politik Preußens. Obwohl die Brutalität der russischen Politik gegenüber Polen unvergleichlich größer war als die der preußischen Regierung, den nationalen Widerstand nach innen erschwerte und ihn sehr viel gefährlicher folgen- und verlustreicher für die Nation als in Preußen machte, hat dieser Unterschied die Sicht der

16) Anna Uhlig: *W kręgu symboli. O polskiej kulturze politycznej lat osiemdziesiątych* [Im Kreise von Symbolen. Über die polnische politische Kultur der achtziger Jahre] (Uniwersytet Warszawski, Instytut Nauk Politycznych), Warszawa 1989, S. 82 ff.; Wojciech Modzelewski: *Symbolika „Solidarności“* [Die Symbolik der „Solidarność“], in: *Studia nad ruchami społecznymi* [Studien zu sozialen Bewegungen], red. Piotr Marciniak, Wojciech Modzelewski (Uniwersytet Warszawski, Instytut Socjologii), Bd. 2, Warszawa 1989, S. 231 f.

polnischen Geschichtsdeutung auf die preußische Politik kaum beeinflusst. Weit aus befremdlicher ist noch, daß er von der akademischen Geschichtsschreibung komparativ nicht hinlänglich abgeschätzt wurde und noch immer vernachlässigt wird, was heute ein Überbleibsel des ideologisch und politisch verherrlichend auf Rußland und die Sowjetunion gerichteten historischen Materialismus und seiner Parteilichkeitsforderung sein mag, so daß eine bedauerliche Disparität und Unausgewogenheit in der vergleichenden Einschätzung der preußischen und der russischen Politik gegenüber Polen beklagt werden muß; doch vor 1939 war es nicht viel anders.

Die neuen Unterwerfungsmaßnahmen Rußlands sowie die Einsicht in die Erfolglosigkeit der Aufstände von 1830 und 1863, die Konfiszierungen von Privatgütern, die Verhaftungen und die Verbannungen unterschiedlichen Grades nach Sibirien, die auf dem Verwaltungswege ohne Gerichtsurteil verfügt werden konnten, die Bedrängung der „polnischen Kirche“ und ihrer Orden, die Todesurteile und die standrechtlichen Erschießungen, was alles besonders die Führungsschichten der polnischen Nation traf, leiteten einen psychopolitischen Klärungsprozeß in Kongreßpolen ein. In den siebziger Jahren kam die Konzeption der „organischen Arbeit“ auf, des Warschauer Positivismus, wie er auch genannt werden sollte. Sie setzte sich zwar durch, blieb aber keineswegs unumstritten und traf stellenweise sogar auf entschiedene Ablehnung. Die „organische Arbeit“ bedeutete, daß vermeintliches nationales Interesse nicht mehr zu verlustreichen, die Nation schwächenden Kämpfen führen, sondern in Bestrebungen sozioökonomischer Art gesucht und befriedigt werden sollte, damit die Nation auf diese Weise nach innen widerstands- und leistungsfähig sowie unabhängiger, auch wirtschaftlich, werde, ohne sich in Gegensätzen zu zermürben oder zu verlieren; sie war deutlich defensiv geprägt.

Jetzt kamen erste polnische Parteien illegal auf, wobei die Deutschen Kongreßpolens mit eigenen sozialistischen Zirkeln in Lodz nach dem Beispiel des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) des von Polen bald hochverehrten und sogar als Erlöser, Jesus gleich, gepriesenen Ferdinand Lassalle bereits seit Mitte der sechziger Jahre den Polen, denen der Zugang zu den allerdings durchweg deutschsprachigen Arbeiterzirkeln offenstand, beispielgebend vorangeschritten waren. Auf diese Weise wurde die sozialistische Entwicklung in Kongreßpolen deutsch beeinflusst. Sie hatte hier ganz spezifische Wurzeln. Deutsche Mitbürger wurden deshalb als Sozialaufwiegler und rebellische Elemente der besonderen Aufmerksamkeit der russischen Geheimpolizei amtlich anbefohlen¹⁷. Das geschah zu einer Zeit, da die russisch beeinflusste intellektu-

17) Schreiben des Warschauer Generalgouverneurs Kotzebue an den Warschauer Gouverneur Medem vom 28. 8. 1878, in: *Źródła do dziejów klasy robotniczej na Ziemiach Polskich* [Quellen zur Geschichte der Arbeiterklasse in polnischen Gebieten], pod red. Natalii Gąsiorowskiej-Grabowskiej, Bd. I: *Królestwo Polskie i Białostoczczyzna 1864–1900* [Königreich Polen und das Gebiet von Białystok], Warszawa 1962, S. 66f.; zu diesem Themenbereich ferner: I. Volkovič: *Načalo socialističeskogo*

elle sozialistisch-revolutionäre Zirkelbewegung der polnischen Studenten, die nach den Vorstellungen der „Narodnaja vol'ja“ erst zum Volk hinabsteigen mußten, aber nach geltendem Verständnis den organisierten Sozialismus nach Kongreßpolen gebracht haben sollen, noch nicht Fuß gefaßt hatte. Aus der sozialistischen Bewegung heraus wurde später im Gegensatz zur „organischen Arbeit“ immer wieder der revolutionäre Kampf auch um die staatliche Unabhängigkeit vorangetrieben, der aber ihren russischen Wurzeln entsprang. In ihr haben beide sich später bis aufs Messer bekämpfenden Parteien, die PPS ebenso wie die SDKPiL, ihre Wurzeln. Der aktivistischen Richtung der PPS („Polska Partia Socjalistyczna“ = „Polnische Sozialistische Partei“) blieben aber die meisten Deutschen Kongreßpolens fern, die sich in der internationalistischen, anationalen SDKPiL besser aufgehoben fühlten. Solche Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Ambivalenzen zu erkennen, sollte üblicher werden.

Der nationale Gegensatz zu Rußland ging bei den Anhängern der „organischen Arbeit“ trotzdem zu keiner Zeit verloren, wenngleich er sich nun auf einer anderen als der bisherigen heroisch-martyrologischen, kampfbereiten Grundlage, die in der Jugend freilich viele Anhänger behielt, artikulierte. Er führte zu der anspruchsvollen Vorstellung, daß das zivilisatorisch weiter und besser entwickelte, „westlichere“ polnische Proletariat dem russischen bewußtseinsmäßig überlegen sei und deswegen das Recht habe, es politisch anzuleiten und zu führen. Die „organische Arbeit“ sollte für das 1918 entstandene Polen insofern eine sehr ambivalente Bedeutung bekommen, als sie zwar die nach 1831 errichtete Zollbarriere zu Rußland beseitigen half, was den Erzeugnissen aus kongreßpolnischer Fertigung den gesamten russischen und fernöstlichen wie zentralasiatischen Markt öffnete und zudem den billigeren Bezug von Baumwolle als aus Ägypten oder Nordamerika ermöglichte, jedoch die Absatz- und Bezugsrichtungen festlegte, was sich nach 1918 als belastend erweisen sollte und die Industrieentwicklung beschwerte. Durch den Aufschwung, den dies der kongreßpolnischen Industrie bescherte, ergab sich eine vielfältige ökonomische Abhängigkeit und Verflechtung mit Rußland – Monomärkte für Absatz und Einkauf der Industrie sind ökonomisch genau so fragwürdig wie Monokulturen für die Landwirtschaft. Da der Gegensatz zu Rußland nie verloren gegangen war, begann die erste russische Revolution von 1905 in Kongreßpolen schnell aus einer sozialen Auflehnung in nationale Dimensionen umzuschlagen, wobei die ersten mehrtägigen Barrikadenkämpfe der Arbeiter im polnisch-jüdisch-deutschen Lodz und nicht sonstwo im russischen Reich ausbrachen, getragen von allen drei Nationalitäten. Mit ihrer nationalen Komponente bedrohte sie auch das preußische Teilungsgebiet. Die als

dviženija v byvšej Pol'se [Die Anfänge der sozialistischen Bewegung im ehemaligen Polen], Moskva, Leningrad 1925, S. 5ff.; Georg W. Strobel: Die Deutschen Kongreßpolens und die Anfänge des polnischen Sozialismus, in: Jb. Weichsel-Warthe 1971, Hannover 1971, S. 30–37.

ationale Reaktion allein auf die preußische Sprach- und Schulpolitik der Ära Bülow gedeuteten Schulstreiks von 1906 in der Provinz Posen sollten im Zusammenhang mit den wenig früher ausgebrochenen, national orientierten Schulstreiks in Kongreßpolen betrachtet werden, auch wenn sie eine eigene Tradition besaßen.

Das russische Teilungsgebiet beschritt mit der „organischen Arbeit“ demnach eine *cum grano salis* für das künftige Polen ökonomisch vorteilhafte, wenngleich ambivalente Entwicklung, die unterschiedliche, in sich nicht ausgewogene Industrialisierungsansätze und Absatz- wie Bezugsmarktorientierungen mit sich brachte. Der russifizierend-missionierenden Tendenzen erwehrte sich die polnische Gesellschaft mit Hilfe der „polnischen Kirche“, die auch während der Zeit des pragmatischen Warschauer Positivismus eine kultur- und traditionswahrende Kraft der Nation blieb. Das trug zur absoluten Identifikation der katholischen Kirche mit der polnischen Nation sowie zur Befestigung des gleichermaßen gegen die Orthodoxie wie gegen das Russentum aufgekommenen Stereotyps Pole = Katholik bei, das einen nationalen Siegeszug antrat.

In diesen Jahren wurde ferner eine folgenreiche sozialstrukturelle Entwicklung eingeleitet. Die russische Bedrückungspolitik und die industrielle Entwicklung mit ihren Verheißungen drängten den verarmten polnischen bäuerlichen Kleinadel in die Städte, wo er häufig im Industrieproletariat landete. Doch im stolzen Bewußtsein ihrer besonderen Herkunft und Stellung griffen Kleinadelige nach Führungsfunktionen in den aufkommenden Parteien, übrigens auch in den anderen Teilungsgebieten. Dazu bewog sie vordringlich ihre Standesposition, das Gefühl, einer Führungsschicht anzugehören und das angemessen dokumentieren zu müssen. Politische Positionen und Überzeugungen waren oft zweitrangig, absolut vorrangig blieb das damit verbundene Unabhängigkeitsstreben, das bis auf die SDKPiL nahezu allen anderen Parteien aller politischen Richtungen mit dieser nationalpolitisch übergreifenden Bestrebung gemeinsam war. Allerdings führte dies zu den auf den ersten Blick befremdlichen Änderungen politischer Standorte, wie später nicht nur bei Józef Piłsudski, der an der „Haltestelle Unabhängigkeit“ aus dem Sozialismus ausgestiegen war, wie ihm eine Äußerung zugeschrieben wird, mit dessen Hilfe er jedoch die Unabhängigkeit erfochten hatte. Solches Verhalten und Denken, das kein Einzelfall war und nur aus dem spezifischen Schicksal Polens verständlich scheint, beeinträchtigte die politische Kultur des neuen, modernen Polen in einem sehr hohen Maße, spitzte zudem die Gegensätze zu politisch Geradlinigeren zu, was zu vielen innenpolitischen Reibungen führen sollte. Tradierte Denkvorgänge aus dem 19. Jahrhundert lebten solchermassen fort: Der Zweck heilige alle Mittel, wie mit erheblichem Zynismus der im 19. Jahrhundert aufgekommene „Walenrodyzm“ predigte, auf den man sich bei Vorhaltungen zurückzog, ihn positiv als eine Denkweise verstehend, die das Überleben in der Unfreiheit erleichterte, der aber ein gerütteltes Maß an Falschheit und Heimtücke einschloß, was nicht wahrgenommen wird.

So wurden in Kongreßpolen nach Aufständen mit empfindlichen Verlusten für den Nationalkörper – auch infolge einer sich jeweils anschließenden Emigration von Angehörigen der Führungsschichten, die im Ausland oft bemerkenswerte Leistungen zustande brachten und wichtige Stellungen einnahmen – die Weichen für eine die polnische Gesellschaft modernisierende Entwicklung gestellt. Wie sehr auch beides sonst differierte, der mythologisierte Heroismus der Aufstände wurde geschickt mit der „organischen Arbeit“ verwoben. Im martyrologisch-pathetischen Mythos der Aufstände vereinigten sich zwar Ideen, die in einem zum Warschauer Positivismus schizophrenen Gegensatz standen, aber alles zusammen umfaßte die gleichen nationalen Träume und schürte die Hoffnungen auf deren Verwirklichung, die eben nur auf verschiedenen Wegen und mit unterschiedlichen Methoden erreicht werden sollte. In diesem Sinne überhöhten sie alle auch das Bild der eigenen Geschichte, nur jeweils unterschiedlich gewichtet. Solchermaßen banden sie aber die von der „organischen Arbeit“ unbefriedigten Herzen und Gemüter in ein gemeinsames Ziel ein, was den Warschauer Positivismus für alle akzeptabler erscheinen ließ.

Besondere Bedeutung gewann die kongreßpolnische Entwicklung für Preußen. In der Provinz Posen und in Westpreußen neigten die Polen dazu, die neue Politik in Kongreßpolen als eine opportunistische, das eigene nationale Anliegen verwässernde oder gar verratende Anpassungspolitik zu empfinden, obwohl gerade hier bereits zu Anfang der vierziger Jahre auf Initiative Karol Marcinkowskis, ihres ideologischen Begründers, genau eine solche „organische Politik“ eingesetzt hatte, hier aber als eine deutlich offensive Idee gedacht. Weil die „organische Arbeit“ in Kongreßpolen nach hiesigem Verständnis nur eine defensive Funktion erfüllte, wurden die Polen des preußischen Teilungsgebietes verunsichert. Kongreßpolen galt als der unruhige, nationalpolitisch und martyrologisch geheiligte Landesteil, der für die ganze Nation beispielhaft einstehe, leide und kämpfe und dadurch eine wegweisende Ausstrahlungskraft sowie zentrale Bedeutung erworben habe, wovon nunmehr zum Schaden der ganzen Nation abgewichen werde. Von Kongreßpolen wurden nationaler aktivistischer Antrieb, aber auch Trost und Erbauung im Leidenstal erwartet, nicht aber vermeintlicher defensiver Opportunismus. Im Verständnis der polnischen Gesellschaft Preußens wurde alles das durch die kongreßpolnische „organische Arbeit“ in Frage gestellt. Die Posener „organische Politik“, die sozioökonomisch nichts grundlegend Anderes bedeutete, wurde politisch ganz anders sozialisiert: sie sei ein nationalpolitisch aktives Kampf- und Überlebensmittel und nicht passiver, abwartender und opportunistischer Widerstand, wie die „organische Arbeit“ bestenfalls noch eingeschätzt wurde.

Bei dieser Beurteilung begannen sich die bisherigen nationalen Kriterien zu verschieben. Die eigene Bedrückung, die die Polen in Preußen mit voller Wucht erst zur Zeit der einsetzenden „organischen Arbeit“ traf, welche wiederum in Kongreßpolen die politische Lage zu entspannen begann, wurde in der Posener polnischen Gesellschaft insgesamt als größer eingeschätzt als die

zunehmende in Kongreßpolen. Zudem kam ein Bismarck-Syndrom auf. Dieses neue Verständnis übertrug man ideologisch auf die Teilungsmächte. Gesamtnational führte es in eine neue Gegensatzfixierung mit einer dominierenden antideutschen Funktion, die entsprechend instrumentalisiert wurde, zudem personalisiert an Anti-Figuren wie Bismarck, von Puttkamer oder Flottwell. Der Gegensatz zu Deutschland wurde fortan national als bedrückender und zentraler als der zu Rußland gesehen, der hier, in Preußen, aus dem Blickwinkel der slawischen Verwandtschaft, einer spezifischen reaktiven Slawophilie, betrachtet wurde, was sich in die politische Ideologie fortsetzte. Sie gewann bei Roman Dmowski einen nationalistischen Niederschlag und zementierte polnische Richtungsgegensätze bis in die unmittelbare Gegenwart, die aus der Teilungszugehörigkeit erklärbar sind: die antideutsche, eher prorussische neoslawophile Orientierung Dmowskis und die antirussische, Deutschland gegenüber aufgeschlossener Position Józef Piłsudskis mit Blick nach dem höher entwickelten Westen statt nach Osten, dem sich die Polen insgesamt mit Dmowski selbst aber überlegen fühlten und fühlen. Deutungen in Richtung piastischer und jagiellonischer Orientierungen sind zwar griffig und populär, für sich allein aber nicht überzeugend genug für die Lebenssituation, in der sie entstanden, dazu sehr mechanistisch, wenngleich leichter zu formulieren.

Durch das die nationale Einheit aller Teilungsgebiete bewahrende kulturelle Schaffen und durch dessen nationalpolnische Ideologie wurde die Umkehr des Gegensatzverständnisses erleichtert. Träger einer spezifischen nationalpolnischen Ideologie war der nach dem Novemberaufstand von 1830 entstandene, sich aber schon früher andeutungsweise abzeichnende Messianismus, den der bedeutendste polnische Dichter allerdings litauischer Herkunft Adam Mickiewicz – litauisch: Mickievičius – begründete und mit dem er das martyrologisch-heroisierende, verkürzt am eigenen Opfer orientierte Denken der polnischen Nation beeinflusste. Polen, das „Antemurale christianitatis“, der wiederholte Retter Europas, der selbstlose und opferbereite, edelmütige Träger des Gedankens, „für eure und für unsere Freiheit“ zu kämpfen, werde von den undankbaren Europäern wieder einmal im Stich gelassen, judasähnlich verraten und verkauft, hingeopfert wie Jesus, gerade jetzt, da man die politische Solidarität so dringend brauche. Wie Christus am Golgatha-Kreuz für die Menschheit, so leide und sterbe Polen am Kreuz Europas. Auf dem Hambacher Fest Ende Juni 1832 schlug sich dieses Denken in den Ausführungen des polnischen Schlußredners auf eine spezifisch anmaßende und überhebliche Weise nieder, die diesem Nationalfest der Deutschen eine internationale Komponente vermittelte: „Nicht das erste Mal haben Polens Söhne für Deutschlands Freiheit geblutet. Fraget die Geschichte und sie wird euch überzeugen, daß Polen ein fortbrennendes Opfer auf dem Altar der Menschheit seit Jahrhunderten gewesen ist.“¹⁸

18) Das Nationalfest der Deutschen zu Hambach. Unter Mitwirkung eines Redaktions-Ausschusses beschrieben von J. G. A. Wirth, Neustadt a.H. 1831, S. 103.

Der Messianismus beherrschte fortan das politische Denken und die Selbsteinschätzung der Polen bis in die Gegenwart der „Solidarność“-Bewegung¹⁹. Sogar die Kommunisten betonten nach 1945 messianistisch eine besondere Stellung der Polen innerhalb der slawischen Völkerfamilie, um auf diese national anbietende Weise die fehlende nationale Identität und politische Legitimation zu gewinnen. Nach 1918 und auch zwischen 1939–1945 waren sie, die Erben der verfeimten Rosa Luxemburg, als eine wegen ihrer Ablehnung des unabhängigen Polen und der späteren Infragestellung seiner Grenzen staats- und volksverräterische „Żydokomuna“ („Judenkommune“) mit deutlich antisemitischem Zungenschlag abgelehnt worden. Die nunmehrigen Lenker des erstmals in seiner Geschichte fatalerweise unter kommunistischer Herrschaft national geschlossenen Staates der Polen, den Kirche und Nation sehnlichst erflcht hatten, versuchten mit ihren dem nationalen Verständnis entgegenkommenden Legitimations- und Identifikationsbemühungen ihrer negativen Beurteilung entgegenzuwirken²⁰. So verwirrend kann politisches Denken und Handeln in Polen sein.

Messianistisches Hochgefühl veranlaßte Cyprian Kamil Norwid, einen einzelgängerischen Dichter, Historiosophen und Mystiker, in der Emigration zu resümieren, daß die Polen weniger ein geschlossener Gesellschaftskörper als vielmehr ein einziges großes Nationalbanner seien²¹. Gestützt von Dichtern, wie Julian Tomaszewicz und Konstanty Gaszyński, die die Grenzen Polens „vom Dnepr bis zum Elbestrand“ (Tomaszewicz) oder „die eisernen Grenzpfähle an Dnepr und Saale“ (Gaszyński) ausmachten, wobei dieses Grenzsujet in der Dichtung nach dem Aufstand von 1830 als nationaler Traum außerordentlich verbreitet war, zeichnete Wincenty Pol 1835 in seinem Epos

19) Der heutige Staatspräsident Polens Lech Wałęsa sagte am 12. 6. 1981 vor Studenten in Lublin, daß, obwohl Polen arm sei, es gegen den Kommunismus kämpfe und daß „die reiche westliche Welt unsere Lösungen und unsere Gedanken wirklich benötigt“, (vgl. Wałęsa w Kolegium Humanistycznym [Wałęsa im Humanistischen Kolleg], in: *Solidarność Uniwersytecka*, Lublin 9. 7. 1981, S. 18). Zum Gesamtkomplex der „Vormauer“-Funktion der „Solidarność“ vgl. Georg W. Strobel: *NSZZ „Solidarność“. Beitrag zur Analyse der Organisation und politischen Wirkung einer sozialen Sammlungsbewegung*, in: *Polen 1980–1984. Dauerkrise oder Stabilisierung? Strukturen und Ereignisse in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft*, hrsg. von Dieter Bingen, Baden-Baden 1985, S. 47–100, hier S. 87ff.

20) Rede von Władysław Gomułka-Wiesław vom 3. 4. 1945 vor der Warschauer Bevölkerung, in: *Władysław Gomułka: Artykuły i przemówienia* [Artikel und Reden], Warszawa 1962, Bd. 1, S. 232f. – Auf ihrer Legitimitäts- und Identitätssuche bedienten sich die Kommunisten auch des 1945 besonders verständlichen Gegensatzes zu den Deutschen, den sie ebenfalls nach innen gegen politische Gegner einsetzten, die sie als Freunde Deutschlands und damit eo ipso Gegner der polnischen Nation diffamierten. Vgl. zu dieser Problematik: Georg W. Strobel: *Polen und die deutsche Frage*, in: *Die deutsche Frage und die internationale Sicherheit*, hrsg. von Günther Wagneler, Koblenz 1988, S. 174ff.

21) Cyprian Norwid: *Pisma polityczne i filozoficzne* [Politische und philosophische Schriften], Londyn 1957, S. 127.

„Lied von unserem Lande“ („Pieśń o ziemi naszej“) das vergangene und das künftige Bild Polens als nationale Hoffnung und staatliche Erwartung am eindringlichsten: Er besang die Herrlichkeit eines Groß-Polen zwischen Oder, Düna und Dnepr einschließlich Königsberg, Stettin, Breslau, Kiev und Polock bis kurz vor Moskau. In der Nation wurde es unter den vielen Gedichten und Liedern am begehrtesten aufgesogen, besonders im „sarmatisch“-erzkonservativen Galizien, wo Pol lebte und wirkte. Dem in erster Generation polonisierten Pol, der anfangs als Vincenz Poll von Pollenburg wie sein Bruder in Deutsch dichtete, gab der Aufstand von 1830, an dem er teilgenommen hatte, den letzten Anstoß zu seiner nationalen Konversion, wie er in seinen in Dresden 1832 entstandenen „Pieśni Janusza“ („Lieder des Janusz“) bekennt. Pol wurde zu einem der größten rückwärtsgewandten „sarmatischen“ polnischen Patrioten und Dichter seiner Zeit, nach damals verbreiteter Meinung wegen seines konservativ-patriotischen Werkes ein würdiger Nachfolger Mickiewicz' nach dessen Tod 1855²².

Das nationale Hochgefühl und der Stolz auf die machtvolle historische Größe Polens wurden von Malern, Schriftstellern und Dichtern als Reaktion auf die wiederholten Rückschläge gefördert und gestärkt, etwa durch die Historienmalerei Jan Matejkos, die Allegorien „Polonia“ und „Lithuania“ Grotters oder durch die drei Generationen der Militariamalerei der Familie Kossak. Noch heute erfüllen sie die Herzen der Polen mit Stolz auf die eigene Geschichte etwa mit den großformatigen Bildern Matejkos vom Untergang des Deutschen Ordens 1410 in der Schlacht von Tannenberg (1878), ein zum Symbol des deutsch-polnischen Gegensatzes hochstilisiertes Ereignis, dann mit seinem „Poczet Królów Polskich“ („Gefolge der polnischen Könige“) oder dem Bild von der „preußischen Huldigung“, wie er seine Gestaltung des Lehnseides des vor dem polnischen König 1525 knieenden Ordenshochmeisters 1882 benannt hat. Schriftsteller wie Krąszewski und Sienkiewicz arbeiteten in vielbändigen Romanreihen die polnische Geschichte auf, spannend, lebendig, aber auch grob verzerrend, vor allem beschönigend und verherrlichend, die Gegner verteufelnd. Ihre häufig antideutsche Note war freilich von vielen Autoren bis gegen Mitte des 19. Jahrhunderts nicht direkt gegen Deutsche gedacht. Über die Darstellung der Brutalität und Rücksichtslosigkeit der Deutschen sollten viele Jahre indirekt die Russen getroffen werden, weil die Verbreitung „antirussischer“ Literatur in Kongreßpolen nicht möglich war; im Vertrauen auf die Gewitztheit der Leser wurden die Bezugspunkte ausgetauscht. Doch die Leser verstanden das Vexierbild immer weniger, son-

22) Georg W. Strobelt: *Wartość symboliczna postaci Wincentego Pola* [Der Symbolwert der Persönlichkeit Wincenty Pola], in: *Orli lot*, Poznań 1987, Nr. 12, S. 12f.; ders.: Die Jugend- und Kriegsjahre des Vinzenz Poll von Pollenburg genannt Wincenty Pol. Ein Beitrag zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen im 19. Jh., in: *Jb. der Albertus-Universität zu Königsberg/Preußen*, Bd. XIII, Würzburg 1963, S. 91–129.

dern fühlten sich in ihrem eigenen neu aufkommenden Feindbild bestätigt, besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Zusammen mit der härter werdenden preußischen Politik begünstigte das die antideutsche Grundstimmung unter Polen weiter, insbesondere seitdem sich die Gegensatzfixierungen zu verschieben begannen.

Besonders auszumachen ist die Vexierfunktion in ihrer frühen Zeit bei Adam Mickiewicz. Aus Dankbarkeit gegenüber den Deutschen wegen ihrer liberalen Polenfreundschaft nach 1830 eignete er ihnen sein den Messianismus begründendes Werk „Księgi narodu i pielgrzymstwa polskiego“ („Bücher des polnischen Volkes und seiner Pilgerschaft“) 1833 zu, in dem er bezeichnenderweise Gott um einen „großen Krieg der ganzen Welt“ als einziges Mittel für die Wiederherstellung Polens anflehte. In seinem früheren Epos „Konrad Wallenrod“ schob er 1828 den Deutschen Orden, die Kreuzritter, trotz eigener Hochachtung vor den Deutschen, wie er wiederholt betonte, vor, um antirussisch verstanden zu werden, wie schon früher, 1823 offen in „Dziady“ („Die Alten“). Damit schuf Mickiewicz die symbolisch begriffene „Walenrodyzm“-Bezeichnung für die im nationalen Interesse zu nutzende Zwiesichtigkeit, die in nicht beschönigter Wirklichkeit wohl als Heimtücke verstanden werden muß. In der polnischen Öffentlichkeit wird eine solche Deutung allerdings als Verleumdung seitens der Gegner Polens ethisch sehr unbedacht und einseitig abqualifiziert²³. Doch sollte bei der spezifisch polnischen Politisierung der Literatur die große Zahl jener Werke nicht übersehen werden, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit eindeutig antideutscher Absicht geschrieben worden sind, auch von so bekannten Schriftstellern wie Maria Konopnicka, Eliza Orzeszkowa oder Żeromski und den Nobelpreisträgern Sienkiewicz und Reymont. Alles deutet die politische Ambivalenz dieser komplizierten Literaturproblematik an, die erhebliche Sozialisationswirkungen auf das politische Denken und auf das Geschichtsbild ganzer Generationen besaß und nach wie vor besitzt. Noch heute gehören sie zu den meistgelesenen Schriftstellern Polens, deren Werke in Film und Fernsehen mit großem Erfolg umgesetzt wurden.

Es lag an der russischen Repressivität wie an der Ambivalenz der zwischen Positivismus und Aufopferung schwankenden, hart betroffenen polnischen Gesellschaft, daß nationaler Aktionismus in Kongreßpolen seit den siebziger Jahren einen zunehmend weniger fruchtbaren Boden fand und daraufhin auch deutlich nachließ. Sobald er dennoch aufzukeimen begann, wie in den revolutionären sozialistischen Kreisen an der Wende des Jahrhunderts, wurde er unter großen Opfern für die Nation zerschlagen. Kongreßpolen war für aktioni-

23) Adam Krzemiński: Polen im 20. Jahrhundert. Ein historischer Essay, München 1993, S. 22. – Krzemiński bezeichnet einen solchen „Verrat, welcher Waffe der Sklaven ist“, griffig als einen „recht eigenwilligen ‚Marsch durch die Institutionen‘“ der Polen, was einer modernistischen Freisprechung gleich kommt.

stische Unabhängigkeitsbestrebungen ein gefährliches und außerordentlich verlustreiches Pflaster geworden, ganz im Gegensatz zur pragmatischen „organischen Arbeit“, die von Rußland zu eigenem Nutzen noch begünstigt wurde, und zu den Verhältnissen in den beiden anderen Teilungsgebieten.

3. Das österreichische Gebiet: Galizien und Lodomerien

Anders sah es im österreichisch-ungarischen Teilungsgebiet aus. Die Josefischen Reformen des ausgehenden 18. Jahrhunderts waren in Galizien bei der konservativen polnischen Adels- und Herrschaftsschicht unpopulär. Auch wenn sie punktuell umgesetzt wurden, teilweise unter gelindem Druck, überforderten sie deren Verständnis vom wirtschaftlichen Handeln und manufaktuellen Engagement des Adels: dafür waren Ausländer da, Juden und Deutsche, vielleicht noch Armenier oder Engländer. Nicht viel anders war es in Kongreßpolen, wo die Industrialisierung weniger von Magnaten und Adeligen getragen wurde, sondern, auch wenn sie Eigengewächs war, vorwiegend von eingewandertem ausländischen oder dem wenigen bürgerlichen und gutsherrlichen, nichtadeligen Kapital. Die galizische Adelsschicht pflegte noch weit mehr als die kongreßpolnische einen obskuren Konservatismus, der am wenigsten vom preußischen Teilungsgebiet Besitz ergriffen hat. In romantisierender Mißdeutung ihrer eigenen Vergangenheit griff sie als Lebensform den Sarmatismus auf, der weit weniger „polnisch“ war, als historisierend geglaubt wurde. Die Multinationalität, der gemäßigte Konservatismus und die politische Liberalität der österreichischen Monarchie kamen den polnischen nationalen Vorstellungen duldsam entgegen, ganz besonders nach der galizischen Loyalitätserklärung von 1866 und dem ungarischen Ausgleich von 1867 infolge der vielfältigen polnischen Beziehungen zu Ungarn, der Brudernation, als die sie gesehen wurde, selbst aus der jüngsten Kampfgemeinschaft des Jahres 1849.

Der Aufstand von 1830 wurde vom polnischen Adel Galiziens aktiv unterstützt und weit in die ruthenischen Siedlungsgebiete propagiert, bis hin nach Kiev. Mit der Zaliwski-Aktion 1831, die auf dem Hintergrund der europäischen Revolutionsbestrebungen der Carbonari auch Querverbindungen nach Deutschland besaß, so zum Frankfurter Wachensturm und zur Ludwigsburger Verschwörung des Oberleutnants Koseritz²⁴, sollte der Aufstand von Galizien aus als Fanal für Europa neu angefacht werden, was zwar mißlang, jedoch

24) Georg W. Strobel: Die liberale deutsche Polenfreundschaft und die Erneuerungsbewegung Deutschlands, in: *Der polnische Freiheitskampf 1830/31 und die liberale deutsche Polenfreundschaft*, hrsg. von Peter Ehlen, München 1982, S. 31–47, hier S. 45; ders.: *The Journey of Adam Mickiewicz through Germany in 1832. Notes on Polish-German Relations in the Aftermath of the Polish Insurrection of 1830*, in: *Studies of Polish Civilization. Selected papers presented at the First Congress of the Polish Institute of Art & Sciences in America, November 25, 26, 27, 1966 in New York*, edited by Damian S. Wandycz (Institute on East Central Europe, Columbia University), o.O., o.J. (New York 1969), S. 256–274.

zur Gründung der geheimen radikalen „Allgemeinen Konföderation des polnischen Volkes“ („Konfederacja Powszechna Narodu Polskiego“) im Jahre 1837 in Lemberg führte, die die Unabhängigkeitsidee kämpferisch fortführte. In Abstimmung mit Planungen in der Pariser Emigrationszentrale und im Posener preußischen Landesteil, erneut einen Aufstand anzuzetteln, wurde 1846 in Galizien und Krakau losgeschlagen. Bäuerliche Gegenaktionen unter Jakub Szela, darunter auch von Ruthenen, die von den Behörden geschickt angestiftet wurden, zerschlugen mit brutaler Gewalt gegen den Landadel und die Grundbesitzer die Anfänge. Den Rest besorgte die österreichische Armee, worauf der Aufstands-„Diktator“ Jan Tyssowski mit 1500 Gefährten nach Preußen übertrat, wo ihnen trotz der Vorgeschichte Zuflucht gewährt wurde. Krakau hörte auf, als Freie Stadt zu existieren. Im staatlichen Interesse Österreichs wurden 1846 schlummernde soziale und nationale polnisch-ruthenische Gegensätze zweckvoll wachgerufen, womit aber auch politisches Selbstbewußtsein gefördert wurde, das dieses Gebiet später zum Rückhalt von Bauernparteien, auch nach 1918, machte und sich wiederholt örtlich in Krawallen kundtat, erstmals bereits 1848. Im unabhängigen Polen nach 1918 wurde dies in Galizien wiederholt mit Hinweisen auf die Tradition des Bauernführers Szela erneuert, bis hin zu Bauern- und Landarbeiterstreiks und Aufruhr, wobei es bei den Bauernstreiks um Belieferungsverweigerungen der Städte ging, insbesondere seit Mitte der dreißiger Jahre, die in der Gewaltbereitschaft denen von 1846 nahe kamen.

Auch bei den öffentlichen Diskussionen über ein künftiges Polen in der polnischen Presse Lembergs, die seit dem Ende der sechziger Jahre möglich waren und vor allem mit dem Wortführer der Ruthenen geführt wurden, wie damals die Ukrainer noch genannt wurden, dem sozial engagierten Politiker und Dichter Ivan Franko – nach dem noch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ukrainische Organisationen und Institutionen sogar in Kanada benannt wurden –, setzte sich der überhebliche polnische Nationalismus fort, der neben sich traditionell nichts gelten ließ, sich aber dennoch als edler polnischer Patriotismus ausgab. Das Bestehen eines ruthenischen Volkes und seiner Sprache wurde trotz eines sich schnell herausbildenden ukrainischen Nationalismus angezweifelt, der ukrainische Wunsch nach zumindest bedingter Eigenständigkeit in einem künftigen Polen politisch kurzfristig und unversöhnlich verneint, gewissermaßen schon im Vorgriff für die Zeit nach 1918.

Doch in Galizien konnten nicht nur nationale, auf Unabhängigkeit von Österreich zielende Diskussionen geführt und Vorstellungen publiziert und diskutiert werden. Unter den national freiesten Bedingungen aller Teilungsgebiete gediehen polnische Literatur und Kunst besonders; hier wirkten Matejko, Grottger, die Kossaks, Sienkiewicz, Wyspiański und viele andere. Zudem entstanden, ebenso wie in Preußen, polnische Parteien, ausgestattet mit einer reichhaltigen Presse, die im Gegensatz zu Kongreßpolen wie in Preußen legal bestehen durften. Polen erreichten höchste Staatsämter und saßen im Wiener

Parlament, wo sie einen „polnischen Klub“ bildeten, wieder wie in Preußen. Die Liberalität des multinationalen Österreich machte es möglich, daß 1867 in den Schulen und 1870 in den Universitäten Krakau und Lemberg, knapp zwei Jahrzehnte nachdem Professoren, wie Wincenty Pol, wegen nationaler polnischer Haltung entlassen worden waren, Polnisch als Unterrichtssprache eingeführt wurde, ganz im Gegensatz zu den beiden anderen Teilungsgebieten, wo es just zu dieser Zeit kassiert wurde. 1871 wurde in Krakau eine polnische „Akademie der Wissenschaften“ (PAU = „Polska Akademia Umiejętności“) gegründet, die bis über den Zweiten Weltkrieg hinaus bestehen blieb und erst 1951 der nach Sowjetmuster organisierten neuen Akademie der Wissenschaften (PAN = „Polska Akademia Nauk“) weichen mußte, aber in deren Krakauer Zweigstelle ihre Tradition fortführen durfte. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts konnten in Galizien sogar Organisationen gegründet werden, die sich mit geheimer militärischer Ausbildung für einen bewaffneten Einsatz vorbereiteten, um im Falle eines Krieges ganz im Sinne von Adam Mickiewicz' Vorstellungen ein unabhängiges Polen zu erkämpfen, und die seit 1910 legal wirken durften. Organisiert von Władysław Sikorski und Kazimierz Sosnkowski standen sie in engem Führungskontakt zu Józef Piłsudski, dem Begründer des modernen Polen²⁵ und erstem polnischen Staatslenker nach 1918, einem aus Litauen stammenden Kleinadeligen. Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges unterstellte sich Piłsudski mit den militärisch vorbereiteten Polen dem österreichischen Generalstab und rückte von seinem Krakauer Sammelplatz Oleandry mit einer ersten, alte Legionärstraditionen aufgreifenden und neue begründenden Kompanie, der legendären „Pierwsza kadrowa“, sowie mit dem später zur Heldenhymne gewordenen Lied „My pierwsza brygada“ („Wir, die erste Brigade“) auf den Lippen, gegen Rußland an die Front. Symbolisch polnisches Land befreiend, überschritten sie die Grenze zu Rußland in Kongreßpolen nördlich von Krakau.

Wenn mit der „organischen Arbeit“ im russischen Teilungsgebiet für das neue Polen nach 1918 sozioökonomische Fundamente gezimmert wurden und dieses Kongreßpolen lange symbolisch als opferbereiter und heldenhafter, da-

25) Die Gesichtssicht der „polnischen Kirche“ ist anders. Im Kloster Niepokalanów bei Warschau werden vor Pilgern täglich mehrmals zwei Mysterienspiele aufgeführt. Eines zeigt die tausendjährige Geschichte Polens, worin die Person Piłsudskis überhaupt nicht vorkommt. Stattdessen wird General Stanisław Haller, ein politischer Widersacher Piłsudskis, als Begründer des unabhängigen Polen 1918 genannt und in persona präsentiert. Ein dazu befragter klösterlicher Begleiter meinte, um die Person Piłsudskis seien zu viele Legenden gewoben worden, die die Wirklichkeit, die im Mysterienspiel richtig gezeigt werde, grob verzerrt hätten. Bemerkenswert ist die Ähnlichkeit zur Haltung der Amtskirche anläßlich des Todes Piłsudskis und der Frage seiner Grabstätte im Krakauer Wawel 1935. Alles scheint darauf zurückzugehen, daß Piłsudski Ende Mai 1899 zum Protestantismus übergetreten war, um die schuldlos geschiedene Maria Juszkiewicz geb. Koplewska, die ebenfalls konvertierte, Mitte Juli 1899 kirchlich ehelichen zu können.

durch geheiligter Hort des wahren patriotischen Polentums angesehen wurde, so wurden in Galizien reale, zweckorientierte und dazu sehr effiziente geistige und aktivistische Grundlagen geschaffen, um dieses Polen bei einer günstigen internationalen Konstellation, einem europäischen Krieg, mit der Waffe in der Hand und mit Fürsprache und Hilfe der Königin der Krone Polen zu erkämpfen. Ihretwegen wurde die Gottesmutter später mit dem Kreuz *Virtuti Militari* ausgezeichnet und ihr erst 1717 gekröntes Tschenstochauer Gnadenbild damit realiter wiederholt dekoriert, zuletzt 1976 durch Kardinal Wyszyński, sowie die polnische Nation ihr wiederholt zu Füßen gelegt oder geweiht (1717, 1946, 1956, 1966, 1993). Die Orientierung auf den europäischen Krieg als Unabhängigkeitsfaktor bedeutete eine Abkehr von den angesichts des waffentechnischen Fortschritts und der Modernisierung der Kriegführung immer weniger erfolgversprechenden Aufständen, deren Traditionen in anachronistischer Weise noch einmal 1944 mit der aufopferungsvoll-heldenmütigen, verzweifelten, aber politisch und militärisch von vornherein aussichtslosen, weil den östlichen Nachbarn herausfordernden, daher naiven und auch noch romantisierenden Aktion „Burza“ („Gewitter“) im östlichen Polen und dem Warschauer Aufstand aufgegriffen werden sollten, die später wirklichkeitsfremd nur noch heroisch und martyrologisch ganz in der Tradition des mythomanischen 19. Jahrhunderts umgesetzt wurden.

Die Liberalität Wiens erlaubte es, in Galizien jene nationalen Gefühle sich unbehindert entwickeln zu lassen, die die Wiedererlangung der nationalen und staatlichen Unabhängigkeit Polens ermöglichten. Doch es gab innerhalb der eigenen Nation auch Gegenströmungen. Die konservativ-sarmatische Hocharistokratie, in der schon im 18. Jahrhundert partikulare Interessen zum Schaden Polens vertreten wurden, und die intellektuell-großbürgerlichen Konservativen, die in Österreich-Ungarn eine politische Bedeutung erreichten, wie sie sie in den anderen Teilungsgebieten nicht einmal annähernd besaßen, waren ihre hauptsächlichen Verfechter. Das läßt sie für die Zeit der Unabhängigkeit nach 1918 in einem ganz anderen Licht erscheinen, besonders weil sie auf die alte Rolle nicht verzichten wollten und politisch weiterhin aktiv konservativ und monarchistisch agierten.

Große Teile dieser Schicht scharten sich um ein klerikales, österreichisch-monarchistisches Programm, mit dem sie mindestens ihre Loyalität gegenüber Wien und dem Kaiser zum Ausdruck brachten, wenn nicht gar ihre Bereitschaft, die stellenweise unbezweifelbar bestanden hat, zu einer dauerhaften staatspolitischen Abhängigkeit von Wien. Sie waren es, die für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts die Geschicke Galiziens in ihre Hände nahmen, führende Politiker in Wien stellten und sogar eine eigene historische Schule herausbildeten, die ihre Positionen untermauerte. Sie widersetzten sich gleichermaßen modernisierenden Ideen wie radikalen, aktivistischen Unabhängigkeitsbestrebungen, die sie historisch gegenüber der sonstigen nationalen Gewohnheit sehr eigenwillig deuteten, oder verhielten sich ihnen gegenüber zumindest re-

serviert, ohne andererseits ihr Nationalbewußtsein zu verleugnen, ein in die Zeit nach 1918 folgenreich fortwirkender Widerspruch. Diese tonangebende Gruppe, die eine eigene Presse besaß, wurde als „Stańczycy“ nach der 1869 aus ihren Reihen veröffentlichten Streit- und Programmschrift „Teki Stańczyka“ („Nachlaß des Stańczyk“) benannt, nach dem weisen Hofnarren am Hofe Zygmunts I., des Königs, der den preußischen Lehnseid 1525 entgegengenommen hatte. Alles war gewohntermaßen voller Symbolik. Übrigens hatte der diesem Kreise nahestehende Matejko das Bild des gescheiterten Ratgebers Stańczyk bereits 1863 gemalt, bezeichnenderweise gerade im Jahr des kongreßpolnischen Januaraufstandes, wodurch er politische Tendenzen in Galizien andeutete, die bereits im Schaffen des populären Wincenty Pol vorweggenommen worden sind. Die für die Träger dieser Strömungen später aufgekommene Bezeichnung „Stańczycy“ wurde im politischen Bewußtsein der nach Unabhängigkeit strebenden Nation zu einem abwertenden Symbolbegriff für negativen Konservatismus.

Galizien wurde nach 1918 nicht nur vom übrigen Polen in vielen Bereichen, darunter auch wirtschaftlich und sozial, „abgenabelt“, sondern, was seine besondere Bedeutung im Teilungsterzett ausmachte, zur sozialstrukturell erklärbaren Heimstatt und zum politischen Rückhalt der polnischen Bauernbewegung, die hier ihre eigene Geschichte aus der Mitte des 19. Jahrhunderts pflegte. Auch deren führender und charismatischer Parteigründer Wincenty Witos stammte hier vom Lande; seine politische Karriere begann er in Österreich, wo er seit 1908 Mitglied des galizischen Landtages und seit 1911 des Wiener Parlaments war. Im unabhängigen Polen war er Parteivorsitzender und bis zum blutigen Staatsstreich Piłsudskis vom Mai 1926 wiederholt Ministerpräsident. Als Oppositionsführer wurde er dann 1930 in das Internierungslager Brześć eingewiesen und ging nach der Entlassung 1933 ins Exil, wo er 1936 den gegenüber der Obristen-Regierung oppositionellen, antideutschen „Front Morges“ mitbegründete. In solchen Entwicklungsunterschieden wie zwischen Piłsudski – Dmowski – Witos offenbart sich einiges vom unterschiedlichen politischen Ethos der aus verschiedenen sozialen Schichten und Teilungsgebieten stammenden, unterschiedliche Traditionen und politische Internalisierungsansätze sowie verschiedene Sozialisationen aufweisenden Politiker, die die inneren Gegensätzlichkeiten, die sich für Polen aus dem 19. Jahrhundert ergaben, zum einen repräsentierten, zum anderen aber auch nicht abstreifen konnten. Auch solchermaßen litt Polen am 19. Jahrhundert.

4. Das preußische Gebiet: Posen und Westpreußen

Jeder Staat handelt nach eigenen und nicht fremden Interessen, welche von der Verfassungsordnung und der Staatsräson bestimmt werden und die ein unverehrtes und unbeeinträchtigtes Bestehen des Staates sicherstellen und gewährleisten sollen. Polen hat vor seinen Teilungen so gehandelt und sollte es nach 1918

oder 1945 wieder tun; es ist gleichermaßen Rußland und Österreich zuzugestehen, sollte staatsethisch gleichwohl mit der geltenden Verfassung nicht kollidieren. Dies gilt selbstverständlich ebenso für Preußen und Deutschland wie für die Verfassungstreue ihrer Staatsbürger, unabhängig von der jeweiligen Nationalität; zu ihnen zählten im obrigkeitsstaatlichen protestantischen Preußen eben auch die Polen mit eigenen staatspolitischen, den preußischen entgegengesetzten nationalen Interessen, die auf eine Untergrabung des Staates hinausliefen und offen gegnerisch und aktivistisch vertreten wurden. Die grundlegende Frage ist daher so zu stellen: Handelten das Reich oder Preußen gegenüber einem Teil seiner Staatsbürger, von denen verfassungsrechtliche Loyalität und Treue einzufordern waren, völlig unabhängig davon, ob sie sich hierzu verpflichtet fühlten, verhältnismäßig sowie ethisch richtig und redlich? Allein sentimentale, historisierende Ansprüche und Betrachtungen reichen verfassungs- und staatsrechtlich nicht aus, so gern sie in der politischen und historischen Diskussion dieser Fragen verwendet werden. Die Antwort auf die grundlegende Frage dürfte zwar kritisch, wenngleich ambivalent ausfallen, trotz aller in Betracht zu ziehenden eigenständigen Staatsinteressen, die zum Wohle aller Staatsbürger wahrzunehmen eine Regierung durch die Verfassungsordnung gebunden ist. Minderheitenpolitik, um die es sich gegenüber den Polen innerhalb des preußischen Staates handelte, unterliegt eigenen, sehr fragilen, üblicherweise wenig kompromißfähigen Grundsätzen, die jeweils beiderseitig nur nach eigenen Interessen gedeutet werden, wie auch in diesem Fall²⁶. Deshalb ist für diese Fragen ein erheblich größeres Maß an Differenzierungsbereitschaft einzufordern, als sie von nationalgeschichtlichen Deutungen aufgebracht wird.

Anfangs war die preußische Politik im Teilungsgebiet keineswegs antipolnisch. Friedrich Wilhelm III. sicherte 1815 seinen neuen polnischen Untertanen im „Großherzogtum Posen“ die Erhaltung ihrer nationalen Eigenart zu – und hielt sich daran. Statthalter in Posen wurde Anton Fürst Radziwiłł, Gatte einer Hohenzollernprinzessin, dessen Bruder im Königreich Polen einer der Anführer des Novemberaufstandes werden sollte. Die Verwaltung wurde in erheblichem Maße in polnische Hände gelegt, sogar im westlichen Teil des Großherzogtums, der großenteils schon damals deutsch besiedelt war. Im Posener Landtag von 1827 gab es noch eine adelige polnische Mehrheit.

Den polnischen Aufstandskämpfern von 1830 wurde Ostpreußen im Herbst 1831 zur willkommenen Zuflucht vor den Russen. Nach einer Quarantäne wegen der grassierenden Cholera, was aber als feindselige Haltung eingestuft wurde, erhielten sie Unterkunft und Verpflegung; dem Großteil des ostpreußi-

26) Georg W. Strobel: Nationalitätenprobleme in Ostmitteleuropa, Räte-Großdeutschland und Grenzfragen als Mittel kommunistischer Revolutionsstrategie, in: Nationales Selbstverständnis und politische Ordnung. Abgrenzungen und Zusammenleben in Ostmitteleuropa bis zum Zweiten Weltkrieg, hrsg. von Hans Hecker und Silke Spieler (Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen), Bonn 1991, S. 113–173.

schen Adels waren sie liebe Gäste, auch auf Grund von Familienbanden nach Polen. Das Bürgertum und die städtischen Honoratioren standen dem kaum nach. Die Königsberger Universität nahm aus ihren Reihen Studenten auf, die bezuschußt wurden. Preußische Behörden schlugen einzelnen Polen vor, in ihre Dienste zu treten, darunter selbst in die Diplomatie, wie Wincenty Pol, der sich damals noch seines deutschen Namens bediente und dessen Vater aus Ostpreußen, dem Ermland, stammte. Gemäß ihrer polnischen Militärdienstgrade wurden die Polen entsprechend den vergleichbaren preußischen weiterhin aus der Staatskasse besoldet. Zwar hielt sich Preußen gegenüber dem Aufstand offiziell zurück, es sicherte jedoch seine Grenze zu Rußland militärisch ab und war an der Niederschlagung interessiert, was es offen kundtat. Das sollte nicht als eine durchweg feindselige Haltung gegenüber den Aufständischen gedeutet werden, wohl aber gegenüber dem Aufstand, eine spezifische preußische Ambivalenz, die um so verständlicher sein sollte, als polnische Freiwillige aus dem preußischen Gebiet mit einer eigenen Einheit am Aufstand teilgenommen hatten sowie parallel hierzu im Posenschen Aufstandsvorbereitungen vorangetrieben wurden. Sowohl im Generalstab wie im Königshaus und im Offizierskorps gab es deutliche Sympathien für die heldenmütigen, wenngleich alles andere als preußenfreundlichen Polen, die durch publizierte Analysen der polnischen Kriegstaktik indirekt sogar unterstützt wurden. Wiederholte russische Proteste in Berlin waren die Folge. 1832 zogen die polnischen Offiziere aus ihren ostpreußischen Zufluchtsorten, gut organisiert durch einen polnischen Geheimbund General Józef Bems, des späteren ungarischen Militärbefehlshabers von 1849 und türkischen Befehlshabers unter dem Namen Murat Pascha nach seinem Übertritt zum Islam, quer durch Deutschland nach Frankreich, um für den erwarteten großen europäischen Krieg bereitzustehen, von den jeweiligen Regierungen besoldet und mindestens genau so großzügig unterstützt wie in Preußen und vom begeisterten Zuspruch in allen Schichten und aus allen Gegenden Deutschlands begleitet, davon selber überrascht und bewegt. Die von Rußland amnestierten unteren polnischen Dienststände mußten örtlich allerdings mit Gewalt über die Grenze extraditiert werden, was im polnischen Verständnis die Erscheinung der allgemeinen liberalen Polenfreundschaft Deutschlands, insbesondere Preußens, ganz in deren martyrologischem Deutungsansatz überschattete und ihr Abbruch tat²⁷.

Die Ära Flottwell, die mit der Ablösung Radziwiłłs als Statthalter im Großherzogtum Posen nach Ausbruch des Aufstandes von 1830 einsetzte, begann als Reaktion auf die offen staatsfeindlichen Aktivitäten der Polen im Posenschen, die den Staatsgebietsbestand Preußens bedrohten, der, völkerrechtlich

27) Zu diesem Komplex eine große Zahl von Berichten in: *Dokumente zur Geschichte der deutsch-polnischen Freundschaft 1830–1832*, hrsg. u. eingeleitet von Helmut Bleiber und Jan Kosim (Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR – Instytut Historii Polskiej Akademii Nauk), Berlin (Ost) 1982.

anerkannt und abgesichert und mithin international legal, zu verteidigen war, deutlich polenkritisch und unfreundlich. Selbst- und Fremdverständnis begannen einander verhängnisvoll zu bedrängen: Völkerrechtlich legitimierte Staatsbewahrungsinteresse des preußischen Staates traf auf staatszersetzende, grenzverändernde Bemühungen der eigenen preußischen Staatsbürger, was zwangsläufig offizielle Reaktionen auslösen mußte. Allerdings bemühte sich Flottwell auch, die polnischen unteren Schichten zu gewinnen sowie den Städten durch die Befreiung von Vorrechten polnischer Grundbesitzer größere moderne wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten einzuräumen. Das bedeutete jedoch – anders betrachtet – den Versuch, die polnische Gesellschaft im preußischen Staatsinteresse aufzusplintern und den Besitzstand der polnischen Oberschicht einzuengen, was von den polnischen Eliten verurteilt und subjektiv als preußischer Angriff auf sie und auf die polnische Nation verstanden wurde. Durch die preußische Ansiedlungspolitik, die mit einem geheim gehaltenen „Güterbetriebsfonds“ aus wirtschaftlichen Gründen zur Versteigerung anstehende polnische Güter anzukaufen – jedoch nicht zu konfiszieren, wie im russischen Teilungsgebiet, ein signifikanter Unterschied – und an deutsche Adelige zu verkaufen suchte, wurde die Führungs- und Herrschaftsfunktion des deutschen Elements als Gegengewicht auf dem meist von Polen bewohnten flachen Land ausgeweitet und gestärkt, was als Verteidigungsreaktion gegenüber den staatsfeindlichen Polen gefördert wurde. Wohl als Antwort darauf führte die polnische nationale Opposition die Tradition des Novemberaufstandes auf einer illegalen radikaldemokratischen Grundlage fort. So entstanden kommunizierende Röhren von einander widersprechenden preußischem Staats- und polnischem Nationalinteresse, die fortan die Beziehungen beider Völker zu vergiften begannen. In derart schwierigen, sehr differenzierten Zusammenhängen verbergen sich viele Fallen für nationalgeschichtliche Deutungen beider Völker. Sie wirkten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts polarisierend in die Gesellschaft und in die Geschichtswissenschaft und werden heute immer noch zu wenig funktional, dafür aber zu sehr national zugespitzt betrachtet, besonders in der polnischen Geschichtsschreibung, die reaktiv in starkem Maße für die deutsche der letzten Jahrzehnte meinungsbildend wurde.

Der Aufstandsversuch von 1846 in Galizien, der in Posen von geheimen, aber auch legalen polnischen Organisationen geplant worden war – übrigens auch für Posen, was kein Zeichen übermäßiger politischer Einengung und Überwachung einerseits und staatsbürgerlicher Loyalität und Gesetzestreue andererseits war –, führte vollends zur Umkehr der preußischen Politik gegenüber den polnischen Untertanen. Sie wurde zudem seit Jahren permanent durch konfessionelle Gegensätze herausgefordert, die vorwiegend auf den 1837 von Erzbischof Dunin herbeigeführten „Mischehenstreit“ und auf sein Verhalten in dessen Verlauf zurückgingen. Der zwischenzeitliche Versuch Friedrich Wilhelms IV., kompromißbereit die Spannungen zu mildern, erreichte das Gegenteil. Die politische Elite der Polen sah darin ein Zeichen der

Schwäche und bereitete erst recht jenen Aufstand weiter vor, der 1846 Preußens und Österreichs Staatsgebietsbestand bedrohte – ein in der Sicht der eigenen Staatsräson überall und jederzeit nicht zu akzeptierender Zustand, der auch auf den Sinneswandel des Königs Einfluß hatte. Bei alledem blieb aber, was die Entwicklung bemerkenswert macht, die Masse der polnischen Bürger Preußens, vor allem der unteren städtischen Schichten und der Bauern, immer noch staatsloyal. Im Gegensatz zu den adeligen und intellektuellen bürgerlichen Führungsschichten war bei ihnen das eigenständige polnische Nationalbewußtsein, sofern es in dieser Weise überhaupt jemals vorhanden gewesen war, am Einschlafen, besonders in jenen Gebietsteilen, die schon vor nahezu drei Generationen 1772 zu Preußen gekommen waren und kein patriotisches polnisches Zwischenspiel im Großherzogtum Warschau aufzuweisen hatten. Spannungen, die es hier gab, waren nicht primär national, sondern sozial bedingt, vielleicht noch konfessionell, und richteten sich gleichermaßen gegen die deutsche wie gegen die polnische Herrschaftsschicht.

Die bürgerliche Revolution von 1848 erfaßte daher vornehmlich die nationale polnische Elite, darunter zwar auch den bäuerlichen Kleinadel, nicht aber in größerem Maße die 1823 von Preußen aus ihren vielfältigen Abhängigkeiten befreiten Bauern, was sie besser als in den anderen Teilungsgebieten gestellt hatte und die sich gerade aus diesem Grunde loyal verhielten. Der Aufstand im Großherzogtum Posen, der sich auf die Kräfte und Organisationen von 1846 stützte, was wohl eher als Zeichen preußischer Nachsicht denn harter Repression anzusehen ist, und mit Hilfe rekrutierter polnischer Einheiten zu Ausschreitungen gegen Deutsche und Juden in den stärker von Polen besiedelten östlicheren Teilen führte, wurde nach erfolglosen Verhandlungen niedergeschlagen, das „polnische Nationalkomitee“ vom März 1848, das sich bald als „Vorläufige Regierung“ aufwertete, beseitigt. Verhaftungen griffen um sich. In der preußischen Verfassung vom November 1849 gab es dann keine Sonderrechte mehr für Polen, wie sie bisher vorhanden waren. Das Großherzogtum Posen wurde zur Provinz Posen herabgestuft. Im preußischen Landtag und im Herrenhaus, wo die Polen vertreten blieben, obwohl unterschiedlich stark und ziemlich einflußlos, schlossen sie sich zu einem „Polenklub“ zusammen, der polnische Belange wahrzunehmen suchte.

Der 1852 ernannte Oberpräsident der Provinz Posen, von Puttkamer, der als „hart“ galt, schlug vor dem Hintergrund der rechtsbrüchigen, auch europa-weit fortwährend gegen jede Obrigkeit rebellischen, den Landfrieden mißachtenden und sich gegen den Staat Preußen auflehrenden polnischen Untertanen einen rigiden Konfrontationskurs ein. Staatliche Einschränkungen und Zwangsmaßnahmen sollten aus „preußischen Polen“ staats- und gesetzestreue „polnische Preußen“ machen. Trotzdem erlaubte die preußische Politik den polnischen Bürgern schon sehr früh, bereits zur Zeit von Puttkamers, eigene politische und sozioökonomische Initiativen und Gründungen, die später in den Auseinandersetzungen mit Preußen und dem Reich ebenso wie für den 1918

wiedererstandenen Staat Polen große Bedeutung und sogar Vorbildfunktionen gewinnen sollten. Das geschah allerdings zum tiefen Mißfallen deutschnationaler, konservativer Kreise in Preußen, die sich konfrontativ und polenfeindlich zusammenzufinden begannen und später in ihren politisch einflußreichen Organisationen, besonders mit dem 1894 gegründeten Ostmarkenverein, der in Polen berüchtigten Hakata (so nach den Gründernamen Hannemann, Kennemann und Tiedemann genannt), zu Gegnern einer bedingten Eigenständigkeit innerhalb des Reiches vor 1918 oder der polnischen Staatlichkeit für die Zeit nach 1918 verbanden.

Viele der polnischen nationalpolitischen Gründungen entstanden gerade zur Zeit der Kanzlerschaft Bismarcks, was diese wohl doch in differenzierterem Licht sehen lassen sollte als in Polen üblich, trotz der national verurteilten Alvenslebenschens Konvention von 1863, die selbstverständlich nicht polnische National-, sondern originäre preußische Staatsinteressen wahrte, wozu ja eine verfassungsrechtliche Verpflichtung bestand, und trotz der Einführung des Deutschen als Amtssprache 1876, was nicht allein für das polnische Minderheitsgebiet Preußens galt und sozioökonomischen Entwicklungsüberlegungen entsprang, aber – was völlig unberücksichtigt bleibt – nach einem so langen Zeitraum seit 1772 oder 1815 angeordnet wurde, daß Deutsch bei allen preußischen Bürgern eigentlich als hinlänglich bekannt vorausgesetzt werden konnte. Zumeist in den beanstandeten Bismarck-Jahrzehnten entstanden trotz dieser Sprachbestimmung, was dazu angetan sein sollte, auch sie urteilsmäßig zu relativieren und nicht nur einseitig national zu betrachten, legale, sprachlich und national nicht behinderte, sondern durch Vereinsgesetz geschützte polnische Turner- und Jugendbünde, wie der nach eigener polnischer Einschätzung paramilitärisch-nationalistische „Sokół“ („Falke“) im Jahre 1884, Parteien, eigene Gewerkschaften, unterschiedliche Genossenschaften, die nach 1918 zu Vorbildern der polnischen Genossenschaftsbewegung werden sollten, erklärtermaßen nationalpolitische und patriotische Vereine unterschiedlicher Natur, häufig konfessionell, an die national orientierte „polnische Kirche“ oder ihre gleichermaßen orientierten Priester in der nationalen Diaspora Westdeutschlands angebunden, viele Industrie- und Gewerbebegründungen mit polnischem Kapital, das die eigenen, neu begründeten polnischen Banken und Sparkassen zur Verfügung stellten, sowie Bauernorganisationen unterschiedlichen Zuschnitts. Nahezu alle besaßen unbeanstandet eigene Blätter, gedruckte Tätigkeitsberichte und Mitteilungen. Hinzu kamen kirchliche Druckmaterialien unterschiedlichster Art und polnische Sonntagsschulen. Eine rege polnische Verlagstätigkeit im Teilungsgebiet und darüber hinaus trug zudem über Bücher – Wincenty Półs „Pieśń o ziemi naszej“ wurde beispielsweise zuerst in Posen 1843 ediert – und seit 1838 mit zuletzt mehr als 20 regelmäßig erscheinenden Zeitungen polnische Interessen und nationales Bewußtsein bis in national indifferente Randgebiete, wie Oberschlesien (seit 1869 „Katolik“ [„Der Katholik“]), Ermland und Masuren (seit 1886 „Gazeta Olsztyńska“ [„Allensteiner

Zeitung“]), Westpreußen (seit 1867 „Gazeta Toruńska“ [„Thorner Zeitung“]), die Weichselniederung (seit 1891 „Gazeta Gdańska“ [„Danziger Zeitung“) und seit 1884 mit den „Nowiny Śląskie“ („Schlesische Neuigkeiten“) sogar unter die – widersprüchlich zu den stereotypen Gepflogenheiten entdeckten – polnischen Protestanten. Zentrale und erste polnische Tageszeitung des Teilungsgebietes war seit 1859 „Dziennik Poznański“ („Posener Tageblatt“). Unbestritten ist mithin, daß die Polen Preußens jenseits der gouvernementalen Sphäre, die immer und überall gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Interessen zu dienen hat, ein reges nationales Eigenleben auch zur Zeit der in Bausch und Bogen verurteilten „germanisierenden Polenpolitik“ Preußens und Bismarcks entwickeln und weitestgehend unbeeinträchtigt führen konnten, wobei auch die meisten polnischen Blätter bemerkenswerterweise gerade in der „internationalisierenden“ Kanzlerzeit Bismarcks 1862–1890 begründet wurden. Diese Dualität der preußischen Innen- und Wirtschaftspolitik wird zu oft auch von der deutschen Geschichtsschreibung nicht erkannt und bleibt folglich national, ökonomisch, sozial und auch ethisch aus den Bewertungen dieser Periode ausgeklammert, was deren differenzierte Beurteilung einschränkt und vereinseitigt. Zudem gewinnt es eine eigene Bedeutung, wenn in gesinnungsethischer Komparation nicht beachtet wird, daß nach 1918 im ehemals preußischen Teilungsgebiet Polnisch ohne jeglichen Zeitaufschub als Amtssprache galt, obwohl die Sprache in diesem Gebiet über Jahrzehnte nicht mehr offiziell unterrichtet wurde, so daß dessen deutsche Bewohner gar keine Gelegenheit gehabt hatten, das Polnische, das von ihnen nun übergangslos verlangt wurde, zu erlernen. Allein schon wegen solcher Divergenzen verdient dies alles eine eigene Deutung, nicht nur gesinnungs-, sondern auch erfolgs- und verantwortungsethisch.

Im Zuge der preußisch-polnischen Auseinandersetzungen wurden 1874 neben dem Erzbischof Graf Ledóchowski der Bischof von Kulm und rund hundert polnische katholische Geistliche verhaftet. Verhaftungen gab es aber auch unter der deutschen Geistlichkeit im Westen Preußens. Graf Ledóchowski wurde für zwei Jahre zusammen mit dem Kölner Erzbischof gefangen gehalten, was die Maßnahmen, so verwerflich sie waren, keineswegs eindeutig polonozentriert erscheinen läßt, die allein die polnischen Mitbürger treffen und internationalisieren sollten, wie von der polnischen Geschichtsschreibung gedeutet. Allerdings war durch das Zusammentreffen von Konfession und minderheitlicher, fremder Nationalität die Qualität des Bismarckschen Kulturkampfes im polnischen Siedlungsgebiet Preußens anders als in den Rheinlanden und in Westfalen, intentionell jedoch trotzdem nicht mit der orthodox-missionarischen russischen Absicht zu vergleichen, so hart er die preußischen Polen in ihrer subjektiven Empfindung auch traf; zu Protestanten sollten sie zu keiner Zeit gemacht werden, darüber wachte schon der deutsche Katholizismus.

Das 1886 verabschiedete Ansiedlungsgesetz, mit dem deutsche Bauern mit Staatshilfen zur Ansiedlung vor allem auf polnischem Großgrundeigentum be-

wogen werden sollten, wobei es sich wieder um rechtmäßige Ankäufe aus marodem Besitz und nicht um Konfiszierungen wie in Kongreßpolen oder sonstige Zwangsvorschriften handelte, wurde von den polnischen Genossenschaften und Banken mit einer von ihnen finanziell gestützten Ansiedlung polnischer Bauern auf dem vorher parzellierten polnischen Grundbesitz wirkungsvoll gekontert, ohne daß dagegen staatlicherseits eingeschritten worden wäre. Dadurch wurde eine schon damals viel zu wenig wahrgenommene gegenteilige Wirkung zu den Absichten des Staates erreicht. Die polnische „widersetzliche Selbsthilfe“ verschärfte die Spannungen zwischen Preußens Staatsinteresse und den national orientierten polnischen Untertanen Preußens allerdings noch mehr. In den konfessionell wie national determinierten Auseinandersetzungen wurden bei den national indifferenteren und staatsloyaleren unteren Schichten der Polen aber nicht nur das polnische Nationalbewußtsein geweckt und sukzessive geschärft, was ideelle Voraussetzung für den Gedanken der Wiedererrichtung eines unabhängigen polnischen Staates war, sondern auch die Loyalität gegenüber Preußen zurückgedrängt. Hierzu trug die katholische „polnische Kirche“, die sich zudem in einem ethnischen Herren-Diener-Verhältnis zum Protestantismus sah, einen wesentlichen Teil bei, besonders im beibehaltenen nationalsprachlichen Religionsunterricht der Schulen, in denen seit 1873 Deutsch Unterrichtssprache geworden war. Allerdings sollten in diesem Zusammenhang die entnationalisierenden Folgen des Polen zufallenden sozialen Aufstiegs nicht außer acht gelassen werden, was bei der Erörterung der assimilierenden „Germanisierung“ als soziale Erscheinung, die in der Regel als staatliche Zwangsmaßnahme dargestellt wird, geschieht, ohne daß die subjektive Entscheidung des Aufsteigers berücksichtigt wird, was sich in letzter Konsequenz sogar im Namenswechsel niederschlug und heute noch in polnischen Zunamen Deutscher nachvollzogen werden kann. Sozialer Aufstieg als entnationalisierender, assimilierender Faktor ist der Sozialwissenschaft geläufig, in der Beziehungsgeschichte wird er zu selten wahrgenommen.

Die konfrontative Politik Preußens gegenüber seinen polnischen Untertanen begünstigte die Entfaltung der nationalen Zielsetzungen der Polen, vor allem der erneuten Staatswerdung und territorialen Abtrennung. Somit handelte Preußen den eigenen Interessen und sogar dem Verfassungsgebot gegenüber kontraproduktiv, was in nationalgeschichtlichen Urteilen übersehen wird. Trotz mancher Fragen nach der gebotenen Verhältnismäßigkeit seiner Maßnahmen, die gelegentlich berechtigt scheinen, handelte Preußen gegenüber seinen den preußischen Staat und dessen Grenzen in Frage stellenden Polen aber trotzdem alles in allem nicht willkürlich, wie es in Russisch-Polen, wie damals Kongreßpolen genannt wurde, in überwältigendem Maße geschah. Preußen war und blieb ein Rechtsstaat seiner Zeit, trotz gegenteiliger Behauptungen. Allerdings bemerkte die wenig einfühlsame preußische Politik die interaktionellen Besonderheiten entweder nicht klar genug oder unterschätzte sie leichtfertig, denn sie glaubte blind und besessen, die verfassungsgebottenen

übergreifenden staatspolitischen Normen sowie seine sozioökonomischen Zielsetzungen unbedingt und kompromißlos beibehalten zu müssen und nicht erfolgsethisch relativieren zu brauchen. Dabei vernachlässigte sie Fragen der Gewissensethik und wollte partikularen Minderheiteninteressen, die den Staatsinteressen nicht voll entsprachen, nicht kompromißbereit entgegenkommen – wie dann übrigens Polen nach dem Beispiel Preußens nach 1918 gegenüber seinen vielen Minderheiten sehr ähnlich verfuhr, bis in die Schulpolitik.

Die unter Kanzler von Bülow zu Anfang des 20. Jahrhunderts verschärften Vereinsgesetze, das „Feuerstättengesetz“ mit dem Verbot für Polen, auf den von ihnen erworbenen Parzellen Wohngebäude zu errichten, womit die polnische „Selbsthilfe“ unverhältnismäßig beantwortet wurde, und die Schulpolitik, die das Polnische auch noch aus dem allerdings national aufgeladenen Religionsunterricht verbannte, der die staatlichen Vorgaben mißachtete, verstärkten die Gegensätze und bestimmten krasse nationalgeschichtliche Urteile. In diesen Auseinandersetzungen wurden neue nationale Symbole geboren. Dazu gehörte neben den aufrechten polnischen Wreschener Schulkindern, die 1901–1902 den Unterricht bestreikten, auch der Zigeuner-„Wagen des Drzymała“ („Wóz Drzymały“), mit dem er auf seiner Parzelle die preußischen Bestimmungen einfallsreich, aber für ihn folgenlos umging und noch zu seinen Lebzeiten – er starb 1937 – im wiedererstandenen Polen als Beispiel für die Widerstandskraft der Polen sogar in Schulbüchern verehrt wurde. Die Schulstreiks von 1906, die von den Ereignissen in Rußland während der ersten Revolution von 1905–1907 beeinflußt waren, machten den mittlerweile kaum noch überbrückbaren Gegensatz zwischen dem Staat Preußen und dem Deutschen Reich auf der einen Seite und deren national erstarkten, für eine Konfrontation immer offenen polnischen Bürgern auf der anderen Seite augenscheinlich.

Die 1908 gesetzlich ermöglichte Zwangsenteignung polnischen Grundbesitzes, die wegen des nahen Kriegeausbruchs 1914 allerdings nur noch in Einzelfällen angewendet wurde, griff durch ihre Unverhältnismäßigkeit in ihrer negativen Resonanz und ihrer politisch-nationalen Instrumentalisierung durch die Polen weit über Preußen hinaus. Sie verstärkte die mittlerweile eingetretene nationale Mobilisierung sowie die grenzübergreifende Identifikation in den anderen Teilungsgebieten mit dem Leid der Polen in Deutschland, die sich subjektiv außerordentlich hart bedrängt fühlten, auch wenn dies objektiv differenzierter zu beurteilen ist. Im gesamtpolnischen Verständnis erwuchs daraus eine neue Form nationaler Martyrologie; der martyrologische Ansatz im polnischen Geschichtsdenken regiert auch heute noch und scheint gegenwärtig sogar noch zuzunehmen²⁸. In der sich zuspitzenden internationalen Situation

28) Oblicza prawdy [Gesichter der Wahrheit]. Z prof. Krystyną Kerstenową rozmawia Anna Baniewicz, in: Rzeczpospolita, 8.–9. 5. 1993. – Krystyna Kersten beklagt im Interview, daß bisher „im gesellschaftlichen Bewußtsein“ gegenüber dem „heroisch-

zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Gefolge der Marokko- und der Balkankrise kamen die Maßnahmen Preußens der polnischen Unabhängigkeitspropaganda gelegen. Sie konnte sich ihrem Ziel sehr viel näher gekommen wähnen, das in einem größeren, wahrscheinlicher werdenden Kriegsgeschehen Aussicht auf Verwirklichung habe. Die vielen preußischen Ungeschicklichkeiten und Fehleinschätzungen, die in solchem Zusammenhang an Gewicht gewannen, führten zu einer Verschärfung der antideutschen und der antipreußischen Stimmung allenthalben, wo Polen lebten, bis in die nordamerikanische Emigrationsdiaspora der Polonia. Auf diesem Hintergrund wurde immer bereitwilliger aufgenommen, was mit geschickter Zweckdienlichkeit von nationalistischen polnischen Kreisen undifferenziert propagiert wurde und deren in Anspruch genommenen Patriotismus unredlich überdehnte, daß nämlich Deutschland schon seit einem Jahrtausend der Erzfeind Polens sei. Die im preußischen Teilungsgebiet herumgeisternden, in die anderen Landesteile übernommenen Kraftsprüche, wie „Solange die Welt besteht, wird der Deutsche dem Polen nicht Bruder sein“ („Jak świat światem, Niemiec Polakowi nie będzie bratem“) oder „So wie aus dem Winter kein Sommer werden kann, so wird der Deutsche kein Bruder werden“ („Jak z zimy nie będzie lata, tak z Niemca nie będzie brata“), die alle das im Kulturkampf Bismarcks aufgekommene wirklichkeitsferne und verheerende, einseitig-undifferenzierte und kurzsichtige konfessionelle Stereotyp Pole = Katholik, Deutscher = Protestant zu befestigen halfen, wurden bestimmend für die Sicht auf Preußen, Deutschland und die Deutschen in großen Teilen der nationalen polnischen Öffentlichkeit, bis über 1918 hinaus.

Die staatsethisch und moralisch, aber auch hinsichtlich des eigenen Staatsinteresses inkonsequente und zu einseitige, häufig kontraproduktive und zuweilen verwerfliche preußische Politik gegenüber seinen Bürgern polnischer Nationalität brachte trotzdem nicht nur Verurteilenswertes. Der Kultur- und Kirchenkampf, die Germanisierungs- und Ansiedlungspolitik, so anstößig und unverhältnismäßig sie ethisch waren, trugen andererseits über die von ihnen bewirkte nationale Besinnung für die polnischen Nationalinteressen eindeutig Positives bei. Sie brachten statt der beabsichtigten Schwächung eine außerordentliche Stärkung und Ausdehnung des polnischen Nationalbewußtseins nicht nur in Preußen. Die nationale polnische Gegenbewegung leitete ferner aus dem Bedürfnis, sich dem staats- und wirtschaftspolitisch sowie zivilisatorisch hochstehenden Preußen anzugleichen, um sich zu behaupten, schon gegen Mitte des

martyrologischen Syndrom“ keine wesentlichen Umwertungen eingetreten seien. „Dieser Code ist so stark verankert, daß heute, da wir die volle Unabhängigkeit und Souveränität erreicht haben und uns niemand und nichts außer unseren eigenen Schwächen und Untugenden bedroht, das Verhältnis zur nationalen Geschichte weiterhin in großem Maße durch die Sicht auf Heroismus und Martyrologie der Polen bestimmt wird.“ Sie bedauert, daß „dieses psychologisch (und häufig auch ideologisch und politisch) beeinflusste Verständnis gegenüber der Bestrebung nach einer tieferen Erkenntnis und nach einem tieferen Verstehen – unserer Geschichte – zu dominieren beginnt.“

19. Jahrhunderts eine an westlich-fortschrittlichen und nicht an konservativ-sarmatischen Vorbildern sowie Denk- und Verhaltensweisen ausgerichtete soziale und wirtschaftliche Entfaltung innerhalb ihrer nationalen Gemeinschaft ein, die durch die im übergreifenden staatlichen Interesse stattfindende öffentliche Förderung der Wirtschaftskraft und Leistungsfähigkeit des ehemals polnischen Landesteils im Rahmen staatlicher Agrar-, Gewerbe- und Industriepolitik Preußens, der „inneren Kolonisation“, noch zusätzlich verstärkt wurde. Das preußische wurde zum entwicklungs- und produktionsmäßig sowie sozialpolitisch und zivilisatorisch-materiell-kulturell weitaus ausgewogensten und gesunden Teilungsgebiet Polens mit einer für ihre Zeit beispielhaften sozialen Versorgung und Ausstattung auch des polnischen Bevölkerungsteils. Der Aufschwung fand zudem gleichmäßig und standortpolitisch austarierter als in Kongreßpolen und Galizien statt.

Die durch eine dem Stand der Technik angemessene Mechanisierung und durch moderne Anbaumethoden gekennzeichnete mustergültige Landwirtschaft brachte bei einer ausgewogenen Betriebsgröße hohe Produktivität und Ertragsleistung, die diejenige der beiden anderen polnischen Gebiete bei weitem übertraf: Die Hektarerträge im preußischen Teilungsgebiet waren 1912 bei den vier Grundgetreidearten doppelt so hoch wie in den anderen Teilungsgebieten; in der Viehzucht sah es, wenngleich abgestufter, ähnlich aus²⁹. Infolge der Abwanderung eines Teils der polnischen Landbevölkerung vor allem in die entstehenden Bergbau- und Hüttenzentren an Rhein und Ruhr wurde im preußischen Teilungsgebiet agrarische Überbevölkerung als wirtschaftlich belastender Faktor abgebaut und vermieden, was eine ökonomisch insgesamt gesunde agrarwirtschaftliche Entwicklung sicherstellte. Dazu trug auch ein anderes Erbrecht als das in Kongreßpolen und Galizien gültige bei, das ja die Entstehung unproduktiver Zwergwirtschaften begünstigte, die dazu „handtuchartig“ aufgesplittert waren, wie im mittelpolnischen „russischen“ Gebiet zwischen Krakau und Kielce oder im „österreichischen“ Vorkarpatenland. Spezialisierungen von der Saat- bis zur Schweinezucht unterstrichen den hohen agrarischen Entwicklungsstand und zogen eine leistungsfähige Lebensmittel- und Verarbeitungsindustrie an, was zugleich die gewerbliche Entwicklung förderte. Als regionales Schwerindustrie- und Maschinenbauzentrum war Posen von abrundender wirtschaftlicher Bedeutung, lokal ergänzt durch Thorn, Bromberg und Graudenz. Der Einzugsbereich der Industrie reichte bis weit nach Preußen hinein, so daß nach 1918 der grenznahen deutschen Agrarwirtschaft die verlorengegangenen Verarbeitungskapazitäten fehlten. Die polnisch gewordenen Betriebe waren wiederum durch die Abtrennung ihres Hinterlandes nicht voll ausgelastet, was sogar zu lokalen De-Industrialisierungserscheinungen

29) Andrzej Jezierski: *Problemy rozwoju gospodarczego Ziemi Polskich w XIX i XX wieku* [Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung der polnischen Gebiete im 19. und 20. Jahrhundert], Warszawa 1984, S. 166f.

in grenznahen polnischen Gebieten führte, andererseits zur kapitalintensiven Notwendigkeit, die in Deutschland fehlenden Produktionskapazitäten diesseits der Grenze zu ersetzen. Auf diesem volkswirtschaftlich beiderseits belastenden Hintergrund, der zu wenig beachtet wird, kam es zu erheblichen politischen Spannungen zwischen Polen und der Weimarer Republik infolge auseinanderfallender Wirtschaftsinteressen und mißverständener Wirtschaftsfolgen der auch Zollbarrieren errichtenden Grenzziehung, die eine grenzüberschreitende Leistungssubstitution nicht zustande kommen ließ, allein schon der zollbelasteten preislichen Wettbewerbsfähigkeit wegen. Am Rande trugen sie zum Zollkrieg der zwanziger Jahre bei und wurden, obwohl ein Problem früher gewachsener, nunmehr aus polnischem Interesse aufgelöster und zerteilter Wirtschaftsgebiete und Produktionsverflechtungen, undifferenziert nur der politischen Mißgunst Deutschlands zugeschrieben³⁰.

Die „innere Kolonisation“ Preußens war durch die starke Erhöhung der Leistungsfähigkeit des ganzen preußischen Staates ohne wesentliche beabsichtigte regionale Unterschiede für seine Bürger und eine Verbesserung von deren sozialer Sicherung seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts gekennzeichnet, wie sie in den anderen Teilungsgebieten nicht einmal geträumt werden konnte; auch im 1918 entstandenen Polen wurde sie in diesem Ausmaß und in dieser Breite und Variabilität bis zu dessen erneuter Unfreiheit 1939 nicht erreicht. Trotz aller bedrückenden „Germanisierung“ gab es keinerlei künstliche wirtschaftliche Hemmnisse für eine ausgewogene sozioökonomische Entwicklung, wie aus der beklagten Germanisierung abgeleitet werden müßte³¹, sondern größeren durchschnittlichen Wohlstand mit sozialer Sicherung als in den anderen Teilungsgebieten. Die polnischen Gebiete waren in Preußen kein zurückgebliebenes, vergleichsweise unterentwickeltes Armenhaus, wie von der polnischen Wirtschaftsgeschichte suggeriert wird (A. Jezierski, Cz. Łuczak), trotz der beklagten angeblichen Zurücksetzung der polnischen Bevölkerung. Im Vergleich zu dem anderen peripheren Minderheitsgebiet Preußens – und nur so sollte logischer- und redlicherweise, dazu theoretisch sauber verglichen werden und nicht theoretisch fragwürdig mit den zentralen Landesteilen –, zum dänischen Nord-Schleswig, war das einstige polnische Gebiet wirtschaftlich und strukturell ausgewogener gestaltet und produktionswertmäßig

30) Georg W. Strobel: Die Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands und Polens 1919–1932, in: Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1932. XVII. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker 11. bis 17. Juni 1984 in Augsburg, Redaktion: Wolfgang Jacobmeyer, Braunschweig 1985, S. 109–123, hier S. 111, 115f.

31) Karl Doormann: Innere Kolonisation, in: Volkswirtschaftliche Zeitfragen, hrsg. von der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin, Berlin 1913, H. 2, S. 1–31, hier S. 17ff.; W. John: Handel und Industrie in Posen und Westpreußen, in: Die deutsche Ostmark, Lissa i. P. 1913, S. 330–360, hier S. 353ff.; Friedrich Richter: Preußische Wirtschaftspolitik in den Ostprovinzen, Königsberg, Berlin 1938, S. 25ff.; O. Münsterberg: Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Ostens, in: Volkswirtschaftliche Zeitfragen, Berlin 1912, H. 2/3, S. 48ff.

sowie sozialproduktorientiert allein schon wegen der Leistungskraft Ost-Oberschlesiens nicht weniger, sondern leistungsfähiger und produktiver entwickelt, wird die wirtschaftliche Verflechtung anhand der Warenströme sowie der Gesamtproduktivität, auch in relativer per-capita-Zuordnung, gemessen, wie es ökonomisch-theoretisch korrekt wäre.

Die hohe Leistungsfähigkeit des preußischen Teilungsgebietes, ein Erfolg gerade der unbehinderten „inneren Kolonisation“ Preußens und der damit verbundenen Aufgeschlossenheit gegenüber polnischen wirtschaftlichen Initiativen, trug im wiedererstandenen Polen ganz entscheidend dazu bei, dem „Roten Sturm“ des Jahres 1920 zu widerstehen, was weniger ausschließlich ein politisch-militärisches, wie überwiegend gesehen, sondern zu einem ganz wesentlichen Teil ein wirtschafts-, finanz- und versorgungspolitisches Phänomen war, das ohne die Leistungsfähigkeit des vergleichsweise reichen und besser entwickelten preußischen Teilungsgebietes und seiner verfügbaren materiellen Vorräte sonst nicht zu bewältigen gewesen wäre. Noch heute kann der Übergang vom preußischen zum ärmeren, vormals russischen Teilungsgebiet an der Qualität von Bebauung und Wirtschafts- sowie Anbauweise in der mitteleuropäischen Landschaft an diversen Stellen ausgemacht werden.

Trotz aller nationalpolitischer Spannungen und Gegensätze sind infolge einer anderen sozio- und psychokulturellen Entwicklung innerhalb des wirtschaftsethisch protestantisch geprägten Preußen den dortigen Polen viele sonst als typisch polnisch angesehene Verhaltens- und Denkweisen des 19. Jahrhunderts fremd geblieben. Infolge der mehr oder weniger sozialisierten, die polnische katholische Gesellschaft des preußischen Teilungsgebietes letzten Endes aber erheblich prägenden „protestantischen“ Nüchternheit Preußens gehört sogar vieles vom romantisch-heroisierenden und martyrologisch überhöhenden Geschichts- und Selbstverständnis dazu, ebenso vieles der hier als fragwürdig angesehenen Arbeitsethik, Lebenskultur, Pflichtbewußtsein, Ordnung und Selbstdisziplin der nationalen Brüder in den anderen Teilungsgebieten, denen sie sich überlegen fühlten. Für die nach 1918 notwendig gewordene Wiedervereinigungs- und Unifizierungspolitik hatte auch das eine positive Bedeutung. Nach außen wurde es in psychologisch teilenden, negativ empfundene Merkmale betonenden, symbolbeladenen Bezeichnungen deutlich, die man sich gegenseitig gehässig vorhielt, wie „Kacap“, „Chochoł“ oder „Kresowiak“ für den russisch verfremdeten, zurückgeblieben-entlegenen („Kresy“) Teilungsraum und seine Menschen und „Galileusz“ oder „Rusek“ für Galizien, womit die verschlafene, tölpelhafte Zurückgebliebenheit des österreichischen Teilungsgebietes umschrieben wurde. Für die Posener Polen wurde neben „Gbur“ („Flegel, Lummel“) das eigentlich national abwertende Schimpfwort „Prusak“ („Preuße“) gefunden, das freilich umgangssprachlich auch die Küchenschabe bezeichnet. Die Oberschlesier mußten sich in Polen diverse Obszönitäten gefallen lassen, womit sie stärker als alle anderen verhöhnt wurden. „Prusak“ wurde jedoch mit einem anerkennenden, achtungsvollen, gleichwohl

auch neidenden Unterton verwendet. Noch heute ist es üblich, besonders ordnungsliebende und disziplinierte, pflichtbewußte, arbeitsame und wirtschaftlich denkende Personen als „preußische Polen“ oder „polnische Preußen“ zu bezeichnen. Mit den korrespondierenden Begriffen „Poznaniak“ („Posener“) oder „Ślązak“ („Schlesier“), trotz der weiterhin verwendeten obszönen Bezeichnungen, werden nicht Verwahrlosung wie mit „Chochol“ („Strohkopf“) oder „Chadziąg“ („Der Herumstreunende“) verbunden, wie die ostpolnischen Neubürger besonders Oberschlesiens nach 1945 von Einheimischen polnischen oder deutschen Ursprungs übereinstimmend hämisch bezeichnet werden, sondern die Erwartung besonderer Effizienz. Das spricht für die in den ehemals preußischen Landesteilen trotz „feindseliger“, aber sozial doch wohl vervollkommnender „Germanisierungspolitik“ bei Polen herausgebildeten sekundären Tugenden, läßt sich aber auch als insgesamt positives Merkmal des ehemals preußischen Gebietes für Polen noch nach vielen Jahrzehnten beobachten. Es sind heikle Überlegungen, die zu einer differenzierten und redlichen Einordnung der Politik Preußens während der Teilungszeit zwischen 1772 und 1918 und deren Fortwirken nach 1918 herausfordern. Jedenfalls sind sie sehr viel positiver, als sie die ausschließlich nationalhistorisch argumentierende, vornehmlich von Gegensatz und nationaler Bedrückung getragene Beziehungsgeschichte beschreibt, die sich als politische Geschichte psychopolitischen und -kulturellen sowie sozioökonomischen und sozialwissenschaftlichen Überlegungen verschließt und daher noch immer Wünsche offen läßt, trotz mancher zwischenzeitlich besserer Einsichten.

III. Das moderne Polen und das 19. Jahrhundert

1. Politische Träume und Visionen des 19. Jahrhunderts als reale Politik nach 1918

In diesem Nebeneinander der Teilungsgebiete, das nie ein nationales Gegeneinander geworden war, besaß jedes seine eigene Bedeutung und differente Verdienste für die Wiedergewinnung der staatlichen Unabhängigkeit, die im Gefolge des Zusammenbruchs der Mittelmächte durch den visionär von Adam Mickiewicz ersehnten „großen Krieg“ erreicht wurde. Es war nicht das Polen, das Mitte August 1914 Großfürst Nikolaj Nikolaewiĉ mit Selbstverwaltung und Autonomie, wie es im Entwurf seiner Erklärung stand und an das Königreich Polen von 1815 erinnerte, verhieß. Es war nicht jenes Polen, das die am 5. November 1916 von General von Beseler im Namen der beiden Kaiser verkündete Proklamation vorsah – mit erblicher Monarchie und eigener Verfassung zwar, aber mit einem Anschluß an die Mittelmächte und einer nach Osten auf Kosten Polens noch auszudehnenden Reichsgrenze, was alle deutschen Parteien, darunter auch die Sozialdemokratie und mit besonderem Nachdruck der Alldeutsche Verband, guthießen, die Polen aber zu keiner Zeit akzeptieren konnten. Es war auch nicht das von Lenin im Gefolge der Oktober-

revolution von 1917 eingeräumte Polen, dem er Ende 1919 kurze Zeit infolge der schwierigen Lage des revolutionären Rußland sogar bereit war, Grenzen zuzugestehen, die annähernd den Visionen des 19. Jahrhunderts entsprachen, später aber weder kriegerisch noch friedlich mehr zu verwirklichen waren³². Es war ein Polen, das sich sogleich selbstbewußt und unbeirrt daran machte, seine Grenzen mit Gewalt abzustecken, gestützt auf eigene Streitkräfte, die aus den drei Armeen der ehemaligen Teilungsmächte mit allen sich daraus ergebenden Erfahrungs-, Führungs- und Ausbildungsunterschieden hervorgingen, stabsmäßig entsprechend schwer zu führen, und durch aufopferungsvolle, aber geheim und daher nur notdürftig ausgebildete junge Männer sowie die front- und kampferprobten Legionärseinheiten Piłsudskis 1918 ergänzt wurden. Die Ausrüstung und die Waffen waren zusammengesucht, was die Nachschubbeschaffung und die äußere Einheitlichkeit ebenfalls zum Problem machte.

Der Rückgriff auf Ideen, Wertvorstellungen und Verhaltensweisen, die das polnische 19. Jahrhundert gestaltet hatten, ist zwar verständlich und begreifbar. Tief internalisiert, waren sie nicht von heute auf morgen nur wegen der veränderten Situation abzustreifen. Doch waren sie in der anders gearteten, neuen Situation anachronistisch und politisch unlogisch, belastend für eine differenzierte Politik, die bei den Nachbarn hätte Verständnis für den neuen Staat und Vertrauen in seine Politik schaffen sowie ihn berechenbar machen sollen. Sogar die bestimmende Führungspersönlichkeit, die Piłsudski zu dieser Zeit unangefochten war, wollte Anfang April 1919 „seriöse“ Politik „mit dem Revolver in der Hosentasche“ gemacht haben³³, gemäß der stolzen, kampfbereiten polnischen Tradition des 19. Jahrhunderts und nach dem Ehrenkodex seiner PPS-Frakcja Rewolucyjna („PPS-Revolutionäre Fraktion“), wie sich die unter seiner Führung 1906 verselbständigte PPS-Splittergruppe der aktivistischen „Alten“ nannte. Kennzeichnend für die fatalistisch gottergebene Haltung, die Aktionismus begünstigte und Gewalt erträglicher scheinen ließ, war ein beliebtes Soldatenlied der Legionen Piłsudskis, das in der Zwischenkriegszeit und im Untergrund des Zweiten Weltkrieges emphatisch gesungen wurde: „Żołnierz strzela a Pan Bóg kule nosi“ („Der Soldat schießt, doch Gott, der Herr, lenkt die Kugeln“).

32) Lenin ließ über seinen Unterhändler Marchlewski-Karski Ende 1919 erkennen, er halte eine Grenze zu Polen am Dnepr für möglich. Die Verhandlungen in Mikasze-wicz führten wegen einer falschen Einschätzung der Gesamtlage im revolutionären Rußland durch Piłsudski und dessen Absicht, seine „Intermarium“-Föderationsvorstellung mit Hilfe der Ukraine Petljuras zu verwirklichen, zu keinen Ergebnissen, vgl. *Adiutantura Centralna Naczelnego Dowództwa. Różne: Akta sprawy pertraktacji z Sowiekim Czerwonym Krzyżem*, Teka 84, Piłsudski-Institute of America for Research in the Modern History of Poland, New York.

33) Brief Józef Piłsudskis an Leon Wasilewski vom 8. 4. 1919, in: Leon Wasilewski: *Józef Piłsudski jakim Go znałem* [J. P. wie ich ihn kannte], Warszawa 1935, S. 175f.

a) „Wielka Polska“

Das wiedererstandene Polen strebte, wobei sich die politische Elite mit der nationalen Gesellschaft einig war, ein Groß-Polen möglichst in der Gestalt des 16. „goldenen“ Jahrhunderts der Jagiellonenherrschaft und im Sinne der tief internalisierten Vorstellung Wincenty Póls an, dessen „Pieśń o ziemi naszej“ flugs zur Schullektüre gemacht wurde. Also: „Wielka Polska“ als integrative patriotisch-nationale Idee, das zudem „nur für Polen“ zu sein habe. Diese politische Ideologie sollte die Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg und darüberhinaus überdauern, wenngleich den sich ändernden politischen Verhältnissen angepaßt³⁴. Ende 1926 führte sie nach dem Staatsstreich Piłsudskis in die Gründung des nationalistischen „Obóz Wielkiej Polski“ („Lager Groß-Polens“ = OWP). Vornehmlich aus personellen Gründen, weil sein Begründer Roman Dmowski nicht in das Piłsudski sonst politisch genehme Konzept paßte, wurde es 1933 verboten. Aber nach einer zweimonatigen Metamorphose zum „Obóz Narodowo-Radykalny“ („National-Radikales Lager“ = ONR) mutierte es 1934 zur faschistischen „Falanga“, die die Ideen des OWP übernahm und als Zusatzbezeichnung ihrem Namen ONR voranstellte. Anfangs war sie kurze Zeit illegal. Trotzdem wurde sie von der Regierung schon damals als Ge-

34) Bereits Ende Oktober und Ende November 1939 äußerte die Exilregierung voneinander differierende Grenzvorstellungen; im November betrafen sie die Westgrenze. 1941 wurden diese von Sozialisten und Bauernparteilern der heimatlichen Widerstandsbewegung im „Program Polski Ludowej“ („Programm Volkspolens“) aufgegriffen und noch ausgeweitet. Erwartet wurde eine erhebliche Westausdehnung bei Vertreibung der deutschen Bevölkerung sowie die Beibehaltung der Ostgrenze von 1939 sowie eine Föderation für Ostmittel- und Südosteuropa mit Polen als Herzstück und Führungsmacht in einem „Verband der freien Völker Europas“ („Związek Wolnych Narodów Europy“). Die am anderen politischen Flügel stehenden Untergrundgruppierungen gingen noch weiter und verlangten auch eine Erweiterung Polens nach Osten. So strebte beispielsweise die „Konfederacja Narodu“ („Konföderation des Volkes“ = KN) die Gründung eines slawischen „Imperiums“ unter Vorherrschaft Polens mit Warschau als Hauptstadt an, das „mit unserem Blut begründet wird“, wie die Kampfeinheiten der KN sangen. Bei solchen Haltungen schlug die Exilregierung im Dezember 1942 nach langdauernden und kontroversen Diskussionen konkret eine Grenze an Oder und Lausitzer Neiße mit polnischen Militärstützpunkten in Rest-Deutschland vor, insbesondere auf Rügen, Fehmarn und am Nordostseekanal, aber auch auf dem dänischen Bornholm, bei Fortbestand der Ostgrenze von 1939 (vgl. Program Polski Ludowej, Hrsg. WRN [= Untergrundname der PPS], o. O. 1941, Polish Underground Collection, Hoover-Institution on War, Revolution and Peace, Stanford University, Stanford, Calif.; Michał Kwiatkowski: Rząd i Rada Narodowa RP w świetle faktów i dokumentów od września 1939 do lutego 1942 r. [Regierung und Nationalrat der Republik im Lichte von Fakten und Dokumenten zwischen September 1939 und Februar 1942], Londyn 1942; Michał Śliwa: Polska myśl socjalistyczna 1918–1948 [Die polnische sozialistische Idee 1918–1948], Wrocław u. a. 1988, S. 217 ff.; Sikorski. Soldier and Statesman. A collection of Essays, ed. by Keith Sword, London 1990, insbes. der Beitrag von Sarah Terry und meine Rezension, in: ZfO 43 [1994], S. 132 f.)

sprächspartnerin akzeptiert. Die Idee der „Wielka Polska“ fand auch nach 1945 im kommunistischen Polen Fürsprecher³⁵.

Noch bevor in Versailles mit der Neugliederung Europas begonnen wurde, zog das Polen Piłsudskis seine Grenzen mit Gewalt, immer historische Ansprüche, Begründungen und Symbole im Blick. Der von Warschau militärisch unterstützte Aufstand von Anfang 1919 im Posenschen, der die „Wielkopolska“, wie dieser Landstrich polnisch heißt, Polen zuführte, machte im Westen den Anfang, wobei dort seit Jahrhunderten beheimatete Deutsche vertrieben wurden. So sehr ethnische Verdrängung verurteilt worden war, solange sie die eigene Nation traf, wenngleich keineswegs in dieser unnachsichtigen, absolut entwurzelnden Form, so wurde sie nunmehr polnischerseits unbedenklich praktiziert und schonungslos über Jahre geübt, wobei die Deutschen rücksichtslos aus ihrer Heimat und nicht nur von ihrem Grund und Boden vertrieben oder hinausgeekelt wurden. Angesichts der Schwierigkeiten mit der Aufnahme und Eingliederung der im Westen aus Elsaß-Lothringen und dem Rheinland ausgewiesenen Menschen rief die Weimarer Republik die Deutschen in Polen auf, selbst unter der Auflage einer Option für Polen in der Heimat zu bleiben, was von Polen sofort als ein Versuch gedeutet wurde, feindliche Elemente zum Schaden Polens zum Verbleiben im Lande zu bewegen und die Deutschen als Mitbürger abstempelte und abqualifizierte. Konsequenz setzte Polen die Verdrängungspraxis mit früher moralisch verurteilten Mitteln über Jahre fort. Beim Verkauf deutschen Bodeneigentums verfügte man sogar ein preissetzendes staatliches Vorkaufsrecht zum Nachteil der deutschen Eigentümer, das für 72 500 Hektar ausgeübt wurde. Die Ende 1925 verfügte Bodenreform parzellierte deutsches Bodeneigentum im Verhältnis zum polnischen überproportional: Allein im ehemaligen preußischen Teilungsgebiet wurden 110 000 Hektar deutscher gegenüber nur 58 000 Hektar polnischer Böden aufgeteilt, obwohl die realen Besitzverhältnisse umgekehrt waren. Anfang 1936 wurden dann diese Maßnahmen vom Warschauer Außenministerium als das bestätigt, was sie wirklich waren, als eine säubernde „De-Germanisierung“ dieses Gebietes, wie man es nannte³⁶.

35) Vornehmlich aus nationalen Legitimations- und Identifikationsgründen der sonst abgelehnten kommunistischen Herrschaft ging es 1945 in harten Auseinandersetzungen – stellenweise bis zu Schießereien – mit der noch bürgerlichen Tschechoslowakei um die sorbische Lausitz, um die mit historischen Argumenten beiderseits beanspruchte Grafschaft Glatz und um das 1938 Polen einverleibte „Zaolzie“ („Olsa-Gebiet“). Der kommunistische Parteiführer Władysław Gomułka-Wiesław, wie er sich damals nannte, vertrat noch 1946 panslawistische Ideen mit Polen als Mittelpunkt einer ostmitteleuropäischen kommunistischen Gemeinschaft der Slawen, ähnlich wie sie in den Kriegsjahren von den nichtkommunistischen Untergrundparteien und -gruppierungen geäußert worden waren. Gomułka versah dies außerdem mit einem antideutschen Akzent.

36) Czesław Łuczak: *Od Bismarcka do Hitlera. Polsko-niemieckie stosunki gospodarcze [Von Bismarck zu Hitler. Die polnisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen]*, Poznań 1988, S. 244.

Im Süden kämpften Polen weitgehend erfolglos mit der Tschechoslowakei um das Teschener Gebiet, im Osten 1919 gegen die Ukrainer, wenngleich in einer anfänglich aufgezwungenen Abwehrreaktion. Dabei schuf die Verteidigung Lembergs das neue Heldensymbol der „Orleńa“ („Junge Adler“), der jugendlichen Verteidiger der Stadt, das die junge Generation ebenso wie das Symbol der Wreschener streikenden Schulkinder auch über Schulbücher patriotisch prägen sollte und sich während des Warschauer Aufstandes von 1944 insbesondere in den jugendlichen Meldeläufern – vielfach waren es noch Kinder – erneuerte. Die vorübergehende Besetzung Kiwys 1920 löste stolze Begeisterung aus, denn nach populärgeschichtlicher, in den Schulen gar als historische Wahrheit ausgegebener Legende hatte im 11. Jahrhundert der polnische König Bolesław Chrobry an einem Festungstor der eroberten Stadt sein Schwert als Zeichen für ewige Inbesitznahme schartig geschlagen. Dieses Schwert soll es gewesen sein, das dann 1320 als „Szczerbiec“ („Der Schartige“) zum Krönungsschwert ausgewählt wurde. An der Verteidigung Warschaus 1920 vor der nach einer Umkehr des Kriegsglücks gegen das christliche Abendland anbrandenden „roten Flut“ nahm Ignacy Skorupka in der Nachfolge des sich gegen die schwedischen Häretiker aufbäumenden, heldenhaften Priors Kordecki teil, ein Kleriker und Kriegsfreiwilliger, der, mit erhobenem Kreuz voranstürmend, die jugendlichen Verteidiger aus Warschauer Gymnasien zum Angriff gegen die „gottlosen Roten“ mitgerissen haben soll, ganz in der Tradition des „Antemurale“-Anspruchs und des „Potop“ Sienkiewicz'. Tödlich getroffen, wurde er zu einem mit Denkmälern geehrten Symbol des heldenmütigen, patriotischen und aufopfernden, das Abendland erfolgreich verteidigenden polnischen Priestertums und zu einem Zeugnis der unverbrüchlichen Einheit von Kirche-Nation-Armee.

Im Oktober 1920 besetzte General Lucjan Żeligowski auf Weisung des „Staatsführers“ („Naczelnik Państwa“) Marschall Józef Piłsudski das Gebiet um Wilna, die Hauptstadt des mittlerweile unabhängigen, völkerrechtlich anerkannten Litauens, der Heimat Piłsudskis, was zur Begründung des „Polentums“ des ganzen Gebietes vollauf ausgereicht hätte, wird den damaligen Argumentationen gefolgt. Żeligowski richtete in Wilna eine von Polen gelenkte Republik Mittel-Litauen ein, die allerdings einen erheblichen polnischen Bevölkerungsanteil aufwies, wobei weitergehende Ansprüche auf Memel formuliert wurden. Wilna selbst, das „Jerusalem des Ostens“, beherbergte mindestens ebenso viele Juden wie Polen, dazu Litauer, Russen, Weißrussen und Deutsche. Zwei Jahre später wurde das Gebiet völkerrechtswidrig von Polen annektiert, wodurch Litauen ähnlich wie früher Polen geteilt und sogar seiner historischen Hauptstadt beraubt wurde. Das dem eigenen ähnliche Schicksal Litauens störte in Polen die Allerwenigsten; auch in der Geschichtsschreibung wurde es nicht aus diesem Blickwinkel betrachtet. Mit seiner Aktion avancierte Żeligowski zu einem symbolischen Volkshelden, einem weiteren in dieser viele Symbole zeugenden Zeit. Selbst internationale Vereinbarungen versuch-

te Polen bei seinen Anstrengungen für ein „Wielka Polska“ mit Waffengewalt zu wenden, wie bei den drei von Warschau geschürten und militärisch unterstützten Oberschlesien-Aufständen von 1919, 1920 und 1921, die die Südwestgrenze Polens ziehen sollten.

Am Anfang des modernen Polen Piłsudskis standen also nicht friedlicher Interessenausgleich und Kompromißbereitschaft, deren Fehlen man für die untergehende Adelsrepublik verurteilte, sondern harte, symbolbestimmte und legendengetragene Gewalt, die man verdammt hatte und noch immer verdammt, sofern sie gegen Polen angewendet worden war, das sich nun auf diese spezifisch „asiatische Weise“, wie im Ausland zu lesen war, in die europäische Politik zurückmeldete. Das Blatt der Geschichte hatte sich gewendet – aber doch wohl nicht die Grundlage ethischer Beurteilung, wie man sie noch wenig früher für sich selbst in Anspruch genommen hatte.

Im überkommenen Wunsch nach einem „Groß-Polen“ kamen schon 1918 weitreichende territoriale Annexionsvorstellungen auch gegenüber Deutschland auf: Im Gespräch waren die hinterpommersche Küste bis Kolberg ebenso wie Danzig, Königsberg und das ganze Ostpreußen, letztere unter Hinweis auf Albrechts Lehnseid von 1525, aufgrund dessen diese Gebiete wegen des Fehlens direkter Erben nach dem Tode des kranken Herzogs Albrecht Friedrich von Preußen 1618 dem polnisch-litauischen Doppelreich hätten zufallen müssen und nicht drei Jahre später dem Kurfürsten Wilhelm von Brandenburg. 1918 sah sich Polen zugleich in ungeteilter Nachfolge gegenüber Litauen, das es in seinen Großreich-Anspruch einbezog und dessen Unabhängigkeit und staatliche Selbständigkeit es von Anfang an in Frage stellte und in den Folgejahren grob mißachtete³⁷. Mahnender Widerspruch, der damals aus einer dem polnischen Establishment wenig genehmen Ecke kam, „eine historische Gerechtigkeit, die die Rückgabe der durch Preußen geraubten Gebiete oder eines historischen Erbes Polens verlange“, sei „eine hohle Phrase“, denn „die überaus komplizierten Probleme können nicht mit Hilfe von historischen Abstraktionen gelöst werden“³⁸, wurde, insbesondere weil er von Polen zwar unterschiedlicher politischer, aber durchweg linker Couleur kam und dazu noch aus dem „roten“ Moskau, unreflektiert als Volks- und Staatsverrat, jedenfalls als zutiefst unpatriotisch verworfen; nach 1945 reagierte die kommunistische Staats- und Parteiführung widersprüchlicherweise selbst gleichermaßen.

Das moderne Polen war unter Piłsudskis Führung, die er bis 1922 behielt, im Entstehen begriffen – freilich gezeichnet von historischen Mythologisierungen sowie von utopischen, gegenüber der politischen Wirklichkeit hypertro-

37) M. K. Dziewanowski: Joseph Piłsudski. A European Federalist 1918–1922, Stanford 1969; Mykolas Römeris: Juozas Piłsudskis, in: Lietuvių atgimimo istorijos studijos. 3: Lietuvos valstybės idėja (XIXa.–XXa. pradžia) [Studien zur Wiedergeburt Litauens 3: Die Idee vom litauischen Staat im 19. und 20. Jh.], Vilnius 1991, S. 441–479.

38) Trybuna, Moskva, 5. 11. 1918.

phierten historischen Territorialvorstellungen des 19. Jahrhunderts. Auch das politische Denken und die politische Kultur wurden von den im 19. Jahrhundert verankerten Ideen und psychopolitischen Symbolen, Vorstellungen, Mythen, Legenden und Stereotypen weiterhin beherrscht. Zudem begründete das Bewußtsein, aus einer aussichtslosen Situation die ersehnte politische Freiheit und nationale sowie staatliche Unabhängigkeit wiedergewonnen zu haben, das Gefühl eines Ausgewähltseins und einer nationalen, von der Königin der Krone Polen patronierten Unbesiegbarkeit, das von dem ikonographisch außerordentlich simpel und naiv umgesetzten „Wunder an der Weichsel“, der Verteidigung Warschaws 1920 vor der Roten Armee, unterstrichen wurde – in Schulbüchern wurden Bilder der aus den Wolken das Warschauer Schlachtfeld segnend überblickenden Tschenstochauer Muttergottes verwendet –, sowie eines Sendungsauftrags für das Christentum und das Abendland schon immer beschützende Volk der Polen, ein ins Positive gekehrter Messianismus, der die politische Realität gröblich verkannte und mißachtete.

Alle diese lange tradierten Ansichten und Gefühle wurden von der nationalen „polnischen Kirche“ tatkräftig gefördert. Besonders gehörten dazu der Kult der siebringenden Mutter Gottes und Königin der Krone Polen, eine nationalbetonte Mariologie, und die „Wielka Polska“-Konzeption. Die in Lodz im Stil griechischer Siegestempel in den dreißiger Jahren an herausgehobener Stelle errichtete Kirche wurde als „Kościół Matki Boskiej Zwycięskiej“ ausdrücklich der zuletzt 1920 für Polen „Siegreichen Mutter Gottes“ geweiht. Die vielen in Kirchen mit Nationalfarben geschmückten Gedenktafeln zu Ehren der Helden und der Kriege Polens, der besonders tapferen siegreichen Militäreinheiten und der Kampfstätten der Aufstände und Kriege, besonders von Piłsudskis Legionen, beherrschten ihr Inneres ungebrochen sogar durch die Zeit der kommunistischen Herrschaft. In ihnen manifestiert sich ein spezifischer nationaler Helden- und „Wielka Polska“-Kult und keineswegs nur die auch anderswo übliche Totenehrung. Das wird außerhalb Polens, wo dessen Traditionen und Denken nicht immer genügend verstanden werden, häufig fehlgedeutet. Der „Wielka Polska“-Gedanke wurde seit jeher zur patriotischen Erbauung auch von der religiösen Mariologie gepflegt. Neben der wundertätigen, legendenumwobenen Tschenstochauer Mutter Gottes, die Ersatzsymbol der „Solidarność“-Bewegung werden sollte, wird die Gottesmutter mit weiteren Anspruchsbezügen verehrt. Darunter ragt die pathetisch „polnische“ Wilnaer „Matka Boska Ostrobramska“ heraus, die zum nationalen Symbol Ostpolens und der noch weiter östlich gelegenen Gebiete, der Kresy, wurde und der seit dem Verlust Wilnas ersatzweise in der Waweler Kathedrale patriotische und auch territoriale Revision heischende Verehrung zuteil wird, wo ihre Abbildung in einer Seitenkapelle und an einem Kirchenfenster vorhanden ist. In der Zeit besonderen Leids und großer nationaler Not nach 1939 wurde das neue Pietà-Symbol der Mutter Gottes von Katyn („Matka Boska Katyńska“) geboren; gramgebeugt beweint sie einen durch Genickschuß gezeichneten Totenschädel in ihrem Schoß.

b) „Mocarstwowość“, „Międzymorze“, „Federalizm“
und „Prometeizm“

In solchen Zusammenhängen wurde in der Gesellschaft das Streben nach der historischen Vormachtstellung Polens in die politische Aktualität übernommen. Das geschah mit dem Anspruch auf „Mocarstwowość“, eine Großmachtposition, wie sie sich sogar als Titel im Blätterwald der politischen Führungsgruppe mit „Myśl Mocarstwowa“ („Der Großmachtgedanke“) vor 1939 manifestierte, einer programmatischen Zeitschrift, die sich an junge Intellektuelle richtete. In den dreißiger Jahren konnte man darin von historischen Ansprüchen Polens bis zur Elbe lesen, die aus der westslawischen polabischen, aber einseitig als „polnisch“ gedeuteten Siedlung abgeleitet wurden. Schon seit Mitte der zwanziger Jahre hatte der einflußreiche und politisch meinungsbildende „Verband zur Verteidigung der westlichen Grenzgebiete“ („Związek Obrony Kresów Zachodnich“ = ZOKZ) wiederholt solche Forderungen erhoben. In der Politik der Weimarer Republik verfestigte er die bisher schon generell unfreundliche bis feindselige Einstellung zum „Saisonstaat“ Polen mitsamt den eigenen Grenzvorstellungen und legitimierte im Eigenverständnis die offen feindselige und revisionistische Haltung der Reichswehrführung zu Polen, die es, wie General von Seeckt und andere offen betonten, am liebsten eliminiert hätte.

Bereits in der ersten Hälfte 1919 waren auch Pläne einer föderativen Ordnung („Federalizm“) des ostmitteleuropäischen Raumes zwischen Ostsee und Schwarzem Meer unter polnischer Führung als machtbewußte „Międzymorze“-Konzeption aufgekommen, die von der populären Parole „Od morza do morza“ („Von Meer zu Meer“) getragen wurde. Es war die historische „Intermarium“-Vorstellung, in die Polen, Weißrußland und Litauen und später, 1920, auch die Ukraine Petljuras eingebunden wurden, die utopische Absicht einer Restitution des untergegangenen Doppelreiches unter ungeteilter Führung Polens. Anfang der zwanziger Jahre, nachdem sich diese Form zerschlagen hatte, versuchte man mit historisch begründeten Hinweisen auf das „polnische“ Kurland des 16. Jahrhunderts eine Baltische Liga unter Führung Polens mit Estland, Lettland, Litauen und Finnland zu schmieden, freilich ebenso vergeblich. Föderativ verbunden, sollte die baltische Staatenunion vor allem ein Gegengewicht zur Kleinen Entente herstellen, mit deren Führungsstaat Tschechoslowakei Polen 1919 im bewaffneten Streit um seine Südgrenze den kürzeren gezogen hatte.

Der „Mocarstwowość“-Anspruch überwucherte die polnische Realität und wurde herrschaftspolitisch instrumentalisiert. Die nach einigen Metamorphosen 1928 endgültig entstandene, von der Regierung geförderte und bald in eine offiziöse Staatsrolle hineingewachsene „Liga Morska i Kolonialna“ („See- und Kolonialliga“), wie sie sich seit 1930 nannte, mit ihrer Forderung nach Kolonien für Polen in Afrika, in deren Gefolge die von der antisemitisch aufgerührten Gesellschaft („Nie kupuj u żyda“ = „Kaufe nicht bei Juden“) bereitwillig aufgegriffene Parole „Żydy na Madagaskar“ (abwertend: „Juden nach Mada-

gaskar“) überhaupt erst möglich wurde, gewann sofort öffentliche Akzeptanz. Kolonien für Polen, worüber im Völkerbund und auch bilateral mit den Kolonialländern verhandelt wurde, war ein Anspruch, der die „Mocarstwowość“-Vorstellungen in der Gesellschaft abrundete und aus dem begrenzten ostmitteleuropäischen Raum weit in die Welt hinaustrug. Er versetzte die polnische Öffentlichkeit in kritiklosen Eifer und eine stolzgeschwellte Begeisterung und half in der Weltwirtschaftskrise mit ihren politisch schwierigen sozialen Folgen die nationalpolnische Öffentlichkeit zeitweilig von ihrer Misere abzulenken. Utopischer Anspruch gewann, ergänzt durch psychopolitische Manipulationen der Regierung, über die geweckten Hoffnungen auf kolonialen Wohlstand und Weltbedeutung immer mehr eine nach innen konsolidierende nationale Bedeutung. Die Regierungspolitik geriet dadurch aber zunehmend in soziale und wirtschaftspolitische Abhängigkeiten.

In solchermassen beeinflussten politischen Strategien verschmolzen die Visionen von „Mocarstwowość“, „Międzymorze“ und „Federalizm“ zu einem Ganzen. In zeitlicher, territorialer und partnerschaftlicher Zuordnung wurden sie gedanklich auf Ungarn und das Kleine-Entente-Mitglied Rumänien ausgedehnt, auch um die Kleine Entente zu schwächen, die angeblich Polens Machtstellung bedrohe. Das alles kulminierte in der Vorstellung, in diesem Raum werde unter polnischer Führung gar ein „Drittes Europa“ als machtpolitisches Eigen-, aber auch Gegengewicht zu den übermächtigen Nachbarn im Westen und Osten, ja sogar gegenüber Frankreich und seinen Interessen etabliert werden können, eine Idee, die Polen eine Ausnahmeposition in Europa beschern sollte. Zuletzt erneuert wurde sie im Londoner Kriegsexil mit der Föderationsvereinbarung zwischen Polen und ausgerechnet der Tschechoslowakei, die Ende 1942 für die Nachkriegszeit getroffen wurde, sich aber bald am exilpolnisch-sowjetischen Gegensatz zerschlug.

In diesen Zusammenhang gehört ferner die von Polen begründete und getragene „Prometheus“-Befreiungsbewegung („Prometeizm“) für die vom sowjetrussischen Kommunismus versklavten Völker bis hin zum Kaukasus und sogar nach Sowjet-Zentralasien, wo die antisowjetische islamische Basmatschen-Partisanenbewegung unterstützt wurde, was in den Traditionen der Losung „Für eure und für unsere Freiheit“ gesehen wurde. Mit ihrem von Polen finanzierten und seinem Generalstab unterstehenden militärischen Zweig, der von über 100 „weißen“ Offizieren der beteiligten Völkerschaften befehligt wurde und mehrere Tausend freiwillige Kämpfer zählte³⁹, kam sie dem „Mo-

39) Die nichtpolnischen Freiheitskämpfer des „Prometeizm“ wurden vom polnischen Generalstab als dessen Agenten in die Sowjetunion eingeschleust; vgl. autorisierte, zur Veröffentlichung freigegebene Mitteilungen des Hauptmanns i.G. Roman Niezbrzycki (Wraga) vom Herbst 1965 in Stanford, Calif. Im Besitz des Vfs. – Wraga, wie er sich nach 1945 nur noch nannte, war als Offizier der Abteilung II im Generalstab für die Aufklärung in der Sowjetunion vor 1939 zuständig gewesen und 1965 in der Forschungsabteilung der Hoover-Institution tätig.

carstwowość“-Gedanken entgegen. Diese Freiheitsideologie mit ihrem Engagement hinderte Polen jedoch nicht, den Ukrainern im eigenen Staatsgebiet zur gleichen Zeit jegliche Selbstbestimmung zu verweigern und sie zu unterdrücken, mit Hilfe der Bodenreform von 1925 landlose Polen auf parzellierten ukrainischen Böden als Herrschaftsträger in Ostpolen in geschlossenen Dörfern anzusiedeln und seit Mitte der zwanziger Jahre gegen die sich dagegen und gegen anderes Unrecht auflehrenden Ukrainer mit gewalttätigen „Pazifikationsaktionen“, wie sie verharmlosend genannt wurden, vorzugehen, die in ihrem Verlauf einen konfessionell-missionierenden Charakter entwickelten, was mehr als 300 zerstörte orthodoxe und unierte Kirchen bezeugten – Widersprüche, die historisch-komparativ unter ethischen Gesichtspunkten bislang nicht betrachtet wurden. Durch die Ansiedlung, durch Enteignungen und Beschlagnahmen sollte die polnische Siedlungsgrenze gewaltsam nach Osten ausgedehnt werden⁴⁰. Die damit zusätzlich verschärften polnisch-ukrainischen Gegensätze, die in der Grundhaltung den Lemberger Diskussionen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts und dem polnisch-ukrainischen Krieg von 1918–1919 entsprachen, besaßen tragische Konsequenzen: Im Zweiten Weltkrieg führten sie zur Ausrottung der polnischen Wehrdörfer durch nationalistische ukrainische Partisanen, was dann 1947 durch die Aktion „Wisła“ („Weichsel“), die Vertreibung und zwangsmäßige Ansiedlung der ukrainischen Restbevölkerung Polens in den aufzusiedelnden Oder-Neiße-Gebieten, brutal vergolten wurde.

2. Die sozioökonomische Hypothek des 19. Jahrhunderts

Allein schon das sozioökonomische Erbe des 19. Jahrhunderts mit seinen krassen Disproportionen und der wirtschaftlichen Unterentwicklung hätte alle diese Ideen, Erwartungen und Ansprüche objektiv relativieren müssen. In Unterschätzung des Zusammenhangs zwischen Politik und Wirtschaft für die staatspolitische Handlungsfähigkeit und Bedeutung wurde dies nicht oder bestenfalls sehr ungern wahrgenommen. Der wirtschaftliche Unifizierungsprozeß wurde in seiner Problemfülle und Langwierigkeit grob unterschätzt. Bei seiner Bewältigung, die 1939 nach immerhin zwanzig Jahren in wichtigen Bereichen noch immer nicht abgeschlossen war, unterliefen viele Fehler. Die produktionswertmäßigen Unterschiede in einzelnen Wirtschafts- und Industrie-

40) James Barr, Rhys J. Davies: Report on the Polish Ukrainian Conflict in Eastern Galicia, London: House of Commons, 1931; Stephen Shumeyko: Ukrainian National Movement, New York 1939; Robert S. Sullivant: The Problem of Eastern Galicia. Polish Subject Collection. Hoover Institution on War, Revolution and Peace, Stanford University, Stanford, Calif.; besonders anschaulich sind die politischen Memoiren von Danylo Šumuk: *Perežyty i peredymane. Spogady i rozдумы ukrajins'kogo dissidenta-politbjaznja z rokov blukan'i i borot'by pid tr'oma okupacijami Ukrajiny (1921–1981)* [Erlebtes und Durchdachtes. Erzählungen und Betrachtungen eines ukrainischen Dissidenten-Politnarren aus den Jahren der Schmähungen und des Kampfes unter drei Okkupationen der Ukraine], Detroit 1983.

zweigen zu ihrer realen Leistungsfähigkeit im Jahre 1913, wie am deutlichsten in der Textilindustrie zu sehen, gingen auf Kriegszerstörungen, deutsche Demontagen und Rohstoffbeschlagnahmungen zurück sowie auf russische Industrieverlagerungen im Anfangsstadium des Krieges, dann aber auch auf Marktumorientierungen wegen der verlorenen russischen Märkte nach 1918, was kapitalintensive Qualitätsumstellungen der Produktion und des Maschinenparks erforderte. Der noch höhere relative Produktionswertrückgang war auf den außerordentlich hohen Bevölkerungszuwachs zurückzuführen⁴¹. Zu erwähnen ist auch die fehlerhafte Krisenbekämpfungspolitik während der Weltwirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre, die in Polen zu einer politisch bedrohlichen sozialen Deflation geführt hat⁴², welche die Regierung dann vor allem psychopolitisch durch Bedrohungsargumentationen und nationales Säbelrasseln zu beherrschen suchte, so daß Antriebe aus der sozialen und wirtschaftlichen Sphäre zunehmend die Politik Polens zu verwirren und zu radikalisieren begannen.

Bei wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Überlegungen fehlte Erfahrung, wobei der „polnische Stolz“ Hinweise, Urteile und Ratschläge von außen ablehnte und gegen sie argumentierte, denn im eigenen Hause kenne man sich selbst am besten aus, zudem könne es zu einer Überfremdung und zu einem

41) Das Ausmaß der Kriegsfolgen von 1914–1918 auf dem späteren polnischen Staatsgebiet ist nicht zuverlässig zu bestimmen. Ausgegangen wird von einem Rückgang des Produktionsvolumens auf 10 % der Vorkriegszeit, wobei 1918 in der Industrie und im produzierenden Gewerbe Kongreßpolens nur noch 15 % der Beschäftigten des Jahres 1913, das allerdings konjunkturell hervorragend war, in Arbeit waren. Die Rückgänge im ehemaligen preußischen Teilungsgebiet, das von Kriegshandlungen ebenso wenig wie von Demontagen auf Feindgebiet, wie z. B. die Region von Lodz, betroffen war, waren kaum nennenswert; auch im Wielkopolska- und in den oberschlesischen Aufständen kam es zu keinen Zerstörungen im Produktionsbereich. Besonders verheerend wirkten sich Zerstörungen im Verkehrswesen der später ost- und mittelpolnischen Landesteile aus (vgl. St. Koszutski: *Wojna europejska w życiu ekonomicznym Ziemi Polskiej* [Der europäische Krieg im Wirtschaftsleben der polnischen Gebiete], Warszawa 1925, S. 21 ff.; *Bilans gospodarczy dziesięciolecia Polski Odrodzonej* [Wirtschaftsbilanz des Dezenniums des wiedergeborenen Polen], praca zbiorowa pod red. Stefana J. Zaleskiego, Poznań 1929, 2 Bände, darin insbesondere die Beiträge von M. Kołtoński, M. Chorzewski und J. Dębicki). Überaus belastend für die soziale Situation der II. Republik war der Bevölkerungszuwachs zwischen 1921 und 1938 um 8 Millionen von 27 auf 35 Millionen Menschen, was statistisch die per-capita-Produktion und das per-capita-Sozialprodukt weit unter die Werte von 1913 drückte und damit die prekäre Situation Polens ganz besonders bloßlegte.

42) E. Lipiński: *Deflation als Mittel der Konjunkturpolitik in Polen* (Kieler Vorträge, 42), Jena 1936, S. 7 ff.; Andreas Predöhl: *Außenwirtschaft. Weltwirtschaft, Handelspolitik und Währungspolitik* (Grundriß der Sozialwissenschaft, 17), Göttingen 1949, S. 290 ff. – H. Laufenburger: *Methoden der Krisenabwehr und der Konjunkturpolitik in Frankreich* (Kieler Vorträge, 44), Jena 1936, führte die verdienstvolle Unterscheidung zwischen monetärer, wirtschaftlicher, finanzieller und sozialer Deflation ein, die für die Analyse der Entwicklung in Ostmitteleuropa und nicht nur in Polen besonders fruchtbar und anschaulich ist.

Ausverkauf Polens führen⁴³. So wurde erst verhältnismäßig spät erkannt, daß das Erbe des 19. Jahrhunderts ein in höherentwickelte A- und völlig zurückgebliebene B-Regionen aufgesplittertes Polen hinterlassen hatte, die eine regional differenzierte Agrar-, Industrie-, Gewerbe-, Verkehrs- und Standortpolitik erforderten⁴⁴. Wirtschaftlich und sozial war Polen auch noch am Vorabend des Zweiten Weltkrieges alles andere als homogen. Die auf offizieller Ebene erst in den dreißiger Jahren erkannte Bedeutung der regionalen Unterentwicklung für die politische Stabilität des Staates wurde trotz der zwischenzeitlichen, aber einseitigen, vorzugsweise in den bereits ohnehin besser entwickelten A-Teilen des Landes erreichten Aufbauleistungen wegen des bedrohlicher werdenden, durch nationale Partikularinteressen noch zugespitzten bäuerlichen Aufruhrs im östlichen und südöstlichen B-Landesteil, wo bis dahin so gut wie nichts wirtschaftlich geschehen war, politisch immer lastender und gefährlicher. Man setzte regierungsseits anfangs zwar auf das freie Spiel der Kräfte, doch bestand gerade hier, in Ostpolen, wenig Aussicht, entsprechende Kapitalrenditen zu erwirtschaften. Zwangsläufig kam es zu staatlichen Planungsüberlegungen, die sich wirtschaftspolitisch an den Mehrjahresplänen der Sowjetunion und Deutschlands orientierten⁴⁵. Sie machten dadurch die vorher

43) St. Zieliński: Bemerkungen zur wirtschaftlichen Lage der polnischen Gebiete, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, 27. Bd., H. 2, Jena 1928, S. 293. – Dabei handelt es sich um eine symptomatische Antwort des polnischen Generalkonsuls in Berlin auf einen Vortrag des Gesandtschaftsrates Dr. Paul Roth: „Die wirtschaftlichen Grundlagen Polens und die polnischen Außenhandelsbeziehungen“, der im „Weltwirtschaftlichen Archiv“, der Zeitschrift des international renommierten Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel, im April 1927 abgedruckt worden war (25. Bd., H. 2, S. 295 ff.).

44) „Codzienna Gazeta Handlowa“, Warszawa, Beilage vom November 1938: *Dwadzieścia lat pracy nad podniesieniem gospodarczym Polski* [Zwanzig Jahre Bemühungen um die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung Polens]; *Rocznik polityczny i gospodarczy 1937* [Politisches und wirtschaftliches Jahrbuch], Warszawa o. J. (1938); *Bilans polskiego etatyzmu* [Bilanz des polnischen Etatismus], in: *Przegląd gospodarczy* 20 (1939), S. 173 ff.

45) Im Dezember 1935 verabschiedete der Ministerrat einen Vier-Jahres-Investitionsplan, der am 1. Juli 1936 in Kraft trat. Er wurde nach drei Jahren vorfristig erfüllt. Seinen Erfolg stellte der französische Rüstungskredit von 1936 sicher, dessen erste Rate Anfang 1937 eingegangen war. Real wurden insgesamt 2,67 Milliarden Złoty aufgewendet (vgl. L. Wellisz: *Foreign Capital in Poland*, London 1938, S. 151 f.; E. Kwiatkowski: *O wielkość Rzeczypospolitej* [Es geht um die Größe der Republik], Warszawa 1938, S. 39 f.). Ergänzt wurde der zivile Vier-Jahres-Plan durch einen ursprünglich vierjährigen, dann auf sechs Jahre ausgeweiteten „Plan zur Modernisierung und zum Ausbau der Streitkräfte“, der Aufwendungen von 4,8 Milliarden Złoty vorsah, sie aber zu höchstens einem Drittel realisierte. Auch sein Volumen kam der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung Polens zugute (vgl. E. Kozłowski: *Wojsko polskie 1936–1939. Próba modernizacji i rozbudowy* [Das polnische Militär 1936–1939. Versuch einer Modernisierung und eines Ausbaus], Warszawa 1964, S. 39 ff.). Innerhalb von drei Jahren bis zum Kriegsausbruch wurde demnach die für Polen gewaltige Summe von rund 4,5 Milliarden Złoty investiert, was den längst fälligen Aufschwung der Wirtschaft einzuleiten begann.

regierungskritisch nur in der Presse schon sehr früh verwendete A- und B-Einteilung Polens offiziell, näherten Polen aber ordnungspolitisch seinen totalitären, wenngleich ideologisch verschiedenen Nachbarn an.

a) Polen A und B

Aus der Analyse der regionalen Ungleichheit wurden verbindliche Richtgrößen für eine innere ökonomische Aufwärtsentwicklung und eine regionale Angleichung mit Hilfe etatistischer Mehrjahresplanungen gewonnen, die jene wirtschaftliche und soziale Moderne, Reife und Leistungsfähigkeit bewirken sollten, die die bereits seit Anfang der Eigenstaatlichkeit beanspruchte politische Machtstellung hätten erst begründen, legitimieren und sicherstellen können. Wirtschafts- und eigentumspolitisch setzte man auf lenkenden Etatismus. Er bedingte eine Überführung von Industriebetrieben in Staatseigentum, was die Überwachung der Investitionen aus dem Staatshaushalt und der Subventionen erleichterte, aber eine gemäßigte Form der gelenkten Staatszentralwirtschaft begünstigte⁴⁶. Die Disproportionen zwischen äußerem Machtanspruch und staatspolitischem internationalen Ansehen und der realiter eher schwachen Position Polens im europäischen Kräftefeld wurzelten eindeutig im sozio-ökonomischen Bereich, auch wenn dies im Vorkriegspolen gegenüber der Öffentlichkeit nicht eingestanden, sondern selbstgefällig überspielt wurde. In der realen Entwicklungspolitik scheint man sich des wirtschaftlichen Mankos für die staatspolitische Geltung jedoch sukzessive bewußt geworden zu sein, was besonders für Eugeniusz Kwiatkowski gilt, der Ende 1935 Finanzminister und zuständig für die folgende Entwicklung werden sollte. Schon seit den zwanziger Jahren hatte er auf die verschiedenen Regierungen und deren bestimmende Persönlichkeiten, darunter auch auf Pilsudski, Einfluß zu nehmen gesucht, war allerdings bei ihrer wirtschaftlichen Fragen gegenüber eher nachlässigen, verständnislosen, sie auch politisch unterschätzenden Haltung nicht immer im Maße seiner Absichten erfolgreich gewesen, trotz des auf ihn zurückgehenden Ausbaus des Hafens von Gdingen und der an Danzig vorbeiführenden Kohlenmagistrale zum dortigen Schüttguthafen. Nun wurde der Staat schrittweise Miteigentümer am Produktionsvermögen, so daß ein steigender Teil des Bruttosozialprodukts im staatlichen Eigentumssektor aufgebracht wurde. In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre betrug der staatliche Eigentumsanteil im Hüttenwesen 55 %, in der chemischen Industrie 25 % und im Maschinenbau 30 %, abgesehen von den traditionellen Staatsmonopolen, wie Tabak- und Zi-

46) Mit dem Etatismus griff der Staat nach den Vorstellungen des Keynesianismus und dem Beispiel des Roosevelt'schen New Deal mit investiven Initialzündungen ein, um deren Akzelerationseffekt entwicklungspolitisch zu nutzen. So sehr Polen wirtschaftspolitisch mit seinem Festhalten an der Deflationspolitik der internationalen Entwicklung und theoretischen Einsicht hinterherhinkte, so modern handelte es mit der von Keynes' Theorie beeinflussten Investitionspolitik, die vom Finanzminister Eugeniusz Kwiatkowski vertreten wurde.

garetten-, Zündholz- und Alkoholproduktion sowie Salzförderung und Post und Eisenbahn⁴⁷.

Zu Polen-A wurde der im 19. Jahrhundert wirtschaftlich und infrastrukturell weit besser und ausgewogener entwickelte Teil Polens gezählt, der das gesamte ehemalige preußische Teilungsgebiet samt Ost-Oberschlesien einschloß, dazu einige Teile des vormaligen russischen Machtgebiets mit Lodz, Dąbrowa Górnicza am Rande Oberschlesiens und dem Industriezentrum von Białystok. Polen-A machte ungefähr ein Drittel des polnischen Staatsgebietes aus, war aber von 52 % der Gesamtbevölkerung bewohnt und erbrachte 92 % des gesamten industriellen Produktionswerts Polens⁴⁸. Darin wird die Bedeutung insbesondere der entwicklungspolitischen und wirtschaftlichen Leistung Preußens im 18. und 19. Jahrhundert für das moderne Polen nach 1918 sichtbar, daneben aber auch die wirtschaftliche Bedeutung der Deutschen in Mittelpolen, besonders in der Lodzer Region, und der Juden im Białystoker Gebiet.

Als Polen-B verblieb das arme, agrarwirtschaftlich zurückgebliebene und überbevölkerte, durch Erbteilungen bis zur Unwirtschaftlichkeit zerstückelte und industriell völlig unterentwickelte, gewerblich unzulänglich erschlossene, von Brachen, Sumpfgebieten und bäuerlicher Unruhe gezeichnete, im tiefen 18. Jahrhundert steckengebliebene östliche russische und – bis auf einige leistungsfähigere westliche Zentren, wie Krakau, Wieliczka und Bielitz mit seiner Tuchindustrie – auch das ähnliche österreichische Teilungsgebiet. Polen-B wurde zudem durch den hohen, wenngleich territorial schwankenden Anteil ukrainischer, weißrussischer und litauischer einheimischer Bevölkerung vornehmlich auf dem flachen Lande sowie durch relativ homogene, verstreute Siedlungsgebiete von Deutschen in Mittelgalizien und Wolhynien sowie eine gebietsmäßig geschlossene jüdische Bevölkerung, auch in typischen Kleinstädten, gekennzeichnet. Ethnisch konnte es daher nur bedingt als „polnisch“ gelten, was die erheblichen politischen und sozialen Unruhen in Teilen des sich besonders aus nationalen Gründen wirtschaftlich benachteiligt fühlenden Polen-B besser erklärt, die deutlich an die Bauernrebellion von 1846 anknüpften und Polen von innen politisch bedrohten. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklungsstrategie Polens war nationalpolnisch orientiert. In der Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg sollte sich das trotz einzelner Ansätze nicht wesentlich ändern. Ihren Höhepunkt fand sie im begonnenen Aufbau des Zentralen Industrierevierts (COP = „Centralny Okręg Przemysłowy“) im San-Weichsel-

47) I. Bernadzikiewicz: *Koncern państwowy w Polsce* [Der Staatskonzern in Polen], Warszawa 1938, S. 16ff.; Paweł Zaremba: *Historia dwudziestolecia (1918–1939)* [Die Geschichte der zwanzig Jahre], Paryż 1981, Bd. 2, S. 241. – Die Vorkriegsentwicklung begünstigte strukturell und konzeptionell die Staatszentralwirtschaft Polens nach 1945 und nahm sie psychopolitisch und entscheidungsprozessual schon in den Jahren vor 1939 teilweise vorweg. Übrigens gingen die wirtschaftspolitischen Überlegungen in Londoner Exilkreisen für die Nachkriegszeit auch in diese Richtung. Bisher blieben diese Zusammenhänge unbeachtet.

48) Zaremba (wie Anm. 47), S. 236.

Dreieck Mitte der dreißiger Jahre, das in einem der armen Teile des polnischen Siedlungsgebietes innerhalb von Polen-B lokalisiert wurde, was allerdings standortökonomisch gerechtfertigt war, sollten doch die auszubauende Weichsel als Wasserstraße und die Erdgasvorkommen am Fuße der Karpaten südlich davon (Jasło, Krosno, Sanok) eine Rolle spielen.

b) Wirtschaftsplanung und Modernisierung: COP

Trotz der schwerindustriellen Ausrichtung des mit Hilfe des französischen Rüstungskredits von 1936 begonnenen und darauf sich stützenden COP-Aufbaus war dieser vornehmlich „zivil“ orientiert, obwohl eine solche produktionstechnische Ausrichtung immer und überall auch rüstungswirtschaftlich zu nutzen ist und zu einer solchen, auch noch aus außen- und innenpolitischen Gründen zweckdienlich lancierten Deutung als strategisch sicheres Rüstungszentrum führte⁴⁹. Das geschah aber besonders, um angesichts der Kapitalarmut den zweckgebundenen französischen Rüstungskredit nicht zweckentfremdet erscheinen zu lassen und ihn in einer sozial schwierigen Zeit nicht zu gefährden. Das Zentrale Industrieviertel besaß essentiell jedoch einen ökonomischen nichtmilitärischen Kern. Die einseitigen Deutungen, die sich bis heute unbesehen halten, wurden schon damals in Polen insbesondere durch Melchior Wańkowicz in seinem populären Buch „Na tropach Smętka“ („Auf den Spuren des [Wassergeistes] Smętka“) überzeugend in Frage gestellt, das mit Hinweis auf staatspolitische Interessen offiziellen Widerspruch erfuhr. Die militärisch-sicherheitspolitischen Standortbehauptungen wurden schließlich viel später Gegenstand seriöser Wirtschaftsanalysen außerhalb Polens⁵⁰ sowie von

49) P. Bodte: Die wehrwirtschaftliche Industrieplanung in Polen, in: Osteuropa 13 (1938), S. 165–179; C.O.P. Das zentrale polnische Industrieviertel (Ostland-Schriften, 10), Danzig 1938; A. H. Elze: Voraussetzungen der polnischen Aufrüstung, in: Der Vierjahresplan, Berlin 1938, Nr. 6, S. 347ff.; C. Poralla: Ein Fünfzehnjahresplan zur wirtschaftlichen und kulturellen Hebung, in: Jomsburg 3 (1939), S. 1–23, hier S. 2ff. – Poralla überdachte seine Meinung aus dem Jahre 1939 später nicht, obwohl in der wissenschaftlichen Literatur hierfür Ansätze gegeben waren; s. sein Beitrag in: Osteuropa-Handbuch: Polen, Köln, Graz 1959, S. 69–97, hier S. 71ff. Auch polnische Autoren machten sich nicht die Mühe, die Wirtschaftlichkeit des COP-Standortes nachzurechnen. Das kann allerdings auch durch die geforderte Parteilichkeit der Geschichtsschreibung bedingt gewesen sein, denn es hätte überhaupt nicht in die sonstige Sicht auf das kapitalistische Polen und seine Entwicklung gepaßt (vgl. M. Drozdowski: Geneza i rozwój Centralnego Okręgu Przemysłowego [Entstehung und Entwicklung des Zentralen Industrieviertels], in: Najnowsze Dzieje Polski 1914–1939, Warszawa 1959, Nr. 2, S. 35–73). Überraschend ist dann allerdings, daß Drozdowski an seiner Ansicht noch immer festhält (vgl. Legenda COP-u: lokomotywa czy zepsuty wagon. W poszukiwaniu nadziei [Die Legende des COP: Lokomotive oder kaputter Waggon. Die Suche nach der Hoffnung], z historykiem prof. Marianem Markiem Drozdowskim rozmawia Jacek Bołdok, in: Polityka, Warszawa, 1. 10. 1994).

50) Alfons Ehlert: Die Industrialisierung Polens zwischen den Weltkriegen unter besonderer Berücksichtigung der neuen Standorte. Staatswiss. Diss. der Universität Kiel, Kiel 1954, insbesondere deren dritter Teil, der unter Anleitung des Standorttheoretikers Andreas Predöhl geschrieben wurde: „Das Standortproblem der polnischen

Berechnungen auf der Basis der industriellen Standorttheorie mit gegeneinander zu substituierenden Grenzproduktivitäten und Transportkosten (A. Lösch, A. Predöhl)⁵¹. Daraus ergibt sich eindeutig, daß der COP-Standort ökonomisch optimal gewählt, sicherheitspolitisch-militärisch aber schon bei der damaligen Kriegstechnologie keineswegs, wie behauptet, unverwundbar war, was Wańkiewicz bereits 1936 dargelegt hatte. Stattdessen eignete er sich für den zweiten Schritt, der Polen ökonomisch und innenpolitisch stabilisieren und fortentwickeln sollte, eben für die wirtschaftliche Entwicklung der östlichen Landesteile, weitaus am besten. Mit dem Produktionsstandort COP hätte die für die agrotechnische Modernisierung des zurückgebliebenen Ostpolen notwendigerweise ausgeglichene Preis-Absatz-Relation zwischen Eisenprodukt- und Agrarpreisen bis zur Ostgrenze Polens ausgedehnt werden können, was aus dem peripheren Standort Ost-Oberschlesien kostenmäßig nicht zu verwirklichen war, die Verwendung moderner Gerätschaften aber möglich gemacht hätte.

Mit dem COP war demnach geplant, die kostenmäßig tragbar gemachte effektive Nachfrage nach Eisengerätschaften für die Intensivierung der Landwirtschaft bis an die Ostgrenze auszudehnen. In diesem Rahmen sollte punktuell auch eine Flugzeugbau- und Motorenindustrie aufgebaut werden, hatten doch die RWD-9-Maschinen und Segelflugzeug-Modelle international beachtete Erfolge errungen, in deren Gefolge eine steigende internationale Nachfrage aufgekommen war. Zentrum dafür sollte die Region um Lublin sein. Bei alledem wurde allerneueste, maßstabsetzende Technologie vorgesehen, wie die Nutzung der Erdgaslagerstätten für die Stahl- und Eisenschmelze. Nachdruck wurde ferner auf die Entwicklung der zivilen Maschinenbau-, der elektrotechnischen und der chemischen Industrie sowie der Buntmetallindustrie gelegt, obwohl noch 1938 eine Geschützproduktion im neuen Schwerindustriezentrum Stalowa Wola („Stählerner Wille“) aufgenommen wurde. Der mit dem COP eingeleitete Aufbau sollte jenseits von Weichsel, Bug und San innenpolitische Früchte tragen. Bei einer Steigerung der gut entwickelten genossenschaftlichen Vermarktung der ukrainischen Agrarprodukte konnte er zu einem über die eher vorsichtigen Planungen hinausgehenden Akzelerationseffekt führen, der die wirtschaftliche Entwicklung noch steigerungsfähiger scheinen ließ. Politisches Ergebnis sollte jedenfalls sein, mit Hilfe und auf der Grundlage des COP auch der bäuerlichen Unruhen, die 1937 zu politisch ge-

Industrialisierung“ (S. 181–228). Die Berechnungen Ehlerts sind zwar in Teilen korrekturbedürftig, weil sie eine Reihe von beeinträchtigenden Kostenfaktoren nicht berücksichtigen. Doch wird die Grundtendenz seiner standortpolitischen Aussage davon nicht berührt.

51) Georg W. Strobelt: Die Rolle der Rüstungsindustrie in Polen vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, in: *Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, hrsg. von Friedrich Forstmeier und Hans-Erich Volkmann, Düsseldorf 1975, S. 364–387, hier S. 385ff.; ferner ders.: Die Industrialisierung Polens am Vorabend des Zweiten Weltkrieges zwischen Innen- und Wehrpolitik, in: *ZfO* 24 (1975), S. 221–271.

fährlicher Intensität angewachsen waren, über die Schaffung industrieller Arbeitsplätze Herr zu werden und das befriedete Polen-B in die wirtschaftliche Entwicklung des Landes mit einem durch die Steigerung der Binnennachfrage in diesem Landesteil mitbewirkten allgemeinen Leistungs- und Modernisierungseffekt einzubinden und es auch mit seinen Ressourcen ganz zu erschließen. Hierzu zählten die Erdölförderung um Stanisławów und die Kohlelagerstätten um Włodzimierz Wołyński, die damals exploriert worden sind, aber 1952 grenzberichtigend im Tausch gegen wertloses Gebiet in den Karpaten an die Sowjetunion abgetreten werden mußten, wo sie seitdem zu einem peripheren, jetzt ukrainischen Kohlerevier ausgebaut wurden und im Sinne der früheren polnischen Planungen zur Industrialisierung der Westukraine beitrugen.

Die Heranführung Polens an den durchschnittlichen ökonomischen Leistungsstandard Europas wurde günstigenfalls erst für die Mitte der fünfziger Jahre mit dem Zeitpunkt des Auslaufens des an die vorfristig erfüllten Vierjahresplanungen angeschlossenen Fünfzehnjahresplans von 1939 prognostiziert. Darin zeigt sich auffällig kraß die Tiefe und die Tragweite der realen Belastungen aus der Unfreiheit des 19. Jahrhunderts für das neue Polen nach 1918⁵². Gegenüber einer freizügigen, allein auf Gewinnmaximierung ausgelegten freien Marktwirtschaft wurden alle Entwicklungsplanungen durch den gewählten Etatismus zwar erleichtert, andererseits aber das an sich unverwandt als gültig ausgegebene marktwirtschaftliche Prinzip unterlaufen und damit ordnungspolitisch erheblich relativiert⁵³, wie überhaupt viele der politischen und sozio-ökonomischen Bemühungen in ähnliche ambivalente Spannungsverhältnisse eingelagert waren, die für die polnische Entwicklung nach 1918 signifikant wurden.

3. Widerspruch von Politik und Wirtschaft – von Mythos und Realität:

Fragen an die Gesinnungs- und Verantwortungsethik

a) Innenpolitik und gesellschaftliches Verhalten

Obwohl Polen-A Vergleiche mit westeuropäischen sozioökonomischen Verhältnissen, wenn auch regional und sachlich abgestuft, bestehen konnte, so

52) Ende 1938 betrug der Produktionsrückstand im Vergleich zu 1913 im späteren Staatsgebiet Polens immer noch 22 % bei der Textilindustrie, 7 % bei der Steinkohleförderung, 16 % bei der Roheisen- und 14 % bei der Stahlproduktion sowie 14 % bei Walzwerkerzeugnissen (errechnet auf Grund von: *Rocznik statystyczny Królestwa Polskiego za rok 1914*, pod red. Władysława Grabskiego, Warszawa o.J.; Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat, hrsg. vom Königlich Preußischen Statistischen Landesamt, Berlin 1915; *Annuaire statistique de la République Polonaise 1938*, Główny Urząd Statystyczny R.P., Warszawa o.J.; *Konjunktura gospodarcza Polski w liczbach i wykresach w latach 1928–1938* [Die Wirtschaftskonjunktur Polens in Zahlen und Schaubildern in den Jahren 1928–1938], Wyd. Instytut Badania Konjunktur Gospodarczych i Cen pod red. Edwarda Lipińskiego, Warszawa 1939, Sonderheft 12, Jg. 7).

53) *Bilans polskiego etatyzmu* (wie Anm. 44).

wurde Polen insgesamt wegen seiner Belastungen mit der B-Region von der in den dreißiger Jahren aufgekommenen analytischen Lehre des komparativen wirtschaftlichen und sozialen Wachstums- und Entwicklungsstandes und seiner politischen Bedeutung (John H. Condliffe, Colin Clark) als eines der in Europa rückständigen und dementsprechend politisch wenig bedeutsamen, schwachen und minder leistungsfähigen Länder, als eine „backward area“, eingestuft. In Polen wurde dies in grundloser Überheblichkeit nicht zur Kenntnis genommen, obwohl mit dieser Einstufung international auf die zentrale staatspolitische Bedeutung der aus dem fehlenden 19. Jahrhundert ererbten wirtschaftlichen Zerrissenheit des Staates verwiesen wurde, was argumentativ eigentlich in die polnischen Klagen hätte passen müssen. Die solchermaßen unter sozioökonomischen Gesichtspunkten erfolgte externe allgemeinpolitische Einschätzung Polens stand in krassem Gegensatz zur politischen Selbsteinschätzung und dem daraus abgeleiteten säbelrasselnden Anspruch in Ostmitteleuropa. Dieser Widerspruch zwischen objektiver und subjektiver Sicht, zwischen Politik und Wirtschaft und deren Interdependenzen, war gegen Mitte der dreißiger Jahre in Polen nicht mehr vermittelbar. Seine Geltendmachung wurde als eine Polen gegenüber unfreundliche Haltung angesehen, selbst wenn sie aus dem Munde eigener Oppositionspolitiker und bedeutender, kluger und angesehener Publizisten kam – und es gab eine ganze Reihe von ihnen, wie Władysław Studnicki, Wańkowicz oder den visionären Stanisław Cat-Mackiewicz, der deswegen hat im Internierungslager Bereza einsitzen müssen.

Im Gegenteil, bereits zu Anfang der dreißiger Jahre gab es gegenüber Deutschland Präventivkriegsdrohungen, die von Ausschreitungen gegenüber der deutschen Minderheit begleitet waren. Später wurde Litauen mit einem Ultimatum zur Aufnahme der wegen seiner Vergewaltigung durch Polen 1920 ausgebliebenen diplomatischen Beziehungen und zur Anerkennung der polnischen Annexion des Wilna-Gebietes gezwungen; zu diesem Zwecke ging man noch viel weiter, wofür die Öffentlichkeit von den eigenen Herrschaftsträgern übel manipuliert wurde. In Großdemonstrationen quer durchs Land, um das Regierungshandeln und dessen militärische Drohgebärden als trotz des sehr viel weiter gehenden Drucks der aufgebrachtten Öffentlichkeit vergleichsweise zahm und gemäßigt erscheinen zu lassen, wurden von der Regierung nahestehenden Kräften lauthals Parolen von einem „Marsch nach Memel“ („Marsz na Kłajpedę“) und einem „Marsch nach Kaunas“ („Marsz na Kowno“) verbreitet, deren Einverleibung zwangsläufig zu einer völligen Auslöschung Rest-Litauens hätte führen müssen. Durch die Bekundung seines Desinteresses an Memel gegenüber Polen trug Hitler dazu bei, daß Polen in dieses Abenteuer schlidderte⁵⁴. Dieses „imperiale“ „Wielka Polska“-Handeln wurde mit der Einverleibung des Olsa-Gebietes, ebenfalls nach einem Ultimatum an Prag,

54) Fragmenty pamiętników min. S z e m b e k a [Erinnerungsfragmente von Minister Szembek], in: Kultura, Paryż 1952, Nr. 6, S. 68.

noch konsequenter, dazu bedenkenlos mit Berufung auf die akzeptierte Machtpolitik Hitlers, die sich bald gegen Polen wenden sollte, durchgesetzt. Es war ein „imperiales“ Geschehen, das das „stolze polnische Jahr“ 1938 bestimmte. In der nationalen Gesellschaft wurde 1938 zu einem Jahr sich überschlagender nationaler Selbstüberschätzung, im Regierungsbereich zu einem Jahr selbstbestätigender erfolgreicher Machtpolitik. Das Jahr 1938 gaukelte vor, Polen sei zu einer europäischen Macht herangereift, mit der man international rechnen müsse: Nach einem demütigenden 19. Jahrhundert habe man die nationale Würde wieder und sei als Pole jemand geworden, der sich nichts mehr zu gefallen lassen brauche.

Aus alledem ergibt sich folgerichtig: Einerseits waren die Ausmaße der sozioökonomischen Vernachlässigungen der ehemals russischen und österreichischen B-Gebiete Polens während des 19. Jahrhunderts so groß und belastend sowie soziopolitisch nachteilig, daß sie das Selbstverständnis von der eigenen staatlichen Selbständigkeit in internationaler Sicht in Frage zu ziehen vermochten, ohne daß man bereit war, dies differenziert wahrzunehmen und zu reflektieren; andererseits waren die Folgen des aus dem 19. Jahrhundert ungebrochen fortwirkenden, psychopolitisch vereinseitigten, überheblichen und unkritischen Denkens für die politische Kultur und für die Wirklichkeit Polens signifikant, mit ihrer Intoleranz gegen die andersnationalen Mitbürger, die immerhin rund 38 % der Gesamtbevölkerung ausmachten, innenpolitisch dazu äußerst belastend. In diesen Verhältnissen, einerseits der Hochstimmung und nationalen Selbstüberschätzung und andererseits der realen Belastungen unterschiedlichster Art mit zusätzlichen elementaren psychokulturellen Gegensätzen in der Gesellschaft, war politisch ausgewogenes Handeln kaum noch möglich. Die eigene fragile Position wurde allseits verkannt. Mit psychologischer Zwangsläufigkeit begannen dadurch spätestens seit Mitte der dreißiger Jahre leichtfertige Anmaßung, Rücksichtslosigkeit und Dreistigkeit die Politik nach innen und außen im angeblich höheren nationalen Interesse zu regieren, ohne daß sie als solche von der Gesellschaft erkannt, sondern vielmehr als ein zutiefst patriotisches Handeln und nationalpolitisch stolzes, würdiges Verhalten unangefochten positiv für sich reklamiert wurden, was wiederum das weitere Verhalten der nationalpolnischen Gesellschaft, deren Denken und deren politische Dispositionen beeinflusste. Diese spezifische psychopolitische gesellschaftlich-gouvernementale Interdependenz schaukelte sich schon seit den ausgehenden zwanziger Jahren der Piłsudski-Herrschaft sukzessive auf und kulminierte 1938, nach innen insbesondere gegen andersnationale Mitbürger gerichtet, wobei jetzt die Juden, denen Mitschuld an den Teilungen und an der Rückständigkeit Polens entgegen allen wirtschaftspolitischen Analysen angelastet wurde, durch administrative Einschränkungen und zahlreiche Berufs- und Organisationsverbote in einer zunehmend antisemitischen, von schlimmen, blutigen Pogromen bestimmten Atmosphäre am stärksten betroffen waren, wobei das offizielle Polen international auch noch darüber

verhandelte, Juden aus Polen zu extradieren⁵⁵. Mit diesem Hintergedanken wurden dann sogar die radikalen Zionisten Vladimir Jabotinskys, die „Irgun“, gegen die Interessen des verbündeten England im Nahen Osten geheim mit Geld für Waffenkäufe und durch die Ausbildung zionistischer „Irgun“-Freiheitskämpfer auf polnischen Truppenübungsplätzen unterstützt⁵⁶. Mit solchen ethisch zweideutigen Mitteln und Bemühungen der nationalpatriotischen Herrschaftsstrategie wurden in den polnisch-national besiedelten Gebieten die negativen sozial-deflationären Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in der Arbeiterschaft, weniger in der Landbevölkerung, die von der Deflation stärker getroffen worden war, überdeckt, national verlagert und politisch minimiert, so daß sie ihren Nebenzweck erfüllten. Bezeichnend für die gesellschaftliche Stimmung war, daß sogar die in den krisenhaften Jahren der Weltwirtschaftskrise an Einfluß in der Arbeiterschaft – allerdings begrenzt – hinzugewinnenden Kommunisten auf nationale Losungen zurückgriffen und schon Piłsudskis Staatsstreich von 1926 unterstützt hatten, lange bevor 1936 die Komintern die Volksfronttaktik beschloß.

Seit Anfang an war die politische Atmosphäre Polens von einem in das ausgehende 18. Jahrhundert zurückreichenden Legionärs-Heldenkult gekennzeichnet, der sich in vielbeachteten, politische Ziele und persönliche Ansprüche artikulierenden Jahrestreffen der Kombattantenorganisation der Piłsudski-Legionäre „Związek Legionistów Polskich“ („Verband der polnischen Legionäre“) immer wieder selbst neu bestätigte. Zusammen mit dem „Związek Peowia-ków“, einem Verband der früheren POW-Mitglieder („Polska Organizacja Wojskowa“ = „Polnische Militärorganisation“: 1914 entstandene militärische Ausbildungsorganisation, die seit 1917 in der Illegalität von Rydz-Śmigły ge-

55) Vgl. hierzu Paweł Korzec: Juifs en Pologne. La question juive pendant l'entre-deux-guerres, Paris 1980, S. 256ff.; A. Tartakower: Emigracja żydowska z Polski [Jüdische Emigration aus Polen], Warszawa 1939; W. Alter: Cu der Jiden-frage in Pojln, Warsche (Warszawa) 1937; Georg W. Strobel: Das polnisch-jüdische Verhältnis. Die Juden, der polnische Staat und die polnische Öffentlichkeit bis 1945 (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 52), Köln 1968. – Die Gewalt und das Grauen der Pogrome verfolgten den Angehörigen der Warschauer „Skamander“-Dichtergruppe Julian Tuwim, einen Juden aus dem Lodzer Bürgertum, bis nach Amerika in die Exilerinnerungen des Zweiten Weltkrieges, so daß er sie nach polnischer Tradition in seinem ergreifenden, heimwehkranken Emigrationspoem „Kwiaty polskie“ [„Polnische Blumen“] verewigte und auf diese Weise den gewalttätigen Antisemitismus der polnischen Gesellschaft als Sujet in die polnische Literatur einbrachte: „Gdy bili Żydów z tej tężyzny / tak bili rozjuszeni chwaci / że większy wstyd był za Ojczyznę / niż litość dla mych bitych braci“ [„Als die rabiaten Teufelskerle im Bewußtsein ihrer Stärke Juden schlugen, prügeln sie dermaßen, daß die Scham für das Vaterland größer als das Mitleid mit den zugerichteten Brüdern war“].

56) Wiktor Tomir Drymmer: Zagadnienie żydowskie w Polsce 1935–1939 [Das jüdische Problem in Polen 1935–1939], in: Zeszyty historyczne, Paryż 1968, Nr. 13, S. 55–77, hier S. 72. – Drymmer war als Direktor der Konsularabteilung des Warschauer Außenministeriums zuständig für die Zusammenarbeit mit den zionistischen Organisationen, u. a. mit Jabotinsky.

führt wurde und im November 1918 den Hauptanteil an der Entwaffnung der deutschen Truppen in Kongreßpolen hatte), gab sie in der 600 000 Mitglieder zählenden, seit 1928 aus 34 Einzelverbänden bestehenden, damals zahlenmäßig größten politischen Organisation Polens „Federacja Polskich Związków Obrońców Ojczyzny“ („Föderation der polnischen Vaterlandsverteidiger-Organisationen“) unangefochten den Ton an, richtete sie politisch aus und disziplinierte sie⁵⁷. Zumindest seit dem Staatsstreich Piłsudskis 1926 bedeutete, Legionär gewesen zu sein, ein „Legun“, wie man sich volkstümlich nannte, Vorrechte in Staat und Gesellschaft zu besitzen.

Der bei solchem Hintergrund zweckdienlich geförderte Militär- und Offizierskult, rekrutierte sich doch das Offizierskorps in überragendem Maße aus ehemaligen Legionären, führte seit Anfang der dreißiger Jahre zu einer unangefochtenen Dominanz von Militärs in der zivilen Verwaltung auf der höheren Ebene der Wojewoden, Bürgermeister und Leiter zentraler Ämter und staatlicher Anstalten, aber auch in der Industrie. Diese Erscheinung wurde kritisch aber zutreffend als eine Militarisierung des Staates auf allen seinen Ebenen bezeichnet, dazu als „Obersten-Regime“ oder „Obersten-Clique“ apostrophiert. Unterstützt wurde dies außer von den föderativ vereinigten Kombattantenverbänden von den verschiedenen nationalistisch-aktivistischen Organisationen, wie der Grenzverteidigungsorganisation „Związek Obrońców Kresów Zachodnich“ mit ihren jährlichen, große meinungsbildende Bedeutung besitzenden, jeweils verschieden thematisierten Aktions-„Wochen“⁵⁸, die sich 1934 in „Polski Związek Zachodni“ (PZZ = „Polnischer West-Verband“) umbenannte und seit Mitte der zwanziger Jahre eine polnische Westgrenze anmahnte, die mit der westslawischen Siedlungsgrenze an Elbe und Saale übereinstimmte, sowie Jugendorganisationen, wie „Strzelec“ („Schütze“) (1910) und „Sokół“ („Falke“) (seit 1867 im österreichischen, 1884 im preußischen Gebiet) und der Pfadfinder-Organisation ZHP („Związek Harcerstwa Polskiego“, 1918 gegründet, aber auf die 1910 entstandene aktivistisch-nationale Jugendorganisation

57) Der „Föderation“ gehörten für die polnischen Verhältnisse so bezeichnende Verbände wie „Związek Powstańców i Wojaków“ [„Verband der Aufständischen und der Krieger“], „Związek Powstańców Śląskich“ [„Verband der /ober-/schlesischen Aufständischen“] und „Związek Powstańców Wielkopolskich“ [„Verband der Wielkopolska-Aufständischen“] an.

58) Am 27. Juli 1930 wurde auf einer Massendemonstration des ZOKZ in Puck eine Resolution verabschiedet, in der zu lesen ist: „Wir verlangen eine Ausdehnung des polnischen Küstengebietes, und wir werden so lange danach rufen und es verlangen, bis die polnische Fahne wieder in Danzig, über Ermland und Masuren und fern an der Elbe, zumindest aber in Stolp wehen wird“. Archiwum Wojewódzkie w Poznaniu: PZZ, Nr. 352, S. 30, zit. nach: Marian Mroczko: Polska myśl zachodnia wobec rewizjonizmu niemieckiego (1918–1939) [Der polnische Westgedanke und der deutsche Revisionismus], in: Niemcy wobec konfliktu narodowościowego na Górnym Śląsku po I wojnie światowej [Deutschland angesichts des Minderheitenkonflikts in Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg], pod red. Andrzeja Szefera (Instytut Zachodni), Poznań 1988, S. 110–121, hier S. 111.

Andrzej Małkowskis zurückgehend), sowie den neuen paramilitärischen und Wehrrertüchtigungsorganisationen der Jugend, wie PW („Przysposobienie Wojskowe“ = „Militärische Vorbereitung“) für die Gymnasialjugend, nach deren Durchlaufen sie mit dem Abitur bereits im Fähnrichsrank in die Armee einrückte, oder „Hufiec Junacki“ („Draufgängerschlar“: arbeitsdienstähnliche Organisation vornehmlich arbeitsloser Jugendlicher). Alle diese Organisationen, von denen nur die für die gesellschaftliche Militarisation markanteren genannt sind, hatten eigene militärähnliche, khakifarbene Uniformen, Rangabzeichen und Auszeichnungen, die im patriotischen Überschwang stolz auch an Zivilkleidern getragen wurden. Auf diese Weise wurde seit Mitte der dreißiger Jahre auch eine erhebliche Uniformierung in der Gesellschaft erreicht, die an nationalen Gedenk- wie an kirchlichen Feiertagen und bei Prozessionen das Straßenbild bestimmte und national emotionalisierte. Stets nahmen daran ganze Militäreinheiten oder zumindest Fahnenabordnungen teil. Militärparaden zu jedem nur denkbaren Anlaß häuften sich. Alles unterstrich die Einheit von Gesellschaft und Kirche mit der Armee, mit unseren „Jungen, so schön wie gemalt“ („Chłopcy malowani“), wie es in einem beliebten Soldatenlied hieß. Die meisten der Organisationen besaßen eine eigene Presse, die den Militärkult und die Militarisation förderte, die ebenso von den anderen Medien, von Rundfunk und Kino-Wochenschauen, eindringlich propagiert und gepflegt wurden⁵⁹.

Bezeichnend für die Manipulierung der gesellschaftlichen Stimmung und Haltung ist, daß die Regierung in der sozial desolaten Situation der Jahre der Weltwirtschaftskrise immer häufiger von einer notwendigen, national mobilisierenden „Verteidigung Polens“ nach außen wie innen sprach. Besonders tat sich hierbei Edward Rydz-Śmigły hervor, seit 1921 Generalinspekteur des Heeres, der als Nachfolger Piłsudskis Ende 1936 zum Marschall ernannt und in einer militarisierten Umwelt zur zentralen Führungsfigur im Staate trotz des Präsidenten Ignacy Mościcki wurde. Schon über Jahre hatte sich Rydz-Śmigły als Mahner der Gesellschaft profiliert, die besonders die von der Weimarer Republik in Frage gestellte Westgrenze und die dadurch bedrohte Freiheit Polens wehrhaft verteidigen müsse, die freilich auch im Inneren Feinde besitze, die er in der sozialistischen Arbeiterbewegung und in den Minderheiten ortete. Sie nutzten eine den Staat innenpolitisch gefährdende soziale Situation, die daher „besiegt“ werden müsse. In seinen Aufrufen und Reden verschwamm alles konturlos ineinander. Auf dem Legionärstreffen Ende Mai 1936 stellte er als Nachfolger Piłsudskis die Gesellschaft vor die Alternative, es gebe bei der Verteidigung Polens numehr „keine Wahl mehr, entweder du

59) Teresa Kulak: Treści i funkcje propagandowe polskich filmów dokumentalnych z lat 1926–1939 [Inhalte und Propagandafunktionen polnischer Dokumentarfilme aus den Jahren 1926–1939], in: *Dzieje Najnowsze* 13 (1981), Nr. 3, S. 115–137.

stellst dich Schulter an Schulter mit uns in eine Reihe wie ein Bruder oder du kannst nicht länger unser Bruder sein“⁶⁰.

Rydz-Śmigły aktivierte damit ein tiefsitzendes tradiertes Bedrohungssyndrom der Nation, das, weil von einem Militär vorgebracht, der dazu als Held des Befreiungskampfes, bewährter Legionärsgefährte und auch noch Nachfolger Piłsudskis, der schon seit Jahren die „West-Bedrohung“ Polens in den Vordergrund gerückt hatte, meistens militärisch-außenpolitisch verstanden und mit dieser Zielrichtung ebenso von der Presse interpretiert wurde. Zudem wurde Rydz-Śmigły von der emotionalisierten Gesellschaft weithin als Personifizierung des heroischen polnischen Soldatentums akzeptiert, eine Aura, die zielstrebig aufgebaut und gepflegt wurde. Das wurde besonders im Februar 1937 genutzt, als Oberst Adam Koc, der 1936 bereits die Führung des „Związek Legionistów Polskich“ übernommen hatte, den OZN (gesprochen: Ozon – „Obóz Zjednoczenia Narodowego“ = „Lager der nationalen Einheit“) gründete, der unter Kontrolle Rydz-Śmigłys stehend Kontakte zur faschistischen „Falanga“ nach deren Legalisierung aufnahm. Der OZN trug mit seiner militärischen Organisations- und Befehlsstruktur als Rydz-Śmigły ergebene und stützende nationale Sammlungsbewegung, die bereits nach einer Woche rund 2 Millionen Mitglieder zählte, noch weiter zur Stärkung des Militärkults und zur Militarisierung der Gesellschaft bei, die fortan kräftig vorangetrieben wurden, weil sie zusammen mit der Bekämpfung der nun ausgemachten „nationalfeindlichen internationalistischen“ sozialistischen Opposition dessen erklärtes Ziel waren. Von Anfang an setzte der OZN auch antisemitische Akzente. Mit ihm stärkte Rydz-Śmigły seine in Widerspruch zur Verfassung stehende Führungsposition im Staate weiter, einer Verfassung, die im April 1935 („Konstytucja kwietniowa“ = „April-Verfassung“) die demokratische Verfassung vom März 1921, die „Märzverfassung“ („Konstytucja marcowa“), abgelöst und ohnehin schon einen zentralistischen Präsidialstaat konzipiert hatte, der nunmehr militärisch-autoritär zu ungunsten der Präsidialregelung verändert wurde.

Seine Ausführungen vom Mai 1936, die als Programm des OZN übernommen und offensiv umgesetzt wurden, teilten die Bürger Polens in Rydz-Śmigły als dem Träger nationaler Ehre und Würde folgende, gute und patriotische Polen und dazu in Opposition stehende minderwertige und daher auszugrenzende Mitbürger noch deutlicher als bisher unter Piłsudski ein, was die Menschen im Minderheitenstaat Polen zu entzweien begann und in letzter Konsequenz das Internierungslager Bereza füllte, dessen Name mit der Zeit zum Symbol für Unrecht und Bedrückung im eigenen Staat wurde. Über das aus historischer Erfahrung in Polen besonders sensible Gefühl äußerer Bedrohung

60) Rydz-Śmigły am 24. 5. 1936, zit. nach: Władysław Pobóg-Malinowski: *Najnowsza historia polityczna Polski* [Die neueste politische Geschichte Polens], trzecie wydanie, przejrane, poprawione i uzupełnione oraz ilustrowane, tom drugi: 1914–1939, Londyn 1985, S. 791.

schürte Rydz-Śmigły Zwist, Angst und Besorgnisse wider besseres Wissen, denn der polnische Generalstab war gerade 1936, da Rydz-Śmigły seine Losungen ausgab, der Ansicht, Polen sei militärisch nicht bedroht, auch nicht von Deutschland, denn „Deutschland ist noch nicht kriegsbereit“, trotz der Besetzung des Rheinlandes, und werde daher „einen Krieg nicht beginnen“⁶¹, so daß folgerichtig noch nicht einmal Verteidigungsplanungen notwendig seien. Das mußte Rydz-Śmigły als Oberbefehlshaber bekannt sein. Verteidigungsplanungen gegenüber Deutschland setzten erst rund drei Jahre später im Frühjahr 1939 ein, was aus der Zeit und nicht mit der heutigen historischen Erfahrung beurteilt werden sollte. Von Regierungsseite bemühte man sich auch mit solchen außerordentlich fragwürdigen nationalistischen Mitteln, die „Große Krise“ in den Griff zu bekommen, wie die Jahre 1929–1936 der Weltwirtschaftskrise in Polen genannt werden, die in tiefe wirtschaftspolitische Ratlosigkeit und sozial bedingte innenpolitische Gefahren mit bäuerlichen Unruhen und harten Arbeitskämpfen in der Industrie geführt hatten. Die miteinander gekoppelten Hunger- und Besetzungstreiks in der Industrie wurden wegen ihrer Härte international als „polnische Streiks“ bezeichnet. Durch die Manipulierung der Nation mit antisemitisch-patriotisch-nationalistischen Parolen wurden die sozialen Schwierigkeiten psychopolitisch in andere Emotionsbahnen, darunter auch minderheitspolitische, abgeleitet, um auf diese Weise auch noch die als bedroht empfundene eigene Herrschaft der „Leguny“ und der „Obristen-Clique“ abzusichern. Die „Große Krise“ belastete Polen von Anfang an allerdings folgenswer: Bei der industriellen Produktionskapazität brachte sie einen absoluten Rückgang um 10 %, der bei einem gleichzeitigen Bevölkerungsanstieg um rund 3 Millionen Menschen einen per-capita-Kapazitätsrückgang von mehr als 15 % bedeutete. Der industrielle Produktionswert fiel im gleichen Zeitraum von 100 auf nur noch 66 Punkte. Die Arbeitslosigkeit erreichte ihren statistischen Höhepunkt mit 439 000 Personen sogar erst Ende 1937. Wegen fehlender Meldepflicht und unzureichender Arbeitslosenunterstützung sind Schätzungen wirklichkeitsnäher. Nach ihnen waren ungefähr 765 000 Menschen ohne Arbeit. Unter diesen Umständen verarmte die bäuerliche Bevölkerung noch viel schneller als die städtische, was die Unruhen erklärt, und zwar infolge der sinkenden städtischen Nachfrage und dem ihr folgenden katastrophalen Verfall der Agrarmarktpreise bei gleichzeitiger erheblicher Rückwanderung der hoffnungs- und ausweglosen städtischen Angehörigen ins heimatliche Dorf, was zur Zunahme der unproduktiven agrarischen Bevölkerung führte, die dort noch zusätzlich erhalten werden mußte. Eine leichte Besserung der fatalen Situation setzte erst gegen Ende 1937 ein mit den vom fran-

61) Wortlaut der Generalstabsstudie General Kutrzebas, in: *Wojna obronna Polski 1939* [Der Verteidigungskrieg Polens 1939], wykaz źródeł zebr. i opr. M. Cieplewicz, I. Jurga, W. Ryżewski, A. Rzepniewski, P. Stawecki pod kierownictwem Eugeniusza J. Kozłowskiego, Warszawa 1968, S. 33ff.

zösischen Rüstungskredit finanzierten Militäraufträgen für die Industrie, dem Beginn des COP-Aufbaus und dem dadurch herbeigeführten allgemeinen Investitionsschub⁶².

Seit der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre wurde die polnische Gesellschaft, deren Denken, Verhalten und politische Dispositionen zu sehr aus der Betrachtung dieser Zeit ausgeblendet werden, unter Zuhilfenahme eines patriotisch aktivierten Nationalismus, der sie immer tiefer in militaristisches Fahrwasser führte und der sich vieler Symbole, patriotischer Metaphern, Legenden und Lieder aus dem Jahrhundert der Unfreiheit und des Freiheitskampfes bediente, nicht nur mobilisiert, sondern über die vielfältig instrumentalisierte patriotische Begeisterung auch ethisch verantwortungslos manipuliert. Bei dieser Hinführung zum angestrebten „nationalen Solidarismus“ gewannen nekropole Kulte große Bedeutung. Im Mittelpunkt stand der Mitte Mai 1935 verstorbene Marschall Józef Piłsudski. Trotz anfänglichen Widerstandes der Krakauer Kirchenführung wurde er in einer ebenerdigen Grabstätte in der Königs-kathedrale des Wawel weitaus herausgehobener als die in den Katakomben untergebrachten Sarkophage der Königsfamilien beigesetzt. Damit war er deutlicher und zugänglicher als jene zur nationalen Verehrung freigegeben, während sein Herz seinem Willen gemäß mit großem Pomp und Pathos zur gesonderten Ehrerbietung in einem prunkvollen Gefäß, einem Altargefäß ähnlich, nach Wilna überführt wurde, wo es als Symbol für das Polentum dieses Gebietes herzuhalten hatte. 1936 begannen dann bei Krakau zehntausende enthusiastischer, dorthin organisiert wallfahrender Menschen, schubkarrenweise einen begehbaren symbolischen Totengedenkhügel („Kopiec Piłsudskiego“) aufzuhäufen, übrigens neben dem 1820–1823 für Kościuszko aufgeschütteten, 34 Meter hohen, beide benachbart den Grabhügeln für den legendären Gründer Krakaus König Krak und für seine Tochter Wanda, die den deutschen Prinzen Rytgier (Rüdiger) nicht ehelichen wollte. Auch alle sich häufenden, feierlich mit der mittlerweile unerlässlich gewordenen Militärbeteiligung erfolgende Denkmaleinweihungen und Straßenumbenennungen nach den vielen neuen Helden-, nationalen Märtyrer- und Symbolfiguren gehören hierher. Sterbliche Überreste verdienter Polen wurden aus dem Ausland mit militärischem Gepränge nach Polen überführt und bei der erneuten Grablegung mit Staatsakten geehrt, wie beispielsweise Juliusz Słowacki, der mystische Dichter

62) B. Cywiński: *Przemysł polski i nasze położenie gospodarcze* [Die polnische Industrie und unsere wirtschaftliche Lage], Warszawa 1934, S. 36ff.; *Mały Rocznik Statystyczny 1936* [Kleines statistisches Jahrbuch], o. O., o. J., S. 1; *Mały Rocznik Statystyczny 1938*, o. O. o. J., S. 131; St. Lewy: *Szacunek bezrobocia pracowników najemnych poza rolnictwem w latach 1929–1936. Studia i materiały* [Schätzungen zur Arbeitslosigkeit von Unselbständigen außerhalb der Landwirtschaft in den Jahren 1929–1936], Warszawa 1938, S. 14; M. Stańczyk: *Przeludnienie agrarne w Polsce kapitalistycznej* [Agrarüberbevölkerung im kapitalistischen Polen], in: *Ekonomista*, Warszawa 1968, S. 33ff.

der polnischen Emigration des 19. Jahrhunderts, und der letzte polnische König Stanisław August Poniatowski.

Der Mobilisierung wie der Militarisierung der Gesellschaft dienten die feierlichen Indienststellungen von Waffensystemen, was ein besonderes patriotisch opferbereites Klima trotz aller wirtschaftlichen Misere schuf. Sie wurden von der Bevölkerung mit Hilfe der Spendenfonds FON („Fundusz Obrony Narodowej“ = „Fonds für nationale Verteidigung“) und FOM („Fundusz Obrony Morskiej“ = „Fonds für die Verteidigung zur See“), die zu zeichnen sozialer Zwang bis in die Schulen gebot, zusammengetragen und dann von Kirchenmännern, sogar Bischöfen, feierlich geweiht – symbolischer Segen für die gerechten Waffen Polens, des allzeitigen und gegenwärtigen Verteidigers des Abendlandes, wie Zeitungen und Rundfunksendungen entnommen werden konnte, von der Bevölkerung in dem von Rydz-Śmigły geforderten Schluß patriotisch zur Verfügung gestellt. An vielen Orten entstanden Zusammenschlüsse von Schülern und Jugendlichen, angeregt und unterstützt von Presse, Rundfunk und sogar der Generalität, um mit eigenen Sammelaktionen Mittel für die Aufrüstung, für den Sieg Polens in einer Auseinandersetzung ganz gleich mit wem zu besorgen, was die Jugend zugleich patriotisch wie militärisch manipulierte. Trotz aller Bemühungen blieben Polens Armee, Luftwaffe und Marine entgegen der offiziellen Propaganda jedoch schwach, waffentechnisch veraltet und militärisch unbedeutend. Auch die strategischen Konzeptionen mit ihrer Unterschätzung motorisierter Verbände entsprachen nicht modernem operativen Denken. Infolge empfindlichen Kapitalmangels konnten schwere Waffen im wesentlichen nur mit zweckgebundenen Krediten im Ausland erworben werden und nicht in einer selbstbestimmten, unabhängigen Menge und Art, was die politischen Schlüsse der ausländischen Wachstumstheoretiker auf Grund der „backward area“-Situation Polens bestätigte und die Abhängigkeit Polens vom Ausland bloßlegte. Intern wurde das alles wohl gesehen, doch nach außen wurde es mit überheblich-selbstbewußten, stark überzogenen, anmaßenden Sprüchen „überkleistert“. Der Kampfgeist der Soldaten, deren Kampfmoral und patriotische Aufopferung standen in krassem Gegensatz hierzu, wie der heldenhafte, aber tragische September 1939 zeigen sollte.

In diesem Zusammenhang ist noch die „Liga Obrony Powietrznej i Przeciwgazowej“ (LOPP = „Liga für Luft- und Giftgasverteidigung“) mit ihrer gleichermaßen „aufklärerischen“ wie die Menschen hysterisierenden Tätigkeit einzufügen. Zu ihren Schulungsvorführungen gehörte ein vorher nicht angekündigtes Versprühen von Tränengas bei gleichzeitiger Einnebelung des Geländes und markigen Lautsprecher-Kommandos sowie transmittierten Schußgeräuschen, um krieglerische Wirklichkeit zu simulieren, was regelmäßig in Panik mündete. So gaukelte alles Tun der Gesellschaft in den späteren dreißiger Jahren neben einer unmittelbaren, unausweichlichen, aber diffusen Bedrohung, die allerdings sehr bald real werden sollte, krieglerische Modernität

und Entschlossenheit sowie ein permanentes, umsichtiges Vorbereitetsein auf alle Eventualitäten, kräftemäßige Überlegenheit in der Region sowie jederzeitige Wehrbereitschaft vor. Sehr folgerichtig führten bei diesen äußeren Umständen Hitlers erste Forderungen vom Ende 1938 die patriotische Wehr- in eine allgemeine und rasch zunehmende, zuversichtliche und opferbereite Kriegsbereitschaft, die in territoriale Eroberungsvorstellungen ausmündete. Selbstüberschätzend folgten sie den in der Gesellschaft vorhandenen „imperialen“ „Wielka Polska“-Vorstellungen, die Danzig, Königsberg und nunmehr sogar Berlin einschlossen, ohne daß ihnen verantwortlicher öffentlicher Widerspruch begegnet wäre. Im Gegenteil, von einem Teil der Presse wurden solche Vorstellungen noch historisch bestärkt und damit geschürt, bis in die ersten Septembertage 1939.

Hitlers Forderungen führten bei der Grundeinstellung der polnischen Gesellschaft geradezu zwangsläufig zur Verschärfung der Lage der deutschen Minderheit, die in Teilen allerdings keineswegs staatsloyal geblieben war. Sie wurde insgesamt vielfältigen staatlichen Schikanen, gesellschaftlicher Gewalt, die schon einmal um 1930 bitter verzeichnet worden war, und sozialer Ausgrenzung ausgesetzt. Seit dem Frühjahr 1939 gab es Entlassungen Tausender deutscher Arbeiter nur wegen ihrer Volkszugehörigkeit. Im Sommer 1939 wurden in der Lodzer Region Betriebe bestreikt, um Entlassungen von Deutschen, daneben aber auch von Juden, zu erzwingen. Daß dies keine neue Erscheinung war, zeigt der Umstand, daß die deutschen minderheitlichen Gewerkschaftsverbände solche Vorgänge schon während der „Großen Krise“ angeprangert und, um ihnen zu begegnen, 1935 eine eigene Arbeitsvermittlung, die „Berufshilfe“, mit Sitz in Posen und mehreren Außenstellen organisiert hatten, um entlassenen Deutschen Beschäftigung in deutschen Betrieben zu besorgen. Nun wurde die „Berufshilfe“ unter starken offiziellen Druck gesetzt, der sie behinderte und einschränkte. Junge zionistische Juden stützten einander häufig in Kibbuzim, die örtlich gegründet wurden, aber selbst von der israelisch-jüdischen Sozialgeschichtsschreibung nicht bemerkt werden. Aus Deutschland ausgewiesenen oder flüchtenden jüdischen Staatsbürgern Polens wurde die Einreise erschwert, wobei sie häufig in grenznahen Auffangslagern untergebracht wurden.

Bei diesen äußeren Verhältnissen nahm die illegale Ausreise Deutscher ins hochgepriesene „Reich“ erheblich zu, was polnischerseits als Fahnenflucht seiner Bürger gedeutet wurde. Das Vermögen dieser „Fahnenflüchtigen“ wurde seit Ende Juni 1939 gesetzlich konfisziert. Rückwirkend für die letzten beiden Jahre wurden ferner alle Verträge annulliert, die sich auf die zurückgelassenen Werte bezogen.

Hitlers Größenwahn und die innerhalb weniger Monate immer deutlicher werdende deutsche Bedrohung verschärften die Dramatik der inneren Entwicklung Polens ungeheuer und führten schließlich in eine undifferenzierte Kriegshysterie voller Selbstvertrauen in die eigene Kraft und voller Überheb-

lichkeit. Mit seiner Politik rechtfertigte Hitler nachträglich vieles der früher aus innenpolitischen Gründen erfolgten Mobilisierung der nationalen polnischen Bevölkerung. Seit dem Frühjahr 1939 verstärkte sie sich enorm und machte auch nicht mehr vor der bisher zurückhaltenden und kritischen Opposition Halt. Rydz-Śmigłys erwarteter Schulterschuß kam angesichts der wirklichen Bedrohung aus dem Westen sehr patriotisch zustande. Die Haltung der Öffentlichkeit wurde dabei psychopolitisch auf verschiedene Weise verantwortungslos aufgeheizt. Durch das martialische Gehabe des „Silni, zwarcı, gotowi“ („Stark, geschlossen, bereit“) wurde sie noch besonders angestachelt. Der Sicherheit und Überlegenheit suggerierende Spruch war allgegenwärtig. Von unzähligen Plakaten aller Formate, aus Zeitungen und von Kinoleinwänden leuchtete er entgegen. Die Plakate zeigten einen entschlossen und markig blickenden Rydz-Śmigły in Marschallsuniform, den Führer und Mahner der Nation sowie vermeintlichen Garanten ihrer Unabhängigkeit und Würde, auf dem Hintergrund militärischer Motive aller Waffengattungen, deren Aktionen in geographischer Richtung nach Westen gerichtet waren. Die Kriegsfähigkeit Deutschlands spielte man hingegen leichtfertig und verantwortungslos herunter und verhöhte sie einfallsreich: Deutsche Panzer seien Attrappen aus Pappe, wurde allen Ernstes verbreitet, was im September 1939 zu tragischen Folgen führen sollte. Zu einem der populärsten Lieder des Jahres 1939 wurde die eingängige Ergebnisshymne an Rydz-Śmigły. Suggestiv kündete sie, daß niemand es wagen werde, Polen auch nur das geringste zu nehmen oder ihm etwas anzutun, denn mit ihm sei der kampferprobte „Śmigły-Rydz“⁶³ – eine nach übereinstimmender Meinung ihm gewogener wie mißgünstiger Dritter tatsächlich sehr durchschnittliche, intellektuell wenig überzeugende, dazu dünnhäutige und eingebildete Persönlichkeit⁶⁴. Mit pseudo-historischen Motiven zeichneten großformatige Plakate die Polen historisch zustehende Grenze weit im Westen: „Nie jesteśmy tu od wczoraj, sięgaliśmy daleko na Zachód“ („Wir sind hier nicht seit gestern, wir reichten weit nach Westen“). Grammatikalisch und historisch zwar nicht sauber, suggerierten sie aber gerade den einfachen Polen eindringlich die „imperiale“ Politik und die Territorialwünsche noch bis in den September hinein. Sogar die Akademie der Wissenschaften (PAU) gab sehr ähnliche, wenngleich besser gemachte Bildpostkarten heraus.

Ein diplomatischer Bericht vom Leiter der Ostabteilung des Foreign Office Sir William Stren g und seines Begleiters an das eigene Amt von Anfang Juni

63) Der Text des Liedes geht auf eine Rede Rydz-Śmigłys auf dem Legionärskongreß von Mitte 1930 zurück, wo er, gesellschaftliche Emotionen schürend, beschwor: „Unsere Sache ist es, dafür zu sorgen, daß, sollte sich irgendwer verleiten lassen, Polen an seinen Grenzen auch nur den kleinsten Fußbreit Boden streitig zu machen, dort, bei diesem Fußbreit Boden, sich ganz Polen einfindet.“ Die Berichterstattung über den aufschlußreichen Kongreß in: *Gazeta polska*, 11. – 15. 8. 1930.

64) Antony Polonsky: *Politics in independent Poland 1921–1939. The crisis of constitutional government*, London 1972, S. 396; Pó b ó g - M a l i n o w s k i (wie Anm. 60), S. 790, Anm. 29a.

1939 nach einer ausgedehnten Polenreise beschreibt die Haltung der polnischen Öffentlichkeit und deren politische Dispositionen und teilt die Quintessenz von Gesprächen mit Generalstabs- und Linienoffizieren sowie hohen Ministerialbeamten mit. Die allermeisten polnischen Gesprächspartner gingen bei einer kriegerischen Auseinandersetzung, die sie für ziemlich unausweichlich hielten, von einer schnellen Niederlage des nur wenig kriegsbereiten Deutschland bei erheblichen Gebietsverlusten zugunsten Polens aus, mindestens von Ostpreußen mit Königsberg, daneben noch Breslau und vielleicht darüber hinaus. Daher waren sie einer solchen Auseinandersetzung im Grunde nicht abgeneigt. Nach einem nicht in Frage gestellten siegreichen Kriegsende, dem ein „allgemeiner Krieg“, der lokal nicht begrenzt werden dürfe, vorauszugehen habe – von vornherein wurde trotz allen Selbstvertrauens ein „europäischer Weltkrieg“ vorausgesetzt –, strebten sie ein „Groß-Polen“, so wörtlich im Bericht, mit Litauen und der Ukraine sowie eine ostmitteleuropäische Föderation mindestens mit Ungarn an. Für den Fall des Kriegsausbruchs rechneten sie mit einem „furchtbaren Massaker unter den Volksdeutschen“. Die Menschen in Polen verlange es eben „nach einem Gang gegen die Deutschen“, was ein Abteilungsleiter des polnischen Außenministeriums noch dadurch ergänzte, daß er vom „Kriegsgeist“ in der Bevölkerung, von einer „antideutschen Einstellung“ und vom „Appetit auf deutsches Bauernland“ berichtete. Die britischen Diplomaten stieß das Gehörte und Gesehene ab, besonders das „übermäßige Selbstvertrauen und der Chauvinismus“. Ihren geradezu prophetischen Sachverstand zeigt ihre Befürchtung, daß bei den „ersten Anzeichen einer wirklichen Schwäche unsererseits“, was daher unbedingt vermieden werden müsse, die „Russen auf der Grundlage einer vierten Teilung sich mit den Deutschen verständigen könnten“ – was dann ja auch geschah⁶⁵.

Zur Analyse und Einschätzung der polnischen Außenpolitik nach 1918 gehört zwangsläufig die Einbeziehung der interaktionellen politischen Dispositionen in Gesellschaft und politischem Establishment, in die die Gesellschaft manipulativ hineingeführt worden ist, anfangs um soziale Spannungen zu überspielen, die sie dann aber aus tradiertem, vorurteilsbelastetem Denken, stark emotionalisiert, selbständig fortentwickelte. Erst dadurch läßt sich deren Bedeutung für das politische Handeln der „Regierung der Obersten“ und ihrer Führungseliten, die auf solchen Grundlagen eine breite Akzeptanz gewinnen konnten, differenzierter einschätzen, bei denen gleicherweise wie in der Öffentlichkeit die Einsichts- und Urteilsfähigkeit sukzessive zu verschwimmen begannen. Alle Belastungen und Widersprüche aus dem Polen „gestohlenen“ 19. Jahrhundert, die psycho- und kulturpolitischen ebenso wie die ökonomischen und sozialen, blieben während der ganzen Zeit der Unabhängigkeit der II. Republik viel weitreichender, zahl- und folgenreicher, aber auch politisch

65) Abdruck in deutscher Übersetzung, in: Deutsche Ostkunde 29 (1983), S. 7–12, hier S. 8f.

instrumentalisierbarer auf Grund vielfältiger Prädispositionen, als auf den ersten Blick hätte vermutet werden können. Im Grunde sind sie trotz vieler Bemühungen noch immer nicht aufgearbeitet.

b) Preußen – nur „germanisierender“ Erzfeind Polens?

Bei der Abschätzung der Bedeutung und der Größe des von den jeweiligen Teilungsgebieten eingebrachten Beitrags zum 1918 wiedererstandenen Polen zeigt sich überdeutlich, daß die ebenso nationalgeschichtlich wie gesellschaftlich in Polen verurteilte und an den Pranger der Geschichte gestellte Politik Preußens gegenüber seinem stufenweise seit 1772 und nicht erst 1795 oder gar 1815 völkerrechtlich gültig erworbenen Teilungsgebiet im 18. und 19. Jahrhundert in der Situation des geteilten Landes gar nicht die schlechteste für die polnischen Belange gewesen war, und dies trotz aller ethisch zu verurteilenden Teilungen und der verwerflichen germanisierenden Entnationalisierung, soweit die „Germanisierung“ essentiell national und nicht sozialpolitisch modernisierend zum allgemeinen, auch polnischen Minderheitenwohl determiniert war. Es ist sehr genau zu prüfen und zu unterscheiden, worauf die Politik Preußens jeweils abzielte und wie weit sie dabei ging. Jedenfalls war es die zuträglichste und beste aller drei Teilungsgebiete im Sinne einer modernen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Gerade von ihr kamen die weitaus positivsten Impulse und Auswirkungen für die nach 1918 wiedererrichtete II. Republik: bei der Wiedererweckung der den Eigeninteressen kontraproduktiven ideellen Grundlagen für die Schaffung des polnischen Staates; bei der Internalisierung einer ökonomisch und sozial sehr viel effizienteren Lebens-, Arbeits- und Denkweise der Menschen, die ihnen nach 1918 in Polen eine gesellschaftliche Sonderstellung einbrachte; bei der Entstehung der im Zuge der „inneren Kolonisation“ Preußens strukturell, modern und hoch entwickelten, „westeuropäisch“ leistungsfähigen Industrie und Wirtschaft mit ihrer industriepolitisch, gewerblich und landwirtschaftlich gleichermaßen gesunden Produktions- und Betriebsstruktur. Alles das trug zur Stabilisierung der II. Republik wesentlich bei und konnte als Ausgangspunkt der in den dreißiger Jahren einsetzenden gezielten Industrialisierung des Landes genutzt werden. Wenngleich es nicht in eigeninteressenorientierter und eigenbestimmter polnischer Entscheidung geformt wurde, konnte es sich trotzdem unbehindert entwickeln, auch mit dem eigenen polnischen Beitrag, und kam, wie die Jahre nach 1918 beweisen, den polnischen Interessen am nächsten; es war ihnen nicht nur zuträglich, sondern ging mit ihnen *cum grano salis* konform. Die einseitig aus nationalpolitischer Sicht Polens als feindselig und abträglich beurteilte Politik Preußens und des Reiches gegenüber seinem polnischen Teilungsgebiet war der II. Republik nicht nur für deren sozioökonomisch außerordentlich wichtige, leistungssteigernde psychosoziale Modernisierung, sondern auch für das staatlich-politische Über- und wirtschaftliche sowie soziale Weiterleben am dienlichsten und damit für Polen nicht nur wichtig, sondern sogar verdienstvoll im Vergleich

zur Politik der beiden anderen Teilungsmächte. Das ist nachdrücklich festzuhalten trotz aller fehlenden Einfühlsamkeit, der Ungeschicklichkeiten, vieler Fehler und Ungerechtigkeiten Preußens gegenüber der polnischen Minderheit im eigenen Staat, was alles nicht entschuldigt werden soll, also gegenüber seinen eigenen, jedoch keineswegs immer und durchwegs loyalen Staatsbürgern, was ebenfalls in die Waagschale der historischen Wahrheit zu werfen ist.

Preußen darf für sich, was zu bedenken ist, ebenso das eigene Staatsinteresse geltend machen, wie es Polen für ein ähnliches Verhalten während seines Unabhängigkeitsaktivismus in der Zeit der Unfreiheit und ganz besonders nach 1918 und dann wieder nach 1945 für sich in Anspruch genommen hat – auch bei der Teilung des Deutschen Reiches und der Übernahme eines Teils seines Gebietes 1945, wenngleich die Ausgangspunkte, nicht aber der Tatbestand verschieden waren –, und zwar vor 1939 nicht nur gegenüber seiner deutschen, sondern in weit breiterem Ausmaße gegenüber allen anderen Minderheiten, die freilich nicht immer loyal waren und eigene Interessen wahrnahmen, aber handlungsmäßig noch nicht einmal in die Nähe solcher gewalttätigen und grenzverändernden Aktionen kamen, wie es die Aufstände der Polen gewesen waren.

Bei alledem ist bereits in den Beurteilungsansätzen und besonders in der Komparation gewissenhaft zu differenzieren und nach innen wie außen, das Politische und das Sozioökonomische, dynamisch, effizienzorientiert, aber auch ethisch und nicht nur statisch zu analysieren und gegeneinander abzuwägen, um erst daraus Einsichten für die Art und Weise der Geschichtsabläufe und ihrer Bewertung zu finden, die sich dann in der Regel nicht so einfach wie die allein politischen und diplomatischen darstellen werden; politische Geschichte erhält weit mehr Antriebe aus dem sozioökonomischen Bereich als gemeinhin angenommen. Um diese festzustellen, ist eine methodisch andere, aber sichere, fachlich saubere Analyse sozialer und wirtschaftlicher Vorgänge notwendig, auch in ihren eigenen Zusammenhängen und Interaktionen. Die Akzeptierung der bezüglich der Bedeutung der drei Teilungsgebiete für das moderne Polen nach 1918 gezogenen Schlüsse und die Unterstreichung einer positiven Rolle des vermeintlichen „Beelzebubs“ Preußen dürfte in der Historiographie wegen der einseitig verfestigten Sicht einige Schwierigkeiten bereiten, in Deutschland vornehmlich aus einer zur moralisierenden Gesinnungsfrage gemachten, eigentlich aber ganz und gar selbstverständlichen Behutsamkeit bei der Betrachtung beziehungsgeschichtlicher Phänomene, und zwar infolge der für sich allein sehr ehrenwerten deutschen Schuld- und Schamgefühle aus der Last der verbrecherischen NS-Politik in und gegenüber Polen. Freilich sollten Behutsamkeit und Rücksichtnahme schon ihres eigenen moralischen Anspruchs wegen nicht allein darin ausmünden, daß mit Nachsicht historisches Geschehen segregiert und verwischt wird, statt wahrheitsnah zu differenzieren und klarzustellen, getreu und redlich zu analysieren und ohne Scheu anzuprangern, wo anzuprangern ist – ohne Ansehen von Personen

und Empfindlichkeiten, ohne Einseitigkeiten und ohne moralisch erhobenen Zeigefinger⁶⁶. Noch so gutgemeinte Selbstverleugnung dient der historischen Wahrheit, soweit es sie gibt, und der verständnisbereiten Kenntnis voneinander überhaupt nicht.

c) Piłsudskis Polen: ein ordnungs- und systempolitisches Fazit

Polen, das in seiner Geschichte zeitweilig ein Muster an Toleranz gewesen war, erfuhr in seiner Unfreiheit vielfältige Gewalt, von der es sich in der Zeit seiner neu gewonnenen Freiheit weit weniger frei zu machen verstanden hat, als man bereit ist zuzugeben. Gewalt wird von der Nation in der Zeit ihrer Unfreiheit als ein wesentlicher Bestandteil von Staat und Herrschaft sozialisiert worden sein. Von Anfang an wurde sie auch nach innen ausgeübt: bei der De-Germanisierung Westpolens wie im Verhalten gegenüber den deutschen Mitbürgern; bei den Berufseinschränkungen und Ausgrenzungen der Juden im öffentlichen Leben, wobei die in den dreißiger Jahren häufiger und blutiger werdenden Pogrome mit offizieller Nachsicht beurteilt wurden; bei den von Zerstörungen begleiteten „Pazifikationen“ der Ukrainer in Ostpolen; beim Staatsstreich Piłsudskis, der an den faschistischen „Marsch auf Rom“ Ende 1922 erinnerte und knapp 400 Tote sowie ein Mehrfaches an Verletzten kostete; bei dem außerordentlich brutalen Vorgehen gegen demonstrierende, oppositionelle Arbeiter und Bauern während der „Großen Krise“ und danach, das an die Einsätze russischer Kosaken erinnerte, sowie bei Piłsudskis Vorgehen Ende 1929 gegen den Sejm, als er mit mehreren Dutzend im Verteidigungsministerium wahllos und eilig zusammengerafften Offizieren versuchte, sich den Sejm gefügig zu machen.

Herbe Kritik gegenüber der offiziellen Politik kam schon früh auf. Häufig geschah sie aber hinter vorgehaltener Hand, weil Internierungslager unter dem sadistischen Oberst Kostek-Biernacki bereitstanden, einem ehemaligen Fremdenlegionär, Kampfgefährten und ergebenen Erfüllungsgehilfen Piłsudskis, den dieser in Kenntnis seines Charakters für diese Aufgabe selbst bestimmt hatte. 1930 wurde das Militärgefängnis von Brześć Litewski dazu zweckentfremdet, 1934 folgte das Lager von Bereza Kartuska. Sie entstanden nach dem Willen des grobschlächtigen, im Umgang impertinenten, anmaßenden und obszönen „moralischen Diktators“ Piłsudski, wie er von der deutschen

66) Als Absicht in diese Richtung könnten die Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission, aber auch die in Ergänzung dazu verfaßten Alternativ-Empfehlungen, die diese differenziert ergänzen, dienen. Beide erfüllen jedoch weder analytisch-komparative Ansprüche noch Erwartungen auf theoretisch fundierte soziale, wirtschaftspolitische und -strukturelle Darstellungen und Vergleiche. Das wiegt schwerer als gelegentliche Verkürzungen des historischen Geschehens, selbst wenn sie zugunsten des polnischen Geschichtsverständnisses gehen sollten, wie die Alternativ-Empfehlungen und deren Verfasser kritisieren. In diesem Sinne sind beide Empfehlungen unzulänglich.

Geschichtsschreibung eher bewundernd und nachsichtig als angemessen kritisch klassifiziert wird. Die widerrechtliche Auswahl der Oppositionspolitiker für Brześć nahm er bezeichnenderweise persönlich vor. In seinen letzten Lebensjahren verachtete er offenbar sogar sein eigenes Volk, für dessen Freiheit er sich überragende Verdienste erworben hatte⁶⁷. Brześć und Bereza, in die gegen alle Regeln der Rechtsstaatlichkeit nach russischem Muster ohne Gerichtsbeschluß eingewiesen wurde, ins Militärgefängnis Brześć dazu als zivile Untersuchungshaft vorgegeben, wurden zu Synonymen und Symbolen des gewaltbereiten Regimes der „Obersten-Clique“.

Das Geschehen im Polen der Zwischenkriegszeit, bei dem theoretischer Anspruch und reale Wirklichkeit weit häufiger als von der Historiographie eingestanden im Widerstreit lagen, verlangt daher nach einer system- und ordnungspolitischen Einordnung: Der Nationalismus, die vielfältige Gewalt, der Militärkult, die Militarisierung und Mobilisierung der Gesellschaft, die Wirtschaftsplanung, der Etatismus, die in vielen Bereichen korporativ organisierte sozioökonomische Entwicklung und die „imperiale“ Staatsideologie, alles als „nationaler Solidarismus“ ausgegeben, besaßen system- und ordnungspolitische Affinitäten zur Ideologie und zum Staat des solidaristisch-korporativen italienischen Faschismus. Der rassistische, gewalttätige Antisemitismus und die den deutschen SA-Konzentrationslagern dieser Zeit ähnelnden Internierungslager deuteten mehr in Richtung NS-Deutschland, wogegen die Behandlung der Minderheiten, insbesondere der ukrainischen, mit dem faschistischen Antislawismus Italiens korrespondierte, der in D'Annunzios Marsch der Schwarzhemden nach Fiume seinen brutalen Höhepunkt besaß. Hinzu kamen der Legionärs- und der Führerkult erst Piłsudskis, dann besonders Rydz-Śmigły, und die zeitlich aufeinanderfolgenden politischen Einheitsbewegungen BBWR („Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem“ = „Parteifreier Block der Zusammenarbeit mit der Regierung“) und des von Offizieren geführten OZN, der den nationalen Schulterschuß um Rydz-Śmigły, den „Wódz Narodu“ („Führer des Volkes“), wie er verehrungsvoll apostrophiert wurde, zum Ziel hatte. Hierher gehört auch die Mitte 1934 entstandene, in ihrem Habitus und Verhalten an die SA, in ihrem Fasci-Duktus an die italienische faschistische Partei und durch ihren Namen „Falanga“ an den spanischen Faschismus Primo

67) Im Frühjahr 1934, rund ein Jahr vor seinem Tode, faßte Piłsudski seine Vorstellung von den Gaben der eigenen Nation in der überheblichen Feststellung zusammen, daß die „Systematik des Denkens der Polen erschreckend ist“, weil „polnische Gehirne unfähig sind, klar und realistisch zu denken“. Mit einer Metapher unterstrich er seine Grundhaltung: „Ein Pole geht bei gutem warmem Wetter im Pelz aus dem Hause, bei Frost und Regen hingegen nackt und mit einem Sonnenschirm bewaffnet“. Sein Selbstverständnis als Erzieher der Nation kommt in der Meinung zum Ausdruck, daß solches Verhalten „mit Schlägen bestraft werden müßte“; vgl. Niederschrift der Äußerungen Piłsudskis auf einer Besprechung mit führenden Politikern und Militärs am 12. 4. 1934 durch den stellvertretenden Minister Jan Szembek, in: *Kultura*, Paryż 1952, Nr. 6, S. 54.

de Riveras erinnernde faschistische Partei, die nach ihrer Legalisierung offizielle Kontakte zum staatsnahen OZN unterhielt.

Solchermaßen geriet Polen dicht an den Rand des Faschismus, obwohl es zu keiner Zeit ein faschistischer Staat *sensu stricto* geworden war. Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Rückständigkeit, die Polen zur europäischen „backward area“ machte, der gezielten Industrialisierungs- und Entwicklungsbemühungen sowie der vielfältigen Affinitäten zum Faschismus sollte system- und ordnungspolitisch in Anlehnung an postkoloniale Staatsordnungen von einer „faschistoiden Entwicklungsdiktatur“ gesprochen werden, die allerdings weit weniger „moralisch“ war, als ihrem „Diktator“ Piłsudski angedichtet wird – übrigens ein in sich unlogischer und sehr mißverständlicher ordnungspolitischer Fehlgriff, der nach seiner Begründung, daß Piłsudski subjektiv nur zum Vorteil und zum Besten seines eigenen Volkes habe handeln wollen, viel schlimmeren, verbrecherischeren Diktatoren, als es Piłsudski jemals gewesen war, zukommen könnte.

Werden die beiden in sich geschlossenen Perioden der polnischen Geschichte komparatistisch betrachtet, dann weist das Fazit immer noch auf die Vielfalt und auf die Dauerhaftigkeit fremder Schuld gegenüber Polen hin, die am Anfang von alledem gestanden hat; dies schließt dann zwar den Kreis, entbindet aber die Geschichtswissenschaft nicht davon, die Zeit und die Geschehnisse seit dem 18. Jahrhundert differenziert zu befragen, ethisch sehr sorgfältig abzuwägen und sich dabei neuen Einsichten aus der Zeit nicht zu verschließen, so unbequem sie auch scheinen mögen – ohne Rücksicht auf historische Erfahrungen, weil diese instrumentalisierbar sind, was zuweilen durchaus auch versucht wurde.

Auch für die Beziehungsgeschichte ist die unpopuläre Einsicht wichtig, daß politisches Geschehen sich nie und nirgendwo nach Sentimentalitäten oder gar Altruismus und Philanthropie, sondern nur nach handfesten eigenen Interessen, die zwangsläufig einseitig sein müssen, gerichtet hat und nach wie vor richtet. Über sie und ihre Wahrnehmung kann zwar ethisch geurteilt und die Verhältnismäßigkeit der angewendeten Mittel beanstandet werden. Doch ändert das nichts an dem Umstand, daß Politik in ihrem Kern als Ausdruck eigener Interessen am allerwenigsten von Rücksichtnahmen oder moralischen Bedenken bestimmt wird, auch wenn das Fehlen von Moral in der Politik politiktheoretisch voller Idealismus oder auch zweckorientiert in Frage gestellt wird. Trotz alledem gelten freilich ethische Normen als Kriterium für Denken und Handeln gleichermaßen ungeteilt wie uneingeschränkt für alle und ohne Rücksicht auf Raum und Zeit.

Summary

Thought and action in the Polish partitions and in Poland after 1918

In a contribution orientated at ethics of conviction and responsibility the behaviour of the partitioning powers and its different effects on the interests of Poland and the Polish nation after 1918 is depicted through a comparison of the governmental development in the three partitions and the resulting interactions with national Polish interests. A lot of attention is given here to the political culture and the neglected economical and social questions, also in their meaning for the turbulent time of partitions in the 18th century. On this background for the years after 1918 not only the already existing but also the new selfcreated social inequality caused by ethnic matters, economic structure and performance-orientation in the independent Poland as well as its manifold patriotic manipulation, also through ideas of threat on the level of domestic and foreign affairs, as well as through legionary cult of the military and leaders to cause a consolidation of the despite its economical weakness and backwardness predominance in the region demanding political system, which since the 30's became increasingly militaristic, are depicted and analysed, and which since its restoration in 1918 led repeatedly aggressive politics against all its neighbouring powers. The guiding ideas which determine this as well as the political culture and official position that becomes on this background increasingly questionable, are put in their historical traditions, but are also reflected in their demands and consequences for the own nation. Besides, their governmental-social interdependence for the internal political development, including the policy of reunification of the three parts of the country which developed in completely different directions in the 19th century, and the existing disproportions smoothing development of economy which not earlier than 1936 was supported by a French defence loan, are shown. In the sense of the so far still disregarded agreements of the VI. Forum Federal Republic of Germany – Republic of Poland in Posen from early 1990 the taboo is removed with regard to development policies from the one-sided mythologized ideas, as for example that about the Prussian politics in the 19th century, especially its undeniable important social-economical meaning for the independent Poland.